

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis (Schlussnummer):
 Vierteljährlich 3.00 M., monatlich 1.10 M.,
 wöchentlich 38 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags-
 nummern mit Illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeichnungs-
 Anstalt. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Rußland, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Er scheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolon-
 nelle oder deren Raum 30 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Ver-
 träge und Besondere-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (fest-
 gebuchte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schloß-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über
 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte,
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 31. März 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Werbt für den „Vorwärts“!

Die Regierung und ihre Helfer, die bürgerlichen Parteien haben das dringliche Wahlrechtsbegehren des preussischen Proletariats mit einer unerhörten Bräuterei beantwortet: mit der lächerlichen Wahlkreisreform, die, statt dem Proletariat das mindeste Zugeständnis zu machen, das „elendeste aller Wahlsysteme“, die preussische Dreiklassenwahl, für alle Zukunft festlegen soll. Die Regierung und ihre Verblindeten haben damit dem Proletariat in der beleidigendsten Weise ihre vollendete

Nichtachtung

bewiesen. Man hält die Arbeiterklasse noch für derartig ohnmächtig, daß man ihre Wünsche und Forderungen ignorieren zu können glaubt.

An dieser Behandlung trägt das Proletariat zum guten Teile

selbst die Schuld!

Die herrschenden Klassen haben vor der Dreimillionen-Partei noch keinen genügenden Respekt, weil sie glauben, daß sich unter den sozialdemokratischen Wählern zahlreiche Mitläufer befinden, also Leute, die im Grunde gar nicht hinter der Partei und ihren Forderungen ständen. Und e-muß zugegeben werden, daß ein großer Teil der Arbeiter dieser Auffassung dadurch direkt Vorschub leistet, daß er sich seinen Klassenpflichten aus Gedankenlosigkeit entzieht. Nicht durch die Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels läßt sich die Herrschaft der bestehenden Klassen brechen, sondern nur durch unausgesetzte und nachdrücklichste Betätigung der sozialdemokratischen Gesinnung, durch Organisation und Agitation. Durch Organisation in den politischen und gewerkschaftlichen Kampfverbänden, durch Agitation vor allen Dingen durch Unterstützung

der sozialdemokratischen Presse.

Aber noch immer — trotz des gewaltigen Wachstums der Abonnentenzahl in den letzten Jahren — besitzt der

„Vorwärts“

bei weitem nicht die Leserschaft, die er besitzen müßte. Wurden doch in den sechs Berliner Wahlkreisen im Jahre 1903 nicht weniger als 218 238 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, wozu noch weitere 112 218 Stimmen in den Kreisen Teltow-Beeskow und Niederbarnim kommen! Ein gewaltiges Feld steht also der Werbetätigkeit der Genossen noch offen!

Will das Proletariat der herrschenden Klasse den Respekt abnötigen, endlich auch seine Forderungen erfüllt zu sehen, so liegt das völlig in seiner Hand. Eine Klasse verdient die Behandlung, die sie sich gefallen läßt. Darum zeigt der Bourgeoisie, wer und wie stark ihr feind, stärkt eure Kampforganisationen, bekämpft die bürgerliche Klatschpresse und agitiert unermüdet für euer wichtigstes Agitationsmittel, den

„Vorwärts“.

Ein Opfer der Junker.

II.

Wir sagten in unserem gestrigen Artikel, Stein habe mit sehr bescheidenen Reformen begonnen. Dieser Reichsritter war bei alledem ein Freund des Adels; sein fähigster Mitarbeiter in den Jahren 1807 und 1808, Schön, hat ihn beschuldigt, im Innersten stets ein Reaktionsär geblieben zu sein, und der bürgerliche Historiker Hans Delbrück sagt, gegen die ständische Vertretung des Adels, die Stein in seinem Alter geplant habe, sei selbst unser heutiges Herrenhaus eine demokratische Einrichtung. Das mag nun mehr oder weniger anfechtbar sein; auf keinen Fall war Stein im heutigen Sinne auch nur ein Liberaler, geschweige denn ein grundsätzlicher Revolutionär.

Er begann seine reformatorische Tätigkeit mit dem Edikt vom 9. Oktober 1807, das auch seine bedeutendste Leistung geblieben ist, bis auf die Städteordnung vom 19. November 1808, die er noch kurz vor seinem Sturze fertig brachte. Das Oktober-Edikt zerbrach die scharfen Unterschiede der Stände, indem es dem Bauer und Bürger gestattete, adeliche Güter zu erwerben, und den Edelmann berechtigte, „ohne allen Nachteil seines Standes“, bürgerliche Gewerbe zu treiben, und es hob die Erbuntertänigkeit der Bauern auf. Es blieb nicht nur hinter dem zurück, was in England, Holland, der Schweiz und Italien längst erreicht war; es hinterließ selbst nur den Fortschritten nach, die Oesterreich, Dänemark und sogar einzelne deutsche Staaten, wie Baden und Schleswig-Holstein, schon seit Jahrzehnten gemacht hatten.

Besonders unglücklich fällt der Vergleich aus mit seinem unmittelbaren Vorbilde, den bekannten Beschlüssen der französischen Nationalversammlung aus der Augustnacht des Jahres 1789. Diese Beschlüsse überboten das Oktober-Edikt in jedem Betracht,

wie auch Lehmann hervorhebt. Sie verkündeten die Freiheit nicht nur der Person, sondern auch des Eigentums, während das Oktober-Edikt alle feudalen Dienste, Fronden und Lasten bestehen ließ, die den Befreiten vermöge des Besitzes eines Grundstücks oder vermöge eines besonderen Vertrages oblagen. Es gab den Bauern eben nur die persönliche Freiheit, schaffte den Zwangsgesindebienst ab, ferner das gutsherrliche Recht, jeden „Untertanen“ zur Annahme einer dienstpflichtigen Stelle zu zwingen oder zwischen mehreren Kindern eines Erblassers zu wählen, endlich den Konfiskations des Gutsherrn bei Veräußerung, Verpfändung oder Belastung eines Grundstücks, bei der Verheiratung, beim Erlernen eines bürgerlichen Gewerbes. Darüber hinaus behandelte das Edikt den Adel mit größter Schonung; es hob nicht einmal die Patrimonialgerichtsbarkeit, ja sogar nicht die Fideikomisse und Lehne auf.

Gleichwohl erhoben sich die Junker gegen das Edikt mit einem Geldeinwurf und einer Fälschung, die sie bei Jena so gänzlich hatten vermissen lassen. Da sie die bürokratische Maschinerie in der Hand hatten, versuchten sie es zunächst mit dem feinen Mittel, dem Bauer überhaupt die Existenz des Edikts zu verheimlichen. Selbst in Ost- und Westpreußen, wo der Hof und die Regierung immer noch ihren Sitz hatten, war das Edikt im August 1808 weder in Lithuanische noch in Polnische überetzt, auch noch nicht von den Kanzeln verlesen worden, was damals zu den üblichen Publikationsformen der Gesetze gehörte. Ähnlich in den anderen Provinzen, die noch zu dem preussischen Staate gehörten. Aber wie Lehmann sagt: „Große Neugierigkeiten haben Flügel in allen Zeiten, auch in denen, welche nur kümmerliche Zeitungen besitzen. Der Bauer wußte allenthalben bald, woran er war.“ Er verlangte sein gesetzliches Recht, das ihm die Junker nunmehr — nach dem ja auch heute noch praktizierten Grundgesetz: Nun erst recht nicht — nicht nur vorenthalten, sondern auch in das schamloseste Unrecht verkehrten, indem sie die Gewalt über die Bauern, die ihnen das Oktober-Edikt genommen hatte, mit verdreifachter Brutalität geltend machten. So kam es zu Bauernunruhen namentlich in Schlesien, wo die Junker sich nicht schämten, die Hilfe der französischen Truppen, die noch im Lande standen, gegen die Bauern anzurufen. Der Kanzler Schrötter, der damalige Justizminister, der anfangs nicht übel Lust bezeigt hatte, das junkerliche Kesseltreiben gegen das Edikt mitzumachen, schrieb nun doch entsetzt an Stein: „Es sind nicht die Untertanen, sondern die Gutsherrn, welche das Oktober-Edikt vorzüglich nicht verstehen; es ist kein Wunder, daß die erbitterten Gemeinden tumultuieren; es sind die Gutsherrn, die eigentlich bestraft werden müßten, sie, die die Bauern zur Verzweiflung treiben.“ „Eigentlich“ natürlich nur, denn tatsächlich wurden, wie sich in Preußen von selbst versteht, nur die tumultuierenden Bauern bestraft.

Stein war jetzt aber doch von seiner Adelsfreundschaft wenigstens halb und halb kuriert. Einen gründlichen Tanz mit dieser Rote Korah wollte er freilich noch immer nicht, aber er sah doch ein, daß die ostelbischen Jaunjunker, diese scheußlichste Landplage, unter der je ein gestittetes Volk gelitten hat, mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden müßten. Er sagte: „Der Adel im Preussischen ist der Nation lästig, weil er zahlreich, größtenteils arm und anspruchsvoll auf Gehälter, Ämter, Privilegien und Vorzüge jeder Art ist. Eine Folge seiner Armut ist Mangel an Bildung, Notwendigkeit, in unvollkommen eingerichteten Kadettenhäusern erzogen zu werden, Unfähigkeit zu den oberen Stellen, wozu man durch Dienstalter gelangt, oder Drängen des Brotes halber nach niedrigen, geringfügigen Stellen. Diese große Zahl halbgebildeter Menschen übt nun ihre Annahmungen zur großen Last ihrer Mitbürger aus. Man verringere also die Zahl der Gellente, man hebe den armen Adel auf.“ Danach braucht nicht ausführlich dargelegt zu werden, wie nunmehr die ostelbischen Jaunjunker gegen diesen gefährlichen Menschen auf die Beine kamen, und mit jener Roblesse, die sie stets in der Wahl ihrer Mittel befehndet haben und bekunden, denunzierten sie Stein beim Landesseinde.

Steins historische Stellung hatte ihren dialektischen Widerspruch ebenso wie die Stellung Napoleons. Als bürgerlicher Reformator war er nationaler Patriot, versteht sich, deutscher Patriot, denn für den preussischen Staat, der ihm nur Mittel zum Zwecke war, hatte er an und für sich nichts übrig. Er meinte, nachdem er den Krebsgeschaden des ostelbischen Junkertums kennen gelernt hatte: „Preußen wird unbedauernd und ohne Nachruhm untergehen und man wird es für ein Glück halten, daß eine Macht, die durch ihren Ehrgeiz anfangs Europa erschütterte, nachher durch ihr Tripotieren beunruhigt, seine Pflicht weder gegen sich, noch gegen den europäischen Staatenbund erfüllt hat, zu sein aufhöre.“ Bei alledem aber — wenn Stein die französische Fremdherrschaft so schnell wie möglich abzuschütteln gedachte, so konnte er die Hilfe der preussischen Junker nicht entbehren; einzuweilen hielten sie noch ihre Hand über den militärischen und zivilen Nachmitteln des preussischen Staates. So vertraute Stein ihnen, gegenüber dem Landesseinde, mehr als billig und klug war. Die Junker von Königsberg wußten, daß Stein einen Kurier an den Arthunter Wittgenstein in Medlenburg gesandt hatte, mit einem Briefe, der eine nationale Erhebung erörterte, und diesen Kurier hoben die französischen Truppen, die noch in der Mark Brandenburg standen, bei Spandau auf. Sie waren unterrichtet worden, welchen Rang sie machen konnten. Aber das ideale Mittel führte noch nicht ganz aus Ziel. Napoleon ließ Steins Brief

an Wittgenstein zwar im Moniteur vom 8. September 1808 veröffentlicht und sprach sich drohend gegen einen preussischen Prinzen aus, der sich damals in Paris als Unterhändler aufhielt, aber die Absetzung Steins verlangte er nicht.

Zimmerlin war Steins Stellung nach erschüttert, und die Junker saßen nun noch einmal frisch nach, indem sie die Königin Luise für sich gewannen. Der goldene Strahlenkranz, womit die patriotische Legende das Haupt dieser preussischen Nationalheiligen geschmückt hat, ist natürlich aus eitel Blech geschmiedet; Alexander v. Humboldt, der die Königin gelannt hat, nennt sie „äußerst selbstsüchtig, verschlagen und verstockt“, und nicht viel günstiger urteilte Stein über sie. Er meinte, bei mehr Bildung, Konsequenz und tieferen Gefühlen hätte sie einen wohlthätigen Einfluß auf den König haben können; sie sei auch eine angenehme, sehr gutmütige Frau, aber gefälligkeit, von mangelhafter Bildung, fürs Gute leicht ausfordernd, jedoch wegen der Oberflächlichkeit ihres Geistes unglücklich in der Wahl der Mittel, wenig ausdauernd in ihrer Anwendung; auch erfüllte sie sehr unvollkommen ihre Pflichten als Mutter. Immerhin war die Königin nicht so borniert wie der König, empfand auch die Demütigungen des Staates tiefer und hatte in ihrer Weise Steins Wiederberufung begrüßt. Aber deshalb hatte sie doch keine Ahnung von der Art der notwendigen Reformen; Stein hatte sofort ihren Unwillen erregt, als er eine Einschränkung der verschwenderischen Hofhaltung forderte und durchsetzte; im November 1807 bereits schrieb diese sorgende Landesmutter jammernd an ihren Bruder: „Wir haben zu Mittag vier Gänge, zum Abend drei. Das ist alles. Wir leben von der Luft“; das war zur Zeit, wo Hunger und Not wie die apokalyptischen Reiter durch das ausgezogene und verwüstete Preußen jagten. Im Herbst des nächsten Jahres aber kam es zum Bruch, als die Königin, um sich zu zerstreuen und sich huldigen zu lassen, einer Einladung des Zaren nach Petersburg folgen wollte und Stein widersprach. Er wurde dazu sowohl durch politische Gründe veranlaßt, als namentlich dadurch, daß kein Geld da war, die kostspielige Brunkreise zu bestreiten, es sei denn, daß man eine Summe angriff, die dem verheerten Majoren gehörte und zu dessen notdürftiger Wiederherstellung bestimmt war. Darauf mochte sich Stein ebensowenig einlassen, wie die Königin auf ihren höfischen Pomp verzichten wollte. Stein fiel bei der Dame in böllige „Ungnade“ und nun unternahm alles Hof- und Junkergeindel einen Generalsturm, dem Stein erlag. Am 24. November 1808 erhielt er die von ihm nachgeachtete Entlassung, nachdem er wenig über ein Jahr an der Spitze der Geschäfte gestanden hatte. Die Junker aber zertraten ihm durch den Mund des reaktionären Generals York nach: „Ein unsinniger Kopf ist zertraten; nun wird sich das übrige Rattengeschmeiß in seinem eigenen Gifte auflösen“ . . .

Brauchen wir danach noch ausführlicher dazulegen, wie wenig sich die ostelbischen Junker, die wir heute sehen, von den Junkern von Jena unterscheiden? Was sie befeelt, ist heute wie damals das gleiche: der adlige Eigennutz, der jede Rücksicht auf das Gemeinwohl hintansetzt, und die erhabende Wahl der Mittel, diesen Eigennutz auf Kosten des Gemeinwohls zu befriedigen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. März.

Militärische Ohnmacht zum Gehorsam und gegen Militärmishandlungen.

Einen seltsamen Einblick bot heute der Reichstag. Es waren 249 Abgeordnete anwesend, sie waren herbeordert worden, um die Entscheidung über die Forderung eines Staatssekretärs für ein eigenes Kolonialamt zu treffen. Aber auch heute trat die Laski mit dem doppelten Boden: in der Zentrumsfraktion auffällig in die Erscheinung: Das Zentrum war am schwächsten vertreten und außerdem enthielt sich ein Teil der Zentrumsabgeordneten der Abstimmung, um der Forderung zum Durchbruch zu verhelfen, obgleich für die Fraktion die Ablehnung beschlossen war. Diese Spaltung und zwiespältige Haltung des Zentrums führte denn auch zur Bewilligung der Forderung. Es stimmten 127 Abgeordnete dafür, 110 dagegen, 12 enthielten sich der Abstimmung. Die Bewilligung hing also an einem Baden — das Zentrum hat sie ermöglicht.

Nebenher haben auch die freisinnigen Parteien durch ihren Umfall zugunsten der Forderungen ihre Hof-fähigkeit zu erweisen gesucht. Sie rutschten schnell die schiefe Ebene zum reaktionären Sumpf hinab.

Dann begann die zweite Lesung des Militäretats. Der freisinnige Abgeordnete Müller-Meinigen bemängelte die Militärgerichtsbarkeit und der Abgeordnete Spahn wendete sich gegen das Duellwesen in der Armee und die zweideutige Stellung der Regierung dazu.

Der Kriegsminister v. Einem suchte die Stellung der Regierung in der Duellfrage durch die Verlesung einer Erklärung zu rechtfertigen, rief aber eine starke widersprechende Bewegung hervor, als er trotz aller eindringenden Bemerkungen betonte, daß für bestimmte Verletzungen der Offiziers-ehre auch künftig Genußnahme mit der Waffe gefordert werden wird. Dann urteilte der Kriegsminister selbst streng ab über die Soldatenmishandlungen.

Mit lebendiger Frische griff Webel in die Debatte ein. Daß sich der erste Beamte des Reiches, der Reichskanzler, durch seine bekannte Erklärung über das Duell in direkten Widerspruch mit dem Gesetz gestellt hat, apostrophierte Webel als eine Mißachtung des Gesetzes, die von dieser Stelle ausgehend die Achtung vor dem Gesetz erschüttern muß. Daß ferner seit einem Jahrzehnt die Heeresverwaltung selbst gegen die Soldatenmishandlungen oftmals sich ausgesprochen hat, ohne sie doch verhindern zu können, hat tieferen Grund. Das Ausbeutungssystem der bürgerlichen Gesellschaft erfordert militärischen Schutz. Dies und das größte Uebel der diesem System dienenden Politik, der Krieg, wirkt demoralisierend auf alles, was dem Militarismus verfallen ist. Der bürgerliche Staat wird darum auch nur bedingt Soldatenmishandlungen verhindern. Weitere Uebel dieses Systems — unter anderem die religiöse Unduldsamkeit — traf die scharfe Kritik Webels, nach dessen Rede die Sitzung geschlossen, aber eine neue Sitzung für eine halbe Stunde später einberufen wurde, um die zweite Lesung des Notgesetzes zu vollziehen. Diese letzte Sitzung bot nichts Bemerkenswertes.

Sonnabend 11 Uhr: Notgesetz; Militäretat.

Preussischer Landtag.

Das Abgeordnetenhaus hielt am Freitag nur eine kurze Sitzung ab, in der es sich nochmals mit dem Kreis- und Provinzialabgabengesetz beschäftigte. Das Schlußwort dieses Gesetzes ist typisch für das Zweikammerystem. Zuerst hat das Herrenhaus die Vorlage beraten, dann kam sie an das Abgeordnetenhaus. Da keine Uebereinstimmung zwischen beiden Häusern erzielt wurde, ward der Entwurf dem Herrenhause zurückgeschickt; dieses schickte ihn wieder an das Abgeordnetenhaus, und das Abgeordnetenhaus hat den Entwurf nun nochmals dem Herrenhause zur Beratung überwiesen. So geht das Hin und Her weiter, und das Ende ist nicht abzusehen.

Am nächsten Montag werden die Novellen zum Wahlgesetz in zweiter Lesung beraten werden.

Im Herrenhause ging es etwas lebhafter her. Die Beratung des Justizetats gab dem Frankfurter Oberbürgermeister Adickes Gelegenheit zu recht interessanten, allerdings rein akademisch gehaltenen Vorträgen über die Ursachen des schwindenden Vertrauens des Volkes zur Rechtspflege. Herr Adickes erblinnte den Grund hierfür darin, daß bei uns im Gegensatz zu England kollegiale Gerichte in erster Instanz urteilen und nicht Einzelrichter und daß die Richter das praktische Leben zu wenig kennen. Wir glauben, Herr Adickes hätte nicht so weit auszuholen brauchen. Die wahre Ursache des schwindenden Vertrauens ist die Klassenjustiz. Das Vertrauen wird erst dann zurückkehren, wenn vom und aus dem Volke gewählte Richter, Männer, die mit dem Volke empfinden, an Stelle der heutigen Richter treten, welche infolge ihrer Umgebung, ihrer Erziehung und des ganzen Milieus, aus dem sie hervorgehen, selbst beim besten Willen sich nicht in die Lage der Angeklagten hineinzuversetzen vermögen und nicht nach den Beweggründen des Täters fragen, sondern nach dem starren Buchstaben des Gesetzes urteilen.

Der Etat des Ministeriums des Innern gab so gut wie keine Debatte, dagegen wurde der Kultusetat diesmal gründlich beraten. Das heißt: einige Herren äußerten ihre Ansichten über die Säkulreform, wobei wieder der alte Gegensatz zwischen Real- und humanistischer Bildung zutage trat. Von anderer Seite wurde, wie bereits im Vorjahre, über die zu hohe Belastung der Gymnasialisten, besonders in Schlefien, geklagt. Auch die Frage der Reform des höheren Mädchenschulwesens wurde wieder gestreift. Voraussichtlich wird, wie der Kultusminister erklärte, bald der Schlußstein zu dieser Reform, die den jungen Mädchen das Universitätsstudium ermöglichen soll, gelegt werden.

Die weitere Beratung wurde auf Sonnabend vertagt.

Preussische Wahlkreisgeometrie.

Selbst die Herren Nationalliberalen sind mit der Vermehrung der Mitgliederzahl des preussischen Abgeordnetenhauses, die man in unbegrifflicher Uffimmung „Wahlreform“ getauft hat, bekanntlich nicht ganz einverstanden. Der geschäftsführende Ausschuß des Verbandes der nationalliberalen Ortsvereine im Reichstagswahlkreis Teltow-Beesow hat sich sogar — zu einer großen oppositionellen Tat aufgerafft. Er hat nämlich an das preussische Abgeordnetenhaus eine Petition gerichtet, in welcher er ersucht, die Gemeinde Wilmerdorf von dem Wahlkreis Potsdam 9 (Kreis Teltow und Kreis Beesow-Storkow) abzutrennen und mit dem Wahlkreis Charlottenburg zu vereinen und ferner aus Nizdorf und Schöneberg zwei selbständige Wahlbezirke mit je einem Abgeordneten zu bilden. In der langen Begründung dieser Wünsche heißt es:

Es ist schwer verständlich, daß die königliche Staatsregierung Wilmerdorf, dessen Interessen mit Charlottenburg und Schöneberg, mit denen es ununterscheidbar zusammenhängt, völlig gleichartig sind, bei dem Wahlbezirk der beiden Landkreise belassen will, trotzdem es wohl mit Sicherheit am 1. April 1907 Stadtkreis wird, und voranschicklich dann auch alsbald dem Landespolizeibezirk Berlin eingegliedert werden wird. Wird aber, was allein der Sachlage entspricht, auch Wilmerdorf von dem alten Landtagswahlbezirk abgetrennt, so gestaltet sich das Verhältnis der einzelnen Teile des Wahlkreises dahin, daß der alte Wahlkreis 350 000 Einwohner, die neuen Wahlkreise, die zudem erheblich feinerküstiger als der alte Wahlkreis sind, 500 000 Einwohner umfassen.

Werden aber die sich aus der Natur der Sache ergebenden Erwägungen berücksichtigt, so ist der großstädtische Teil des Wahlkreises, die Stadtkreise Charlottenburg, Schöneberg, Nizdorf und der künftige Stadtkreis Wilmerdorf, von dem Wahlbezirk der beiden Landkreise abzutrennen. Geschieht dies, so ergibt sich als natürliche, der örtlichen Lage und der Bevölkerungsdichtung entsprechende weitere Gliederung die Zusammenfassung von Charlottenburg und Wilmerdorf zu einem Wahlbezirk, der mit 300 000 Einwohnern zu einem Wahlbezirk, der mit Rücksicht auf seine Bevölkerungszahl, das schnelle Anwachsen der Bevölkerung und mit Rücksicht auf seine erhebliche und noch immer zunehmende Stenckraft wohl berechtigt ist, zu erwarten, daß ihm gleich dem Kreisfreie zwei Abgeordnete zugeteilt werden.

Die Stadtkreise Schöneberg und Nizdorf, die von der Regierungsvorlage zu einem Wahlbezirk zusammengefaßt werden, haben nach ihrer örtlichen Lage nichts gemeinsam und weisen in der ökonomischen und sozialen Zusammensetzung jeder der beiden Städte ungenügend große Unterschiede auf. Es ist kaum verständlich, wie die königliche Staatsregierung darauf hat kommen können, diese beiden so sehr verschiedenartigen Städte zu einem Wahlbezirk zusammenzufassen. Das sachliche Gegeben ist uneres Vorfaltens, je einen selbständigen Wahlbezirk mit einem Abgeordneten aus Schöneberg (140 000 Einwohner) und Nizdorf (158 000 Einwohner) zu schaffen. Jeder der beiden Wahlbezirke ist dann noch immer vollreicher als die neuen Wahlbezirke Berlin 1, 3, 4, 11, sowie Randsberg 9 und 13.

Trotz der Bescheidenheit ihrer Wünsche werden die Herren Nationalliberalen mit ihrer Petition schwerlich etwas erreichen. Daß die neue Wahlkreisverteilung sinnlos ist, wissen auch die Regierung und die preussischen Konservativen; aber diese Einteilung erfüllt einen hehren vaterländischen Zweck: sie sichert den Konservativen die Mehrzahl der neuerschaffenen Sitze und verhindert die Wahl eines Sozialdemokraten im Kreise Teltow-Beesow-Storkow. Deshalb muß auch notwendig Nizdorf mit Schöneberg vereinigt werden. Nizdorf mit seiner starken Arbeiterbevölkerung könnte sonst doch vielleicht in einiger Zeit einen sozialdemokratischen Abgeordneten in das Dreiklassenparlament senden.

Toten-Verchwörung.

Zu Wilmerdorf, in einem Saale, der an 1500 Personen zu fassen vermag, hatten sich am Mittwochabend knapp 150 Männlein und Weiblein eingehend, um einem Vortrage Theodor Barth zu lauschen, der über „Das Wahlrechts-Gliedwerk“ sprach.

Was Barth vom Konstrum des Wahlrechts zum preussischen Dreiklassen-Parlament zu sagen hatte, ist unseren Genossen hinlänglich bekannt, wenn nicht schon vor früher, so aus den Betrachtungen, die wir um den 21. Januar und um den 18. März dieses Jahres anstellten. Was er über die lächerlichen Fiktionssuche an dem in allen Rächten plötzenden Wahlgesetz und Wahlreglement zu sagen hatte, auch das ist unseren Lesern wohl bekannt. Es läßt also kaum ein Grund vor, dem Referate des freisinnigen Eigenbrüdlers besondere Beachtung zu widmen.

Indessen vom Drum und Dran dieser Versammlung interessiert uns doch wohl das eine oder das andere. Der Theodor Barth's Eigenart kennt, der weiß, daß er seinem ganzen Wesen nach als ein unerbittlicher Illusionär aufgefakt werden muß, als ein Mann, der noch am Grabe die Hoffnung aufsprangt, der eben Verstattete könne und werde zu neuem Leben ersehen. So besonders am Grabe des deutschen Liberalismus, den unsere jüngere Generation nur noch vom Hörensagen kennt.

Ja, es ist wahr, Barth muß es zugeben, die „Freisinnigen“ in Preußen zweiter Ordnung haben sich bei der ersten Lesung der Fiktionelle wieder einmal jämmerlich benommen. Aber wartet nur! Bald kommt die zweite Lesung, dann wird sich der liberale ruppige Vogel in seiner ganzen Größe erheben und als ein Phönix aus der Asche des Dreiklassenparlamentes in die Höhe steigen. Er wird sich nicht mit einer Resolution begnügen, er wird einen Antrag, einen leidenschaftigen Antrag, ein Amendement einbringen, und dieser freisinnige Antrag wird die Einführung der geheimen Stimmabgabe fordern. Donnerwetter! Das wird eine Leistung sein!

Wir sind keine Illusionäre. Wir wissen, was man vom deutschen Freisinn aller Schattierungen zu halten hat. Und darum wissen wir auch: Wenn der „Freisinn“ im preussischen Abgeordnetenhaus wirklich einen Antrag auf Einführung der geheimen Stimmabgabe einbringen sollte, so wird er das zu Dekorationszwecken tun; denn solcher Antrag ist billig und schmeißt nicht, er hat vor allen Dingen den Vorzug, daß seine Annahme ausgeschlossen ist!

Im Grunde des Herzens wären jene preussischen „Volksvertreter“ liberaler Couleur nämlich sehr unzufrieden, falls ein derartiger Antrag wirklich durchginge; bräde er ihnen doch den Hals, würde er ihnen doch die Mehrzahl ihrer Mandate kosten, die sie bis jetzt nur mit Hilfe der öffentlichen Stimmabgabe kümmerlich zu wahren wußten.

In seinen Optimismus ließ Barth am Schlusse selber ein paar elegische Tropfen fließen. Er sagte: Tut der Liberalismus — wider Erwarten — auch diesmal seine Pflicht nicht, dann werden die Sozialdemokraten halb neue Hunderttausende von Wiltläufern haben! Nun, sehr geehrter Herr Dr., Sie dürfen's und glauben: der Liberalismus wird, kann und will seine „Pflicht“ nicht mehr tun. Also? Wir werden Ihnen demnächst die paar Hunderttausend neue Wiltläufer zu präsentieren haben, und Sie werden sich wundern dürfen, wie schnell wir diese „Wiltläufer“ mit gültiger Hilfe der königlich preussischen Regierung zu überzeugten Sozialdemokraten machen.

Der zweite Referent des Abends, Herr Rechtsanwält Gottschalk, sollte über: „Die Wahlentrechtung der Vororte“ reden. In Wirklichkeit gab er eine zweite veräfferte Auflage des Barth'schen Vortrags. Und wenn man ein wenig hellhörig war, so konnte man aus den Darlegungen dieses Mannes — 5 Minuten, nachdem Barth seinen illusionären Vortrag beendet hatte — den verhaltenen Groll gegen den Hauptwiderfacher der Wahlentrechtung, die Sozialdemokratie, herausören. Schön aber schloß der gute Mann sein Referat. Er renommierte: Wir Gerechtigkeitsfreunde (!), die wir die Gleichheit vor dem Gesetze wünschen, wir fürchten auch auf die Gefahr eines Mandatsverlustes hin die Einführung des Reichstagswahlrechts weder für den preussischen Landtag noch für die Kommunen! Woran ihm ein einfacher Arbeiter in der Diskussions schlagfertig vorhielt: Warum denn die „freisinnige“ Clique nicht nur bei der Landtagswahl, sondern erst kürzlich wieder bei den Gemeinde- und bei den Stadtverordnetenwahlen Arm in Arm mit dem konservativen Küniglein, ja sogar mit den Antisemiten gegen die Sozialdemokraten marschiert wäre?!

Ueberhaupt die Diskussions! Herr Dr. Barth, der über die Fiktionelle am preussischen Wahlrecht gespottet hatte, brachte selber eine Resolution ein, die einen Riesen auf den elend durchlöchernten Wahlstiefel setzen will: Die größeren Städte (Nizdorf, Charlottenburg, Schöneberg, Köln, Breslau usw.) sollen mehr Abgeordnete zugewiesen bekommen! — Es sprachen in der Diskussion zwei freisinnige und vier Sozialdemokraten. Einer von jenen wüßte statt der Worte — Laten: Das Bürgertum, zu feige, um Opfer zu bringen, solle es wenigstens — nach Art der Sozialdemokraten — mit organisiertem Massenaustritt aus der Landesliste als Protest versuchen! Doch Dr. Barth riet dringend davon ab, weil — die Orthodoxen sich freuen würden, nun alles allein beherrschen zu können. (!)

Die Sozialdemokraten, die das Wort ergriffen, wollten von der Mithilfe des längst eingelagerten, unwiderrüchlichen toten Liberalismus beim Kampfe gegen die preussische Wahlrechtschmach nichts wissen. Sie riefen das Leben auf die Schanze! Sie geshelten die Angst des freisinnigen Spiechertums vor dem 21. Januar d. J. Sie sprachen vom Massenstreik als legtem und äußerstem Mittel in höchster Not. Sie fragten neugierig, ob der Freisinn, auf den Barth noch so viel Hoffnung setze, in solchem Falle mit von der Partie sein oder er auf seinem Geldsack hoden und das heilige Kapital behüten werde?

Keine Antwort ist auch eine Antwort! Weder Dr. Barth, noch der Herr Rechtsanwält, noch die zwei äußerst redegewandten freisinnigen Diskussionsnehmer hatten darauf auch nur ein Wörtchen zu erwidern. Sie nahmen des fideleisegendlichen Referenten Fiktionelle an und gingen nach Hause.

Als einen „weihen Raben“ bezeichnete jemand Herrn Theodor Barth. Ob weiß, ob schwarz, der Rabe ist und bleibt ein Unglücksvogel, der über Leichen und Gräbern Unheilherberndes krächzt.

Die schönen Illusionen Theodor's des Letzten, sie werden zerflattern, und über dem Rasenquiescher des preussisch-deutschen Liberalismus wird sich bald der Rasenquiescher wölben.

Prinz Alwa im Auswärtigen Amt.

Der Sohn des King Alwa ist gestern im Auswärtigen Amt empfangen und einer 2 1/2 stündigen Audienz gewürdigt worden. Vor wenigen Wochen war der „König“ Alwa noch ein verflorenes Subjekt und der „Prinz“ Alwa ein Hummer und Hochstapler, nach dem die Polizei fahndete. Jetzt, nach der Enthüllung der Puttkamerwirtschaft, sind die Trunkenbolde und Zuchtstänker und die Zechpreller schlemmigt wieder zum „King“ und zum „Prinzen“ abancliert. Der „Tag“ berichtet n. a. über den Empfang des Kameruner Prinzen: Legationsrat Gleim ließ sich die Begleiter Alwas vorstellen und unterhielt sich mit ihnen mehr in liebenswürdigster Weise, als daß er eine formelle Audienz erteilte. Herr Gleim kam alsbald auf das bekannte Urteil gegen die Alwahauptlinge zurück und erwiderte, er werde die Verhandlung vor einem Gerichte in Deutschland stattfinden lassen. Schon in den nächsten Tagen werde die Verhandlung in Kamerun beginnen, und zwar vor einem Richter, der an der Sache überhaupt nicht interessiert sei und der die Fehler des ersten Richters sicherlich vermeiden werde.

Damit die Alwahauptlinge nicht wieder ganz ohne Verteidigung ständen, habe das Auswärtige Amt angeordnet, daß irgend ein Missionar in Kamerun, der mit den Alwas und ihrer Sprache vertraut sei, als Verteidiger gestellt würde. Auch bezüglich der amtlichen Auskunft Brauchitsch über Alwa würden von der Regierung Erhebungen angeleitet. Herr Gleim sicherte nochmals strenge Untersuchung der in der Beschwerdechrift enthaltenen einzelnen Punkte zu; dafür werde auch schon die Verwaltung Sorge tragen. Schließlich stellte Legationsrat Gleim dem jungen Alwa in Aussicht, daß die Regierung nach Beilegung des Verdicts Brauchitsch an Niemann in Hamburg Alwas Gesuch an den Senat in Hamburg um Zurückziehung des Ausweisungsurteils befürworten werde. Bezüglich der an den Kaiser und Reichskanzler gerichteten Beschwerden wegen der durch den Gouverneur v. Puttkamer erlittenen Geldverluste und wegen der Behinderung des Jagdrecht besetzte Legationsrat Gleim, daß das Beschwerdematerial nach Kamerun geschickt worden sei zur weiteren Unterfuchung.

Bezeichnend für den sozusagen gemäßigten Ton der Audienz war, daß, als die Herren sich verabschiedeten und Alwa zum Legationsrat Gleim sagte, er hoffe, Gleim werde als Gouverneur nach Kamerun gehen, der Legationsrat erwiderte: „Gehen Sie nur erst dorthin!“

Es will uns scheinen, als ob es sehr ratsam wäre, wenn der „Prinz“ ruhig in Deutschland bliebe, damit sich nicht erst wieder ein neuer Puttkamer in Kamerun einmischen kann!

In den Tod getrieben durch das Schicksal, d. h. durch die Mishandlungen, die er von älteren Kameraden zu erdulden hatte, ist der Rekrut Ohe vom 2. Lusarenregiment zu Grimma. Am Mittwoch wurde sein trauriger Fall vor dem Kriegsgericht zu Dresden verhandelt. Ohe hat sich gleich nach einer grausamen Mishandlung durch die „alten Leute“ erhängt. Seine Peiniger erhielten jetzt fünf, vier und drei Monate Gefängnis und wurden sofort verhaftet; zwei Rekruten, die sie gezungen hatten, den Ohe zu schlagen, erhielten unter Jubilation milderer Umstände je zwei Wochen Gefängnis.

Zentrum und Polen in Oberschlesien.

Im Reichstagswahlkreis Preußen-Zarnowitz ist von den Polen an Stelle des zurückgetretenen Kröll der Herausgeber des „Katolik“, Herr Kapieraleki, als Reichstagskandidat aufgestellt worden. Die Aufstellung bedeutet eine vollständige Zerfäufelung des Tischtnes zwischen Zentrum und Polen in Oberschlesien. Das große Sterben des Zentrums im obereschlesischen Industriebezirk ist damit besiegelt. Das empfindet auch das schlesische Zentrumorgan, die „Schles. Volksztg.“, denn trübselig schreibt sie:

„Dem Hinübergehenden mancher altu vertrauensvoller Leute in unserem Lager, vor allem der „Köln. Volksztg.“ nach der angeblich gemäßigten Richtung in der polnischen Partei ist mit dieser Kandidatur ein für allemal ein unangenehmes Ende bereitet worden. Es gibt jetzt in Oberschlesien, was schon seit längerer Zeit feststand, nur noch eine einzige geschlossene Parteipartei, deren Ziel die Befämpfung des Zentrums bis aufs äußerste ist. Hiernach müssen wir uns richten!“

Erfahrungswahl im Reichstagswahlkreis Altona-Neerloh. Wie da „Bureau Herold“ meldet, ist von dem freisinnigen Verein in Neerloh für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Justizrat Lietzmann Dr. Langerhans-Berlin für den Wahlkreis Altona-Neerloh in Aussicht genommen. Dr. Langerhans hat bereits den Wahlkreis von 1881 bis 1893 mit einer Unterbrechung von einem halben Jahre vertreten.

Und erscheint die Meldung wenig glaubwürdig.

Der sächsische Landesverband evangelischer Arbeitervereine hat in seiner letzten Generalversammlung, die in Waagen abgehalten wurde, konstatiert, daß eine Verminderung der Mitglieder um 344 eingetreten ist. Schon seit mehreren Jahren war zu beobachten, daß die Evangelischen im Feiden des Krebses stehen.

Der antisemitische heftige Landtagsabgeordnete Hirschel, zweiter Direktor der landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft zu Friedberg ist von seinem Kollegen, dem ersten Direktor Salske, der Staatsanwaltschaft wegen Unterschlagung angezeigt worden.

Ein „Schumann“. Wegen Körperverletzung im Amte wurde der frühere Polizeierganz Reich aus Schivelbein, jetzt Versicherungsspekulator in Stettin von der Strafkammer zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Am 1. April d. J. wurde in Schivelbein ein neuer Polizeierganz auf Probe angestellt. Dieser und Rasch machten zur Feier des Ereignisses eine Bierreise, wobei sich beide gründlich betrankten. In diesem Zustande erschienen dem Rasch nun höchst wahrscheinlich alle Strafpassanten gefällige Verbrecher, und so nahm er denn kurzerhand und ohne jeden Grund einen zufällig an ihm vorbeigehenden Diebster fest, den er auf der Straße mit dem Handfesseln schlug und dem er in der Arrestzelle, nachdem er sich den Uniformrock ausgezogen hatte, in drei Auflagen etwa 20 Hiebe mit seinem Seitengewehr beibrachte, so daß der Mann 14 Tage arbeitsunfähig war.

Zur Fleischnot.

Vom Statistischen Amte in Düsseldorf werden vergleichende Uebersichten über die Frequenz des Schlachthofes, des Viehmarktes und die Höhe der Fleischpreise veröffentlicht, die ein großes Schlaglicht auf die Fleischnot und Fleischveruerung werfen. So erschien vor einigen Tagen eine Uebersicht der Monate Januar 1905 und 1906, welcher wir einige Zahlen entnehmen. Der Fleischkonsum in Düsseldorf ist pro Kopf der Bevölkerung von 5,8 Kilo im Januar 1905 auf 5,2 Kilo im letzten Januar gefallen. Schweine wurden im Januar des Vorjahres 5907 aufgetrieben, wogegen im letzten Januar nur 3474 der Vorstentiere zum Verkauf standen, also 2433 weniger. Der Auftrieb an Ochsen war auch um 55 Stück geringer als im Vorjahre im nämlichen Monat, höher war die Zahl der geschlachteten Pferde, und zwar um 16 Stück. Es wurden im Januar des Vorjahres insgesamt 9368 Stück aufgetrieben, in dem nämlichen Monat 1906 aber nur 7081 Stück Vieh. Durch das Kinderangebot stieg der Preis für das Vieh ganz enorm und wurden für 50 Kilo Schlachtgewicht im Januar 1906 gezahlt: Ochsen 70 bis 81 R., Kühe 56—68 R. und für Schweine 69—75 R. Die Preise standen im Vorjahre für Schweine auf 60—67 R., für Kühe auf 56—65 R. und für Ochsen auf 63—73 R.

Druckfehlerberichtigung. In den Leitartikel der gestrigen Nummer hat sich ein fumentstehender Druckfehler eingeschlichen. In der ersten Spalte, 34. Zeile von unten, muß es heißen: „im Herbst 1905“ statt „im Herbst 1906“. Ferner ist zu lesen in der 30. Zeile „Die Kronbeamte Post“, 5. Zeile von unten: „Die Richtigkeit ihrer Fälschungen“ statt „Die Wichtigkeit ihrer Fälschungen“.

Ausland.

Schweden.

Noch 7 Millionen für eine „Rattenfalle“. Bei Boden im schwedischen Nordland baut man seit einer Reihe von Jahren an einer Festung, die nach der Meinung militärischer Sachverständiger von außerordentlichem Wert für die Landesverteidigung sein soll. Die Sachverständigen hatten die Kosten ursprünglich auf im ganzen 4 1/2 Millionen Kronen berechnet, neuerdings hat jedoch das zur Prüfung der Frage eingesetzte „Vodenkomitee“ herausgefunden, daß die Festungsbauei nicht weniger als 19 Millionen kosten wird. 10 Millionen waren schon bewilligt. Es fehlen also noch 9. Die Regierung begnügt sich damit, in ihrem Budgetvorschlag 7 184 500 Kronen zu verlangen, davon 1 575 000 Kronen für das Jahr 1907. Der Staatsauschuss hieß diese Forderung einstimmig gut. Am Mittwoch hat sich der Reichstag damit befaßt. Die Erste Kammer stimmte ohne Vorberatung für den Regierungsvorschlag. In der Zweiten Kammer fand eine längere Debatte statt. Die Sozialdemokraten waren die einzige Partei, die entschieden gegen den Vorschlag auftrat. Genosse Christiernson bezeichnete die Festung als „Rattenfalle“ und meinte, wenn der schwedischen Armee einmal das Unglück zustößen sollte, gefangen zu werden, wäre es in Boden. Die Zweite Kammer nahm den Regierungsvorschlag schließlich mit 169 gegen 38 Stimmen an. Die 7 Millionen sollen auf die Budgets der Jahre 1907, 1908, 1909 und 1910 verteilt werden. Ob dann die Festung nach Meinung der Militärjuristen wirklich vollendet sein wird, ist recht fraglich.

Amerika.

Die organisierten Arbeiter und die Politik.

Eine Abordnung der „American Federation of Labor“ (Amerikanischer Arbeiterbund) wurde jüngst beim Präsidenten Roosevelt vorstellig und beschwerte sich darüber, daß die Interessen der organisierten Arbeiter vernachlässigt werden. Nichts anderes als Einhaltsbefehle gegen Streikende würde Mißbrauch getrieben, das Achtstundengesetz für Regierungsarbeiten würde oft verletzt und die Ausschließungsbestimmungen gegen die Chinesen zugunsten von Kapitalisten sehr lax gehandhabt.

Roosevelt antwortete in einer wenig entgegenkommenden Weise und erklärte, daß er die Klagen der Arbeiter für unbegründet halte. Diese Antwort bestimmte bei den Arbeitern sehr, und es dauerte nicht lange, da sandte Roosevelt einen Brief an den Arbeiterbund mit dem Ersuchen, ihm eine Liste der Klagen und Gesetzesverletzungen zuzustellen. Er versicherte zugleich, daß er den Bestrebungen der organisierten Arbeiter die größte Sympathie entgegenbringe.

Im amerikanischen Arbeiterbund sind, wie schon gemeldet, Stimmen laut geworden, eigene Kandidaten für den Kongreß aufzustellen. Ein anderer Vorschlag, der mehr Aussicht auf Durchführung besitzt, ist der: unter den Kandidaten der alten Parteien eine Auswahl dahin zu treffen, welche zu unterstützen, welche zu bekämpfen seien. Der sich als Arbeiterfreund bemerkbar mache, der solle natürlich keine Unterstützung erhalten, und man nimmt an, daß er dann auch nicht erwählt werden könne. Das ist die schon öfter angewandte, sehr beliebte, aber stets erfolglos gebliebene Politik der konservativen Arbeiterführer, die von den sozialistischen Mitgliedern des Arbeiterbundes heftig bekämpft wird. Die Notwendigkeit, sich selbstständig an der Politik zu beteiligen, wird immer dringender und ist durch den Erfolg der englischen Arbeiter noch mehr in den Vordergrund gedrängt worden, wenn auch der alte Grundsatz „keine (politische) Politik in den Gewerkschaften“ in amerikanischen Arbeiterbünde noch zahlreiche Anhänger zählt.

Parlamentarisches.

Nachsteuerung der Lohndrücker — Erbschaftsteuer.

Die Finanzreformkommission wurde gestern von der Rogelkoalition mit einem ganz neuen Antrag zu dem, die Uebergangsbestimmungen enthaltenden § 26 der Zigarettensteuervorlage überreicht. Um mit einemmal „reinen Tisch zu machen“ wie Held (natl.) erklärte, hat die Koalition alle Schwierigkeiten dadurch beseitigt, daß sie den ganzen § 26 über Bord wirft und dafür zu setzen beiträgt:

„Verkäufer und Händler haben die am Tage des Inkrafttretens des Gesetzes in ihrem Besitze befindlichen Vorräte an Zigarettentabak, Zigaretten, Zigarettenhilfen und -Blättern unter Angabe des Kleinverkaufspreises des Zigarettentabaks und der Zigaretten, sowie der Stückzahl der Hilfen und Blätter innerhalb acht Tagen dem zuständigen Steueramt anzumelden und nach den Sätzen des § 2 zu versteuern. Ob die Waren in- oder ausländischer Herkunft sind, bleibt dabei unberücksichtigt. Die erfolgte Versteuerung wird durch Anbringung von Steuerzeichen an den Packungen kenntlich gemacht. Wegen Sicherheitsbestellung ist die Steuer für eine Frist von drei Monaten zu stunden.“

Trotzdem unsere Genossen Geher, der diese Bestimmung als „eine neue Brutalität zur Erdrosselung des Kleinhandels“ bezeichnete, Singer, der namentlich gegen die Einführung des Prinzips der Nachbesteuerung in diese Steuererfolge protestierte, und Albert die geschäftlichschädigende Wirkung dieser Maßnahme scharf kritisierte, ließ sich die Mehrheit dadurch nicht beirren, sondern nahm den Antrag, den Müller-Julda (3.) als eine weitgehende Milde bezeichnete, an. Die Frist wurde von 3 auf 6 Monate verlängert.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde sodann auf Antrag Singers eine Redaktionskommission gewählt, welche die Beschlässe der zweiten Lesung einer Prüfung unterziehen und sobald sie materielle Abänderungen für notwendig erachtete, darüber Bericht erstatten soll, um alsdann eventuell weitere Beschlässe der Gesamtkommission herbeizuführen.

Hierauf wurde in die zweite Beratung der Kommissionsbeschlässe erster Lesung zu der Erbschaftsteuer und den dazu gestellten neuen Anträgen eingetreten. Sozialdemokratischerseits ist der schon in der ersten Lesung gestellte Prinzipal Antrag auf Versteuerung der Nachlassmasse mit einigen Änderungen wieder eingebracht und dazu für den Fall der Ablehnung der Eventualantrag, der sich den Kommissionsbeschlässen im Prinzip anschließt, aber die Steuer auf Ehegatten und Kinder ausdehnt, auch im Prinzip der Progression weiter geht wie der Regierungsvorschlag und die Kommissionsbeschlässe.

Begründet wurden unsere Äußerungen in eingehender Weise vom Genossen Bernstein und vom Genossen Singer gegen die Angriffe von allen Seiten energig verteidigt.

Bemerkenswert sind die Äußerungen der Konservativen Dietrich und Graf Kanig, die eifrig bestrebt sind, die Erträge aus diesem Gesetz möglichst herunter zu drücken. Dietrich äußerte sich dahin, daß die Kommission ja „einen erheblichen Vorrat an Steuern“ beschafft habe und Graf Kanig, der das Erbschaftsteuergesetz als „Kotbeißel“ bezeichnet im Gegenfug zu Dr. Becker, der es das Maßkrat genannt hatte, trat lebhaft für seinen Antrag ein, die Steuer von 4 Proz. auf 3 Proz. herabzusetzen. Auch Gerald vom Zentrum will den Ertrag der Erbschaftsteuer nach Möglichkeit herunter drücken. Es entsprach ihm im Eifer des Gefechts das Geständnis, daß das Kompromiß in der ersten Lesung fast ohne Ueberlegung in eineinhalbstündiger Beratung zustande gekommen sei.

Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, da um 1 Uhr noch fünf Redner eingetragten waren. Die Fortsetzung der Beratung erfolgt am Dienstag.

Die Budgetkommission beendete gestern die Vorberatungen des Etats. Am Dienstag soll die Vorberatung des Militärpensionsgesetzes beginnen.

Aus der Partei.

Gemeinderatswahlfrage. In Zhaldorf bei Duerfurt (Provinz Sachsen) wurden je ein Genosse in der dritten und in der zweiten

Klasse gewählt, in der ersten Klasse kommt ein Genosse mit zwei Stimmen gegen einen Bürgerlichen mit drei Stimmen in die Stichwahl, ein zweiter Bürgerlicher erhielt eine Stimme. Die dritte Klasse ist jetzt völlig im Besitze der Partei.

In Wehau und in Frohe (Provinz Sachsen), sowie in Groß-Rosen und Oberlangendels (Schlesien) wurde je ein Genosse gewählt.

Ein billiger Vorschlag. In Liebertsdorf (Königreich Sachsen) hatten die Genossen den Schuldirektor Messerschmidt, der in der Schule gegen die Sozialdemokratie losgehoben ist, eingeladen, in einer Versammlung sein Herz über die gebogene Partei auszusprechen. Der Herr erklärte sich dazu scheinbar bereit, da ihm aber offenbar bei der Besichtigung nicht geheimer ist, so stellt er eine Reihe von Bedingungen, deren schönste die folgende ist:

Als Honorar verlange ich 1000 Mark, die Sie beim königlichen Amtsgerichte oder auf hiesigem Gemeindeamt zunächst zu deponieren hätten. Diese 1000 M. werden von mir dem hiesigen Vaterländischen Verein überwiesen und müssen verwendet werden zu wirksamer Bekämpfung der Sozialdemokratie einmal, und dann zur Unterstützung armer Arbeiterfrauen und Kinder, deren Versorger durch die Sozialdemokratie irreführt und dann von denselben treulos im Stich gelassen worden sind.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Versammlungsverbote in Preußen. Sehr wenig orientiert über ihre Befugnisse auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungsrechts scheint die Polizeiverwaltung des guten vormpommerschen Städtchens Tribsee zu sein, wo in letzter Zeit sozialdemokratische Agitation das kleinstädtische Stilleben unangenehm gestört hat. Dem Einberufer der März-Protesserversammlung ging folgender Ullas zu:

Magistrat Tribsee, Tribsee, den 18. März 1906.
Die von der hiesigen Zweigstelle des Verbandes der Maurer Deutschlands auf heute nachmittag 3 Uhr in das Holzke Lokal hier selbst einberufene öffentliche Protesserversammlung wird auf Grund des § 10 Tit. 17 Teil II Allgemeinen Landrechts hienmit verboten, weil ausweislich des gestern hier verbreiteten Flugblattes in dieser Versammlung schon wieder ein auswärtiger Agitator — wie nach dem Thema:

„Große Protesserversammlung gegen das Dreiklassenwahlrecht in Preußen.“

Tagesordnung:

Die bürgerliche Revolution von 1848 — 1849 und das preussische Dreiklassenwahlrecht.

Referent Dr. May
zweifellos anzunehmen ist — in aufrechter Weise referieren wird, nachdem erst durch die am 21. Januar d. J. in ebendiesem Lokal stattgehabte sozialdemokratische Protesserversammlung, in welcher gleichfalls ein auswärtiger Agitator eine Hetzrede gehalten hat, die Gemüter der hiesigen nicht sozialdemokratischen Bevölkerung in Aufregung versetzt worden sind, durch solche fortgesetzten aufreizenden Neben auswärtiger sozialdemokratischer Agitatoren aber die öffentliche Ruhe und Ordnung in hiesiger Stadt gefährdet erscheint.

Die Polizeiverwaltung.

Dr. Kluge

Herr Dr. Kluge dürfte von seinen Vorgesetzten darüber befehrt werden, daß in Preußen so etwas wie ein Vereins- und Versammlungsrecht besteht:

In Gräbchen bei Breslau ist eine Versammlung verboten worden, weil das Lokal in Sanitäts-, sowie feuer- und sonstiger Sicherheitspolizeilicher Hinsicht den Ansprüchen des Amtsvorsteher nicht genügt. Am 18. März fanden in dem Lokal mehrere öffentliche Versammlungen ungehindert statt.

— **Preßprozeß.** Der Redakteur der Rührer „Bürgerzeitung“, Genosse Jöhner, wurde wegen Verleumdung eines Gemeindevorstandes zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

Immer noch Nachspiele zum roten Sonntag. In Münster wurden drei Genossen aus Haltern vom Schöffengericht wegen Verbreitung des Wahlflugblatts zu je 10 M. Geldstrafe verurteilt, obgleich die polizeilichen Zeugen kein stichhaltiges Belastungsmaterial liefern konnten. Ebenso erging es zu Sandau (Provinz Brandenburg) zwei Genossen aus Rathenow. Sie sollten angebliche Uebersetzung des Sonntags mit je 10 M. büßen. Wegen beide Urteile ist Berufung eingelegt worden.

Freigesprochen wurde zu Rersebarg ein Flugblattverbreiter.

Erdrosselung der freien Hilfskassen und freie Bahn für Schwindelkassen!

Die Kommission zur Vorbereitung des Entwurfs eines Gesetzes über die Hilfskassen beendete gestern ihre erste Lesung. Hatten im Plenum alle Parteien sich gegen das Gesetz erklärt, so änderte sich das Bild in der Kommission von Sitzung zu Sitzung. Bekanntlich schlägt der Entwurf vor, das Hilfskassengesetz aufzuheben und die Hilfskassen als Vereine dem Geleze über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 zu unterstellen. Die Mehrheit der Kommission hielt es für ratsam, zunächst festzulegen, welche Bestimmungen des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen für das Fortbestehen der Hilfskassen unbedingt auszuwählen sind. Unsere Genossen Frähdorf, Lesche und Stadthagen legten dar, daß der eingeschlagene Weg völlig ungeeignet zur Bekämpfung der Schwindelkassen oder zur Aufrechterhaltung oder Förderung der sozialen Zwecke der Hilfskassen sei, dennoch würden sie sich an der Beratung und Beschlußfassung beteiligen und eventuell für die zweite Lesung Vorschläge zur wirklichen Bekämpfung der Schwindelkassen stellen. Dementsprechend handelten sie. Die Annahme, daß die bürgerlichen Parteien ihren im Plenum geäußerten Darlegungen entsprechend, die Hilfskassen vor Willfür schätzen würden, wurde durch ihre Stellung gründlich zerstört. Von Sitzung zu Sitzung offenbar wurde, daß der Zweck des Gesetzes im Sinne der bürgerlichen Parteien keineswegs auf Schwindelkassen gerichtet ist, sondern auf Erdrosselung der Hilfskassen und daß das Gesetz eine Ueberarbeit zur Vermeidung des Restes von Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen sein soll. Nur einige Punkte mögen zur Illustration des Vorgehens der Mehrheit angeführt werden.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission, insbesondere Lesche, legten dar, daß eine Reihe Schwindelkassen also operieren: zunächst lassen sie sich die Versicherung auf § 75a des Krankenversicherungsgesetzes geben; dann ändern sie die Statuten zugunsten der Mitglieder; man müsse in solchen Fällen die Versicherung wieder zurücknehmen können. Die Mehrheit anerkannte diesen Lebensstand, lehnte aber einen auf Beseitigung dieses offensichtlichen Schwindelmandats abzielenden Antrag ab. Der Vorsitzende, Centrumsgewordener Trimborn, vertritt auf die zweite Lesung! Ferner: die sozialdemokratischen Mitglieder weisen darauf hin, daß insbesondere nach Erlaß des Privatversicherungsgesetzes die Ueberlistung über das, was Rechtens sein soll, so unüberwindlich sei, daß niemand die Tragweite der einzelnen Vorschriften übersehen könne. Es möge doch die Regierung vor Beginn der zweiten Kommissionslesung ein Normalstatut vorlegen. Abg. Trimborn vertritt auf solch Normalstatut — nach § 114 der zweiten Kommissionslesung!

Dabei wimmelt der Entwurf von technischen Unzulänglichkeiten, Unklarheiten und Unsicherheiten, wie sie besser ein auf Veräußerung von Behördenwillkür und Gründung von Schwindelkassen abzielendes Gesetz nicht schaffen könnte.

Die Karten der Mehrheit wurden in der gestrigen Sitzung offen gelegt. Die Sozialdemokraten beantragten, das Hilfskassengesetz beseitigen zu lassen und lediglich § 30, der die Anwartschaftsklassen und sonstigen rückständigen landesgesetzlichen Klassen ausreicht, zu streichen. Die Kommission stimmte gegen die Sozialdemokraten indes für Aufhebung des gesamten

Hilfskassengesetzes. Der „freisinnige“ Abgeordnete Mugdan enthielt sich der Stimme.

Nummer 149 Trimborn vor, schleunigst, spätestens heute die zweite Lesung zu beginnen. Die Sozialdemokraten beantragten, zunächst den Interessenten Gelegenheit zur Äußerung zu geben und die Sitzungen erst am 24. April wieder aufzunehmen. Was für alle anderen Interessentenkreise als billig erachtet ist, vor der Einbringung des Entwurfs und während aller Vorbereitungsstadien Gelegenheit zur Äußerung zu haben, müsse doch dem Mittelstand und Arbeiter gegenüber wenigstens, soweit dies der Reichstag in der Hand hat, gewährt werden. Die gesamten sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder stimmten gegen diesen Vorschlag und legten die zweite Lesung bereits auf Montag an!

Alle aus Arbeiterkreisen der verschiedensten Richtungen eingelaufenen Petitionen haben um Ablehnung der Vorlage gebeten. Der Scharfmacherverband hingegen hat um Annahme ersucht — das reicht vorab zur Klarstellung der Stellung der bürgerlichen Parteien hin.

Durch Annahme der Vorlage, auf die wir noch später eingehen werden, würde das Hilfskassenwesen auf dieselbe Lage zurückgeworfen, in der es sich vor 1869 in Preußen befand.

Der Entwurf, wie ihn die Kommission gestellt hat, lautet wie folgt (die Änderungen gegenüber dem Regierungsentwurf sind durch Sperrdruck kenntlich gemacht):

Entwurf eines Gesetzes über die Hilfskassen.

§ 1. Das Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen (Reichsgesetz 1876 S. 123, 1884 S. 54) wird aufgehoben.

§ 2. Im § 122 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen (Reichsgesetz 1901 S. 139) fallen die Worte: „die auf Grund des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfskassen vom 7. April 1876 (Reichsgesetz S. 123) in der Fassung des Gesetzes vom 1. Juni 1894 (Reichsgesetz S. 54) errichteten Kassen.“ fort.

Der § 122 daselbst erhält folgenden zweiten Absatz:

„Die beteiligten Landesregierungen können bestimmen, daß und von welchem Zeitpunkt ab auch die im Abs. 1 bezeichneten, auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hilfskassen den Vorschriften dieses Gesetzes unterliegen, und die zur Durchführung der Anordnung erforderlichen Bestimmungen erlassen.“

§ 3. Die Vorschriften der Reichs- und Landesgesetze, die sich auf die eingeschriebenen Hilfskassen und deren Mitglieder beziehen, gelten für die Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, die zum Betriebe der Versicherung ihrer Mitglieder gegen Krankheit befugt sind, und für deren Mitglieder.

Jedoch sind die Mitglieder der im Absatz 1 bezeichneten Versicherungsvereine von der Verpflichtung, der Gemeinde-Krankenversicherung oder einer nach Maßgabe des Krankenversicherungsgesetzes errichteten Krankenkasse anzugehören, nur dann befreit, wenn die Satzung außer den Bestimmungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes den nachstehenden Anforderungen genügt:

1. Der Beitritt darf von der Beteiligung an anderen Gesellschaften oder Vereinen nur dann abhängig gemacht werden, wenn eine solche Beteiligung für sämtliche Mitglieder bei Errichtung des Versicherungsvereins durch die Satzung vorgegeben ist. Im übrigen darf den Mitgliedern die Verpflichtung zu Handlungen oder Unterlassungen, welche mit dem Zwecke des Versicherungsvereins in keiner Verbindung stehen, nicht auferlegt werden.

2. Als Krankenunterstützung dürfen den Mitgliedern nur Krankengeld, ärztliche Behandlung, Arznei und andere Heilmittel, Verpflegung in einem Krankenhause sowie die geeigneten Mittel zur Erleichterung der ihnen nach der Genesung verbliebenen körperlichen Mängel gewährt werden. Auch darf die Krankenunterstützung an Wöchnerinnen sowie eine Schwangerchaftsunterstützung gewährt und die Gewährung ärztlicher Behandlung, von Arznei und sonstigen Heilmitteln auf die Familienangehörigen der Mitglieder ausgedehnt werden. Den Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder darf ferner eine Beihilfe gewährt werden, welche das Gehalt der widertätlichen Unterstützung, auf welche das verstorbene Mitglied Anspruch hatte, nicht überschreitet.

3. Zu anderen Zwecken als den in Nr. 2 bezeichneten Unterstützungen und der Deckung der Verwaltungskosten dürfen weder Beiträge von den Mitgliedern erhoben werden, noch Verwendungen aus dem Vermögen des Versicherungsvereins erfolgen.

4. Dem Vorstand und dem Aufsichtsrate dürfen nur volljährige und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindliche Mitglieder angehören; auch dürfen nur solche Mitglieder im obersten Organe (Versammlung von Mitgliedern oder von Vertretern der Mitglieder) ein Stimmrecht ausüben.

5. Wegen Ueberschreitung der Altersgrenze, über welche hinaus nach Bestimmung der Satzung Mitglieder nicht aufgenommen werden, und wegen Veränderung des Gesundheitszustandes, von welchem nach Bestimmung der Satzung die Ausnahme abhängig ist, darf der Austritt nicht erfolgen.

Wegen des Austritts oder Ausschlusses aus einer Gesellschaft oder einem Vereine können Mitglieder nicht ausgeschlossen werden, wenn sie dem Versicherungsvereine bereits zwei Jahre angehört haben. Erfolgt ihre Ausscheidung vor Ablauf dieser Zeit, so haben sie mindestens Anspruch auf Ersatz des von ihnen bezahlten Eintrittsgeldes.

Die Befreiung von der Verpflichtung der Gemeindefrankenversicherung oder einer nach Maßgabe des Krankenversicherungsgesetzes errichteten Krankenkasse anzugehören, ist ferner davon abhängig, daß dem Versicherungsverein eine Bescheinigung gemäß § 75a des Krankenversicherungsgesetzes erteilt ist, welche sich zugleich darauf erstreckt, daß die Satzung dieses Vereins den Anforderungen des Abs. 2 Nr. 1 bis 5 entspricht.

§ 3a. (Neu.) Versicherungsvereine der im § 3 Abs. 1 bezeichneten Art, deren Leistungen sich innerhalb der in § 3 Abs. 2 Nr. 2 bezeichneten Grenzen halten, sind, sofern nicht auf ihren Antrag von der Aufsichtsbehörde anders bestimmt wird, als kleinere Vereine (§ 53 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901, Reichsgesetzblatt S. 139) anzuerkennen.

§ 3b. (Neu.) Die Kasse kann für bestimmte Bezirke ärztliche Verwaltungsteile (Abteilungen, Zweigvereine) errichten.

Die Befugnisse und die Verfassung der örtlichen Verwaltungsteile (Abteilungen, Zweigvereine) werden durch Statut geregelt.

§ 3c. (Neu.) Die §§ 11, 12 und 115 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen finden auf die in diesem Gesetze genannten Kassen keine Anwendung.

§ 3d. (Neu.) Die Versicherungsvereine im Sinne des § 3a dieses Gesetzes haben einen Reservefonds im Mindestbetrage der durchschnittlichen Jahresausgabe der letzten fünf Rechnungsjahre anzusammeln und erforderlichenfalls bis zu dieser Höhe zu ergänzen. So lange der Reservefonds diesen Betrag nicht erreicht, ist demselben mindestens ein Zehntel des Jahresbetrags der Mitgliederbeiträge zuzuführen.

§ 3e. (Neu.) Eine Vereinigung mehrerer Kassen zu einem Verbandsverband gegenseitiger Anstalt im Sinne des § 46 Ziffer 1 bis 4 des Krankenversicherungsgesetzes, kann unter Zustimmung der Generalversammlung der einzelnen Kasse und auf Grund eines schriftlichen Statuts erfolgen.

§ 4. Versicherungsunternehmungen, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes auf Grund des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfskassen oder beim Inkrafttreten einer für sie gemäß § 2 Abs. 2 erlassenen Bestimmung als auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichtete Hilfskassen zum Geschäftsbetriebe befugt sind, bedürfen zur Fortsetzung ihres Geschäftsbetriebs in den bisher durch die Zulassung gestatteten Grenzen keiner Erlaubnis nach Maßgabe des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen.

§ 5. Die einer Versicherungsunternehmung als eingeschriebener Hilfskasse auf Grund des § 75a des Krankenversicherungsgesetzes ausgesprochene Bescheinigung kann widerrufen werden, wenn die Versicherungsunternehmung den in den Bestimmungen des § 3 Abs. 2 Nr. 1 bis 5 genannten Voraussetzungen nicht mehr entspricht und der Auflage der Aufsichtsbehörde, diesem Mangel abzuheben, innerhalb

ber gesehen auf mindestens 6 Wochen zu bemessenden Frist nicht nachgekommen ist. Alle Bescheinigungen der bezeichneten Art verlieren am 1. Januar 1908 ihre Gültigkeit, sofern sie nicht nach der Verkündung dieses Gesetzes von neuem erteilt worden sind.

§ 6. Versicherungsunternehmungen, die beim Inkrafttreten einer für sie gemäß § 2 Abs. 2 erlassenen Bestimmung als auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichtete Hilfskassen zum Geschäftsbetriebe befugt sind und sich im Besitz einer amtlichen Bescheinigung gemäß § 75a des Krankenversicherungsgesetzes befinden, unterliegen nicht der Vorschrift des § 3 Abs. 2 und 3. Die Bescheinigung ist jedoch zu widerrufen, sofern bei Veränderung ihrer Satzung darin eine dem Abs. 2 Nr. 1 bis 5 daselbst zuwiderlaufende Bestimmung neu aufgenommen wird.

Gewerkchaftliches.

Christliche „Selbstsucht“.

Ueber ein neues Stück christlicher Arbeiterinteressenvertretung macht Genosse Redakteur Wilmann, der als Vertreter des Bergarbeiterverbandes in Courrières weilte, interessante Mitteilung. Der christliche Gewerksverein hatte den Redakteur des „Bergknappen“, Kurup, nach Courrières entsandt. Und was machte der Arbeiterführer dort? Er begab sich zu dem Organisator der „gelben“ Streikbrecherbanden, dem bekannten Monsieur Cotton. Vielleicht hat Kurup dort nützliche Dienste geleistet. Ein ultramontanes Blatt schrieb:

„Die Katastrophe hat Gott gewollt. Krieg, Pest, Ueberschwemmung, Erdbeben usw. sind Strafen Gottes, um die Menschen für ihre Gleichgültigkeit und Missetaten zu bestrafen.“

Und Cotton erließ einen Aufruf, in dem er seine christlichen Gefühle bekundete; er demonstrierte gegen den Streik und reproduzierte folgenden Brief an das Ministerium:

„Revolutionäre Banden suchen die freie Arbeit zu hindern. (11) Im Namen unserer 6000 Mitglieder bitten wir den Minister, die Arbeiter zu schützen, die gewillt sind, zu arbeiten. Wir wollen keinen Streik.“

Cotton.

Und Herr Kurup kehrte nach dem Besuche bei Cotton nach Deutschland zurück! Er hatte nach seiner Weise Arbeiterinteressen vertreten.

Berlin und Umgegend.

Streikbeschluss der Berliner Maler und Anstreicher!

Die geheime Abstimmung der am Donnerstag in der „Neuen Welt“ abgehaltenen Massenversammlung der Maler und Anstreicher über die sofortige oder spätere Arbeitsniederlegung hat laut Auszählung das voranzuführende Resultat ergeben. Demnach ist mit erdrückender Majorität beschlossen worden,

am Montag, den 2. April in den Streik zu treten.

Von circa 6000 an der Abstimmung beteiligten Mitgliedern des Malerverbandes haben 7/10 für die Arbeitsniederlegung gestimmt. Somit beginnt am Montag ein Lohnkampf, wie er im Berliner Malergewerbe bisher noch nicht zu verzeichnen war. In Betracht kommen für das gesamte Lohngebiet Berlin rund 8000 Maler und Anstreicher.

Der Malerinnung resp. dem Arbeitgeberverbande scheint der Streikbeschluss schon jetzt arge Verlesungen zu verursachen. Eine solche Einmütigkeit unter „ihren“ Arbeitern hatten die ehrfurchtsamen Meister offenbar nicht erwartet. Sie haben sich denn auch bereits dahin geäußert, daß ihnen als einziges Mittel gegen die Streikenden nur die Heranziehung von Arbeitswilligen bleiben würde. Um dies „einzigste Mittel“ nach Möglichkeit in Anwendung zu bringen, hat die Innung mehrere Tausend Mark ausgeworfen, damit in den bürgerlichen Zeitungen aller Teile Deutschlands, besonders aber in der Arbeiterpresse nach arbeitswilligen Malergehilfen annoncieren werden kann. Vor allem gebeten die Herren, alle verfügbaren Malergehilfen aus den östlichen Provinzen nach Berlin zu locken, indem sie ihnen einen Stundenlohn von 65 Pf. versprechen, während sie den Berliner Anstreichern — und das ist die große Mehrheit der im Malergewerbe beschäftigten Arbeiter — nur einen Minimallohn von 55 Pf. zahlen wollen. Bei den eigenartigen Arbeitsverhältnissen im Berliner Baubereich kann den auswärtigen Malergehilfen in ihrem eigenen Interesse während des Streiks nur auf das dringendste von einer Fahrt nach Berlin abgeraten werden. — Die gesamte Arbeiterpresse Deutschlands wird daher ersucht, auf den Berliner Malerstreik aufmerksam zu machen und die Malergehilfen allerorts vor Zugang nach Berlin zu warnen.

Zur Lohnbewegung in den Berliner Handelsgärtnerien. Am Donnerstag fand bei Dörfels, Neue Friedriehstraße, eine große öffentliche Gehilfenversammlung statt, in der die Lohnkommission einen Bericht gab über den bisherigen Verlauf der Streikbewegung. Die Stündigungen zum 1. April sind von einigen unzumutbaren Ausnahmen abgesehen, durchgehend geschlossen erfolgt. Bewilligt haben die Forderungen bisher eine nur geringe Anzahl von Betrieben, dagegen sind fast allenfalls und teils verhältnismäßig erhebliche Lohnaufbesserungen erfolgt. Da die allgemeine Lohnaufbesserung der Hauptzweck der gegenwärtigen Bewegung ist und bei vielen Unternehmern die Gerechtigkeit besteht, den geforderten Niedriglohn von 22 Mark pro Woche anzuerkennen, wenn die erst aus der Lehre Gehommenen davon ausgenommen werden, so einigte sich die Versammlung zu folgendem Beschlusse: „Die Versammlung erklärt sich mit dem Vorschlage der Lohnkommission einverstanden, Betriebe, in denen den jüngeren Gehilfen im ersten und zweiten Gehilfenjahre als Mindestlohn 20 Mark pro Woche gezahlt wird, als geregelt zu erklären. Die Versammelten verpflichten sich, in diesem Sinne mit allem Nachdruck für die Durchführung der Forderungen einzutreten und dafür zu sorgen, daß in allen Betrieben, wo dies nicht bewilligt wird, am 1. April geschlossen die Arbeitsniederlegung erfolgt. Die Versammelten appellieren an alle diejenigen, die bisher ihrer Pflicht noch nicht nachgekommen sind, dieses umgehend nachzuholen. Der Lohnkommission wird der Auftrag erteilt, alle Nachnahmen zu erwirken, die sie zur energischen Durchführung der Forderungen für notwendig erachtet.“

Ein christlicher Arbeitgeber.

Der Streik der Hausdiener bei der Postlieferanten-Firma Heintz Jordan in der Markgrafenstr. 104—107 dauert ununterbrochen fort. Von den Ausführenden ist niemand abtrünnig geworden. Die Inhaber der Firma, welche mehrere Arbeitsnachweise in Anspruch nahmen, mußten erfahren, daß Streikbrecher für ihr Haus nicht zu finden waren. Man benutzte alsdann die Presse vom Schlage Scherl usw. Hier fanden sich dann auch sogenannte nützliche Elemente, die ihren Arbeitsbrüdern in den Häfen hielten. Bieweit die Firma mit diesen Streikbrechern kommen wird, mag die Zeit lehren. Die Firma hat auf die Flugblätter hin, in denen die erbärmlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschildert werden, im „Lokal-Anzeiger“ die Löhne der Diener veröffentlicht. Es heißt da unter anderem, daß an Lohn 90—120 M. gezahlt werden. Die Firma vergah aber anzugeben, wann diese Löhne erreicht werden! Bis dahin hatten eine Anzahl Diener trotz angedehntester und jahrelanger Tätigkeit nur 60 bis 95 M., ja sogar bei einer Beschäftigungsdauer von 10, 15 und 20 Jahren und darüber hinaus nur sage und schreibe 100 bis

105 M., wovon noch Abzüge verschiedener Art gemacht wurden. Bieweit die Nächstenliebe der Postlieferantenfirma geht, war am besten daraus zu ersehen, daß man die Verhandlungen, welche die Kommission erbeten hatte, ungenügend lange hinstog. Welcher Art die sogenannten Zugeständnisse sind, geht am besten daraus hervor, daß man den Anfangslohn, trotz der Forderung, woran ja die Arbeiter nicht schuld sind, auf 85 M. pro Monat für Entlassene vom Militär und 90 M. für Hausdiener festsetzen wollte, welche mindestens zwei Jahre in ähnlichen Geschäften tätig waren und dieses durch gute Zeugnisse nachweisen müssen. 95 M. wollte man nach dreijähriger Tätigkeit, 100 M. nach sechs Jahren und 105 M. nach zehn Jahren zahlen und eventuell mehr, wenn normalerweise ein Hausdiener länger über den Jordan ist. Die Hausdiener, welche mit diesen Zugeständnissen nicht zufrieden sein konnten, ersuchten nunmehr die Vereinsleitung, bei der Firma vorstellig zu werden. Herr Fritz Jordan erklärte dieser gegenüber: „Ich verhandle mit beiden Herren nicht! Sprach's und verhielt sich.“ — Nach diesem Vorkommnis war der Streik unvermeidlich. Die Inhaber der Firma scheinen zu vergessen, daß sie das Geld auch von Steuergrößen ganz gern einheimen, desgleichen von den Steuergrößen der Arbeiter Kienaufträge für Afrika ausführen, woran Abertausende verdient werden, auch zu Illuminationszwecken genug übrig bleibt, während man für die Angestellten ein soziales Empfinden nicht besitzt.

Den Berufsgeossen rufen die Streikenden zu: Meidet diesen Betrieb und übt Solidarität!

Eine neue Lohnbewegung der Barbiers steht bevor. Die Barbier- und Friseurgehilfen hielten am Donnerstag in den Vororten von Berlin sechs Versammlungen ab. In allen Versammlungen wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Lohnbewegung der Gehilfen von Seiten der Arbeitgeber aufgezwungen wurde. Eine herbe Kritik wurde auch an dem Sozi- und Logiswesen geübt und für die Befreiung desselben besonders Propaganda gemacht. In Erwägung dessen, daß die Erfolge der vorjährigen Lohnbewegung durch die Arbeitgeber illusorisch gemacht werden sollen, verpflichteten sich die Versammelten, für die diesjährige Lohnbewegung einzutreten und für Durchführung derselben Sorge zu tragen.

Deutsches Reich.

Eine Nachtprobe des Unternehmertums in Hannover.

Hannover, 29. März. (Fig. Ber.) Aus dem Streik und der Kündigung der 2000 Former und Bieherarbeiter in den 23 Maschinenfabriken Hannovers hat das organisierte Unternehmertum mit einer den Kapitalisten eigenen Virtuosität glücklich eine „Nachtprobe der Gewerkschaften und der organisierten Arbeiter“ hervorgezaubert. In kapitalistischen Blättern verbreitet die ihre Aktionäre mit 25 Proz. Dividende legende Maschinenfabrik vorm. Georg Eggestorf in Hannover-Linden folgende Mär:

Die Werke haben eine Verhandlung mit der Organisation abgelehnt, sich aber bereit erklärt, mit den Arbeitern ihrer Werke zu verhandeln. Bei diesen Verhandlungen stellte sich heraus, daß den Forderungen, welche die Organisation aufgestellt hatte, in den Betrieben fast durchweg schon Rechnung getragen ist oder doch seitens der Werke die Zustimmung gegeben wurde, daß denselben in weitestgehender Weise entgegengekommen werden würde, sodas seitens der Arbeiterkommissionen, welche die Verhandlungen mit den Werksleitungen führten, wiederholt konstatiert wurde, daß eine Differenz eigentlich überhaupt nicht existiere.

Man muß die Arbeiter schon für Idioten halten, wenn man glauben will, daß sie wirklich ohne „Differenz“ mit den Unternehmern in den Streik eintreten würden. Was die Unternehmer schreiben, ist eben völlig unwar, denn alle Forderungen sind (oftmals nicht ohne höhnische Bemerkungen) abgelehnt worden. Die Hauptsache war der Lohn und da schreibt die genannte Fabrik selbst: „Eine Forderung wurde von allen Werken übereinstimmend abgelehnt, und das ist die Forderung der Garantie eines Mindestlohnes für jeden Bieherarbeiter bezw. Former ohne Berücksichtigung seiner Arbeitsleistung. Den Arbeiter nach Altersstufen zu honorieren, und hierfür eine Garantieleistung zwischen den Werksleitungen und der Arbeiterschaft des Werkes schriftlich zu vereinbaren, konnte unter keinen Umständen bewilligt werden.“

Warum unter keinen Umständen? Nun, die Unternehmer wollten nach bewährtem Muster „Zusicherungen“ geben und diese wie gewöhnlich nicht halten. In dieser Beziehung haben die Metallarbeiter Hannovers schon derart trübe Erfahrungen gemacht, daß ihnen nicht mehr zugemutet werden konnte, sich noch einmal darauf einzulassen. Und im übrigen ist gar nichts „zugeföhrt“ worden. Leere Redensarten hatte man für die Arbeiter übrig gehabt, aber sonst nichts. Der Streik ist wirklich nicht grundlos begonnen.

Kunmehr richtet sich das übermütige Kapital zur Nachtprobe! Am 9. April sollen die Fabriken „stillgelegt“ werden! 15000 Arbeiter werden — lehrt nicht noch die Vermunft bei den projektierten Unternehmern ein — an diesem Tage auf Straßenpflaster fliegen! Ein Miefenlauf, der mindestens den zehnten Teil der Einwohnerschaft Hannover-Lindens direkt in Mitleidenschaft zieht, existenzlos macht.

Außer in der Metallindustrie ist auch in der Textilindustrie ein Kampf entbrannt. 300 Arbeiter der Mechanischen Weberei, einem Betriebe von 1500 Arbeitern, haben die Arbeit niedergelegt, weil ihnen die Lohnforderungen rundweg abgeschlagen sind. — Die Stellmacher sind in einer Zahl von etwa 200 in den Streik getreten. — In der Continental-Kautschuk- und Guttapercha-Compagnie, dem weltbekanntesten Betriebe, der 40—50 Proz. Dividende verteilt, deren Aufsichtsräte ein jeder jährlich 50 000—70 000 Mark Zantiemen erhalten, befinden sich die Maschinenisten und Feiger um geringer Lohnforderungen seit Wochen im Kampfe. — Ein weiterer Kampf besteht in der Zigarettenfabrik von Konstantin. Gefordert wird hier Wiedereinstellung der Gemahregelnden, Anerkennung des Fabrikarbeitsbuches, Anerkennung des Verbandes und noch zwei weitere unbedeutendere Punkte. — Nach der bisherigen Haltung der Unternehmer wird es auch in den Tischlereibetrieben zu einem Kampfe kommen. — Die Brauereiarbeiter haben Forderungen gestellt, die Schuhmacher verhandeln mit den Arbeitgebern und noch einige weitere Verufe planen die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Das Proletariat Hannovers geht härteren Kämpfen entgegen. Es steht einem in festen Organisationen zusammengefaßten Unternehmertum gegenüber, aber auch die Arbeiterorganisationen sind derart gefestigt, daß die Arbeiterschaft allen Ereignissen mit fähiger Ruhe, mit Selbstvertrauen und Energie entgegensehen kann.

Ausland.

Bierhunderttausend freilebende Kohlengräber!

Aus Indianapolis meldet ein Telegramm vom gestrigen Tage: Der Kohlensta-Ausschuß der Anthrazit-Arbeiter hat oblige Einstellung der Grubenarbeit in den Anthrazitbetrieben vom 2. April an angeordnet und an die Grubenbesitzer telegraphiert, daß er mit ihnen am 3. April in New York zur weiteren Erörterung der Lohnsala zusammenzutreten wolle. Dieser Schritt deutet auf die Absicht gleichzeitiger Ausstände der Arbeiter in den Anthrazit- und Weichkohlenfeldern, der direkt oder indirekt 150 000 organisierte Anthrazit- und 260 000 organisierte Weichkohlen-Bergleute umfassen würde. Die Weichkohlengrubenbesitzer, die sich der Lohnherabsetzung widerlegt haben, beschließen, den Präsidenten Roosevelt zu ersuchen, eine Untersuchung über die Lage anzustellen.

Zur Nachwahl im 34. Kommunal-Wahlbezirk.

Die Genossen der Schönhauser Vorstadt hatten zu gestern Abend nach den „Berolinafällen“ eine gut besuchte Kommunalwähler-Versammlung einberufen, um zu der Neubewegung des durch den Fortzug des Genossen Kamelow freigebliebenen Stadtverordnetenmandats Stellung zu nehmen. Nach einem sehr beifällig aufgenommenen programmatischen Vortrag des Genossen Dr. Weyl über die kommunalpolitischen Aufgaben der sozialdemokratischen Partei wurde von der Versammlung einstimmig der Genosse Theodor Fischer als Kandidat für den Bezirk aufgestellt. In einer Schlussansprache ermahnte Johann der Vorsitzende Marx zu reger Agitation unter der Arbeiterschaft, damit am 6. April das Mandat als alter Besitzstand der Partei nicht nur erhalten, sondern mit einer möglichst großen Stimmzahl behauptet werde. Ob die Freisinnigen überhaupt einen Gegenkandidaten aufstellen werden, steht noch dahin.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Stidwahl im Wahlkreise Kaiserlautern.

Kaiserlautern, 30. März. (B. Z. V.) Bei der heutigen Reichstagsstidwahl im Wahlkreise Kaiserlautern-Kirchheimbolanden erhielt der „Pfälzischen Presse“ zufolge, Bürgermeister Schmidt-Oberheim (natl.) 12 064 und Klement (Soz.) 9515 Stimmen. Ersterer mithin gewählt.

Eisenbahnunglück.

Hannover, 30. März. (B. Z. V.) Amtliche Meldung. Auf Bahnhof Seelze der Strecke Hannover—Dumstorf ist gestern Nacht Güterzug 6001 bei der Durchfahrt auf den Infolge Nachlässigkeit beim Aussehen von Wagen in Richtung auf das Hauptgleis anstatt in Richtung auf das Nebengleis vorgezogenen Güterzug 7115 gestochen und hat die Lokomotive desselben zur Seite geworfen. Infolge des Anpralles sind die Lokomotive des Güterzuges und nachfolgende Wagen entgleist. In die Trümmer des eben entgleisten Zuges ist der von der entgegengesetzten Richtung kommende Güterzug 6416 gefahren. Gestern sind fünf Zugführer wenig vom Güterzug 6001 aus Hannover und ein Begleiter von lebenden Fischen aus Utrecht, dessen Name noch nicht festgestellt ist. Ferner sind leicht verletzt Hülfsbremser Karl Müller aus Witten, Lokomotivbeizer Loges aus Hainholz und Friedrich Knospe aus Berlin, Luisenstr. 55. Die Schuldfrage ist noch nicht aufgeklärt.

Grubenunglück auf Seehe „Shamrol“.

Dortmund, 30. März. (B. Z. V.) Auf der Seehe „Shamrol“ verunglückten 4 Bergleute durch den Zusammenbruch der Holzabteflung. Einer von ihnen blieb tot, die anderen wurden schwer verletzt.

Der Streik im Braunkohlenrevier.

Weißfels, 30. März. (B. Z. V.) Die Lage des Streiks im Weißfels-Feiler Revier ist ernster geworden. Auf die Besannmachung der Werksleitungen, daß Nichtausnahme der Arbeit die Entlassung zur Folge habe, hat die Zahl der Streikenden zugenommen, sie beträgt im Weißfels-Feiler Revier heute Abend 1400 Mann, den Nebertagarbeitern ist eine fünfprozentige Lohnherabsetzung von den Verwaltungen zugestanden worden. Die Meldungen von größeren Ausföhretungen sind unrichtig. Die Streikenden verhalten sich vollständig ruhig. Im Weißfels-Feiler Revier ist die Zahl der Streikenden auf 2000 stehen geblieben, auch ist hier die Lage im allgemeinen ruhig. In den von der Braunkohlenindustrie abhängigen industriellen Werken macht sich Kohlemangel bemerkbar. Die angetommenen Arbeiterwilligen von auswärts erklärten sich mit den Streikenden solidarisch.

Die „Rettungsaktion“.

Paris, 30. März. (Telegramm unseres Pariser Korrespondenten.) Die Rettung der 18 Bergarbeiter kompromittiert die die Rettungsaktion leitenden Ingenieure, die im Profitinteresse der Grubengesellschaft einzig die Feuerlöschung betrieben haben; eine Rettung der Verunglückten aber für unmöglich erklärten. Die Arbeiterdelegierten behaupteten noch in der vorigen Woche die Möglichkeit der Rettung von Menschenleben. Im Interesse des Geldsacks sind Hunderte dem Verderben überliefert worden.

Die Stimmung in Courrières.

Leas, 30. März. (B. Z. V.) Das Gerücht von der Rettung weiterer Bergleute hat sich bisher bis zum Abend nicht bestätigt. Es mag darauf zurückzuführen sein, daß die heute morgen Geretteten mitteilen, daß ihre Gruppe ursprünglich aus 20 Mann bestanden habe, daß aber 7 davon sich in einem Stollen verirrt hätten. Unter den Frauen der Bergleute herrscht große Erregung, sie stoßen Beschimpfungen und Drohungen gegen die Ingenieure und Direktoren aus und rufen, hätte man uns hinabsteigen lassen, wie hätten unsere Männer gerettet. Es sind große Sicherheitsmaßregeln getroffen worden, da man erste Unruhen befürchtet.

Paris, 30. März. (B. Z. V.) Die Meldung von der wunderbaren Errettung der Bergleute hat in Paris fröhliche Bewegung hervorgerufen, gleichzeitig werden aber lebhafteste Borkwürfe gegen die Bergwerkdirektion laut. Man behauptet, daß, falls die Rettung der Arbeiter sofort in energischer Weise in Angriff genommen worden wäre, offenbar viele Bergleute hätten gerettet werden können.

Sicherung der Trades-Unions.

London, 30. März. (B. Z. V.) Unterhaus. Hudson (Arbeiterpartei) beantragt die zweite Lesung eines Gesetzesentwurfes über die Frage der Trades-Unions und der Ausschüsse, der im ganzen sich bezieht mit der am 23. März von Lawson Walton vorgelegten Bill über denselben Gegenstand. Jedoch dürfen nach der heute eingebrachten Bill die Forderungen der Trades-Unions in keiner Weise herangezogen werden zur Vermeidung von Entschädigungen wegen ungeschicklicher Akte von Mitgliedern der Trades-Unions. Premierminister Campbell Bannerman empfiehlt, die zweite Lesung der Bill Hudson anzunehmen. Whadham (ant.) bemerkt, er sei im Hinblick auf die vorgelegten Erklärungen des Kronanwalts Lawson Walton erhaunt über das heutige Verhalten des Premierministers. Die Haltung der Regierung sei ein feiges Nachgeben. Die zweite Lesung der Bill Hudson wird hierauf mit 416 gegen 66 Stimmen angenommen.

Wenn nun nicht wird!

Petersburg, 30. März. (B. Z. V.) Blättermeldungen zufolge wurde der preussische Artillerieoberst von Kanel mit einem Jahresgehalt von 12 000 Rubeln zum Eintritt in die russische Armee verpflichtet. Der Oberst soll Rachmann für die Herstellung von Bomben und Burgeschossen sein.

Ein Gendarmereioberst erschossen.

Smolensk, 30. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Oberst Wladislaw, der Gehilfe des Chefs der Gendarmereiverwaltung wurde heute nachmittag in einer Straße im Mittelpunkt der Stadt erschossen. Der Attentäter entkam.

Tunnelschürzung.

Algier, 30. März. (B. Z. V.) Durch Einsturz eines Tunnels beim Bau der Bahnlinie Tlemcen an der marokkanischen Grenze wurden 2 Arbeiter getötet, 15 verwundet.

Reichstag.

70. Sitzung vom Freitag, den 30. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Einem, v. Tschirschky, Frhr. v. Stengel.

Die namentliche Abstimmung über den Antrag des Abg. Wasserhagen (nack.) und v. Kormann (kons.) auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage betreffs Schaffung eines Reichskolonialamts...

Darauf wird die zweite Beratung des Etats des Reichskolonialamts an der Hand der Regierungsvorlage (nicht der durch die Abstimmung befeitigten Kommissionsfassung) fortgesetzt.

Die übrigen Positionen dieses Etats werden, soweit sie Konsequenzen der ersten Abstimmung darstellen, nach der Regierungsvorlage angenommen, im übrigen entsprechend einem Antrag des Abg. v. Kormann (k.) nach den Beschlüssen der Kommission.

Es folgt die zweite Beratung des Militärstrafgesetzes.

Beim Titel „Gehalt des Kriegsministers“ liegt folgende Resolution der Abg. Dr. Müller-Reinigen (fr. Sp.) - Payer (D. Sp.) vor: Den Reichskanzler zu ersuchen, im Anschluß an die vom Reichstage am 21. März 1905 geforderte und daher baldigst anzubahrende Reform des Reichsmilitärstrafgesetzbuches im Interesse der energischen Bekämpfung der Militärmißhandlungen zu veranlassen...

Abg. Dr. Müller-Reinigen (fr. Sp.): Wie im vergangenen, müssen wir auch in diesem Jahre eine Reform des Militärstrafgesetzbuches fordern. Nach dem bestehenden Rechte wird der Soldat bestraft, der eine unbedeutende Beschwerde vorbringt. Dies macht das Beschwerderecht tatsächlich illusorisch, es ist ein Hohn auf die Gerechtigkeit, ein Hohn auf die Bekämpfung der Soldatenmißhandlungen.

Am schlimmsten verwickelt aber wirken im Lande Fälle wie der des württembergischen Hauptmanns Haupt, der wegen Mißbrauch der Dienstgewalt in 50 Fällen zu neun Monaten Festung verurteilt wurde, aber nicht nur begnadigt, sondern auch im gleichen Range in die preussische Armee wieder eingestellt wurde!

Abg. Dr. Spahn (Z.): Ich bin eigentlich der Ansicht, daß der Beschluß auf Reform der Militärstrafprozessordnung den Antrag Müller-Reinigen-Payer, der sich auf ein bestimmtes Gebiet dieses Strafprozesses bezieht, schon mit enthält.

Auf die Interpellation Hoeren hat der Kriegsminister eine Erklärung verlesen - und zwar im Auftrage des Reichskanzlers - in der das Duell unter Offizieren verteidigt wurde.

seine Ehre einzutreten. Wer zum Militär gehört, soll hiernach also nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht haben, sich über die Straffgesetze hinwegzusetzen.

Kriegsminister v. Einem:

Im Anschluß an die Worte des Abg. Spahn möchte ich im Auftrage und im Einverständnis des Herrn Reichskanzlers Ihnen folgende Erklärung vorlesen:

„Gegenüber den vielfachen Mißverständnissen (1), die meine Erklärung vom 15. Januar erfahren hat, halte ich es für notwendig, diese Mißverständnisse zu beseitigen. Der Reichskanzler Fürst Stoltehnke hat am 17. November 1898 erklärt, daß es beabsichtigt sei, Streitigkeiten zwischen Offizieren stets der ehrengerichtlichen Verhandlung zu unterwerfen, daß das Ehrengericht genötigt werden würde, seine Entscheidungen niemals im Sinne eines Duellzwanges abzugeben und daß diese Entscheidungen für die Offiziere verbindlich gemacht werden würden.“

Ich wende mich nun zu den Ausführungen des Abg. Dr. Müller-Reinigen über die Soldatenmißhandlungen. Ich muß sagen, diese Stunden, in denen mir diese Vorkommnisse in der Armee hier vorgelesen wurden, sind mit die schwersten, und ich fühle die ganze

Demütigung.

die darin liegt, daß in der Armee derartig schwere und auf keine Weise zu entschuldigende Mißhandlungen vorkommen. Wenn der Vorkredner aber meinte, dergleichen könne nur vorkommen, weil das Beschwerderecht nicht funktioniere, so bin ich doch anderer Ansicht. Ich glaube, daß die Neigung zu Mißhandlungen durch die Leute - auch solche Fälle hat ja der Abg. Müller-Reinigen erwähnt - nicht in der Kaserne erzeugt, sondern vielfach in die Kaserne hineingetragen wird.

Nach der von uns aufgemachten Statistik wurden im Jahre 1903 wegen Mißhandlung bestraft 665 Vorgesetzte, darunter 57 Offiziere, 555 Unteroffiziere und 53 Freireite. Im Jahre 1905 sind bestraft worden 390 Vorgesetzte, also 275 weniger. Diese Verringerung ist nicht ganz unerheblich und jedenfalls umsomehr erfreulich, als namentlich die Fälle brutaler Mißhandlung ganz wesentlich zurückgegangen sind.

Im vorigen Jahre hat uns hier der Fall des Leutnants Diebe beschäftigt, der sich infolge schlechter Behandlung erschossen haben soll. Durch die eingehende Untersuchung ist festgestellt, daß wohl mit Sicherheit angenommen werden kann, daß die scharfe Kritik des Obersten vielleicht der letzte Tropfen gewesen ist, der das Glas zum Überlaufen brachte.

Auch der Fall Gessert hat sich nach meinen Äußerungen anders zugetragen. Durch die Aussage der Leute, die mit ihm zusammengefallen haben, ist festgestellt, daß von einer Schilfnerung dieses Mannes durch den Bismarckmeister keine Rede sein kann.

gestochen. Er ist dann in die Stadt gegangen und hat sich nach der Rückkehr auf dem Korridor die Wunde beigebracht, die seinen Tod herbeigeführt hat. Der Fall Gessert liegt drei Jahre zurück, der auch erwähnte Fall Reiniger fünf Jahre. (Hört! hört! rechts.) In diesem Fall sind drei Unteroffiziere bestraft mit sechs, vier und zwei Monaten.

Nun wird vielfach von der mangelhaften Aufsicht gesprochen. Wie es aber diesen Verbrechern gelingt, eine noch so gute Aufsicht zu durchbrechen, so gelingt auch beim Militär mandem, der eine schlechte Tat tun will, sie hinter dem Rücken seiner Vorgesetzten auszuführen. Sie selbst haben es mit Freuden begrüßt, daß jetzt die Unteroffiziere aus den Mannschaftsstuben in andere Stuben verlegt werden. Da werden vielleicht Mißhandlungen der Leute durch Unteroffiziere vermieden werden. Ob aber immer Mißhandlungen junger oder angestlicher Leute durch ältere, das lasse ich dahingestellt sein.

Abg. Bebel (Soz.):

Die Antworten, die wir heute aus Anlaß der Mißhandlungen erhalten haben, lassen es geraten erscheinen, heute an dieser Stelle des Tages zu gedenken, der am 12. November 1905 seinen 150. Geburtstag hatte. Ich meine Schornhorst, der der größte Armeereorganisator war, den Preußen je gehabt hat.

Es hat mich eigenartig angemerkt, als ich gestern in einer Berliner Zeitung las, daß ein Kaufmannssohn zunächst als Offiziersaspirant angenommen sei, nach einiger Zeit aber die Antwort erhalten habe, für ihn sei kein Platz vorhanden, und daß der junge Mann, als er sich nach dem Grunde, weshalb man ihn erst annahm und später abschob, erkundigte, erfuhr, die Ursache sei darin zu finden, daß sein Vater einen offenen Raden habe!

Schornhorst war sodann der Vertreter der Milizidee, er war der Meinung, daß durch die Miliz militärischer Geist und lebhafter Enthusiasmus geweckt werde. Einer seiner Grundzüge war: man solle alles, was im Heerwesen überflüssig und auf den Schein berechnet sei, preisgeben und den Soldaten ausschließlich für den Krieg vorbereiten.

Roch ein anderes! Auch heute waren wir wieder in der Lage, über den

Duellunfall

zu sprechen. Der Unfall würde längst in der Armee verschwiegen sein, wenn Schornhorsts Geist vorhanden wäre. Ich stehe gar nicht an, Ihnen zu sagen, daß, wenn Schornhorsts Prinzipien bis heute in der deutschen Armeegeltung hätten, auch die Sozialdemokratie etwas anderes zu der gegenwärtigen militärischen Organisationsstände. Man wird mir sagen, ich fordere Einrichtungen von Zuständen, die längst überholt seien.

Eine lebhafteste Erörterung gab es bei Besprechung des südwestafrikanischen Aufstandes darüber, ob unsere Truppen allen Ansprüchen genügt hätten. Mein Freund Lebedour hat sich schon energisch gegen den Vortwurf verteidigt, daß wir nicht anerkennen, daß die deutschen Truppen alle Strapazen im höchsten Maße ertragen haben.

Einer der bekanntesten englischen Militärberichterstatter schrieb nach dem Ausfall der letzten Wahlen, daß Deutschland wieder aus dem südasiatischen, noch aus dem russisch-japanischen Kriege etwas gelernt habe und bei Verbeibaltung der dichten Formation durch die wachsende Treffsicherheit schwere Verluste erleiden müßte; geradezu verhängnisvoll aber würden für Kavallerie und Infanterie die weithin sichtbaren Uniformen werden.

Eine derjenigen Bestrebungen, die Schornhorst und andere damals verfolgten, richtete sich auf die Beseitigung der Prügelstrafe. Die Reorganisationskommission ging damals sogar so weit, den Gebrauch von Schimpfwörtern zu verbieten.

Hauptnahrungsmittel entzogen werde. (Sehr richtig! recht.) Es werde alles zu Geld umgewandelt und das habe notwendigerweise eine Schwächung der künftigen Generation auch auf dem Lande zur Folge. Das ist ein sehr beachtenswerter vernünftiger Standpunkt. Wenn der Herr Kriegsminister hiergegen Maßnahmen beschließen will, die zu einer physischen Wiedergeburt der Nation in erster Linie in den Städten führen, dann wird er uns auf seiner Seite finden, aber in allem, was er heute vertreten hat, in den seltensten Fällen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich schlage, dem Hause nunmehr vor, sich zu vertagen (Zustimmung), da ich die Absicht habe, heute noch eine neue Sitzung anzuberaumen. (Weiterkeit.) Das Haus ist mit der Vertagung einverstanden. Ich beäume die nächste Sitzung an auf heute 5 1/2 Uhr mit der Tagesordnung: Zweite Lesung des Staatsnotgesetzes.

Schluss 5 1/2 Uhr.

80. Sitzung vom 30. März, 5 1/2 Uhr.

Ein Bundesratsmitglied: Kommissare. Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Lesung des Staatsnotgesetzes.

Die Budgetkommission hat den Truppenübungsplatz für das 11. Armeekorps von den schon jetzt zu bewilligenden Forderungen ausgenommen; im übrigen beantragt sie die unveränderte Annahme des Gesetzes.

Ohne Diskussion wird das Gesetz in dieser Fassung angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. Dritte Beratung des Staatsnotgesetzes; Berichte der Geschäftsordnungs-Kommission. (Fall Fubangel.); Fortsetzung der Beratung des Militäretats. Schluss 6 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Geschäft und Unglück.

In das Getriebe über den anlässlich der gräßlichen Katastrophe in Courrières bekundeten reinen Idealismus, die alle materielle Gedanken zurückdrängende, nur auf Hilfe und Notlinderung gerichtete Uneigennützigkeit, flingen bereits häßliche, kraß materialistische Töne hinein. Trotz aller Wehraufwallen kommt die grinsende Frage des Kapitalismus doch zum Vorschein! Ein widerliches Nagbalgen um die Beute, als dessen Quelle das Unglück ausserordentlich ist, hat bereits begonnen. Wir registrieren nach einem von dem Drägerwerk Lübeck versandten Memorandum folgende Tatsachen: Bei den Rettungsarbeiten wurden Apparate der Lübecker Fabrik, der Berliner Sauerstofffabrik und der Westfalia A.-G. in Gelsenkirchen gebraucht. Die Berliner Firma verwendet Patente des Herrn Direktors Meyer, des Leiters des Rettungskorps von Chamrol, an dem Gelsenkirchener Werk, das die Apparate der Berliner Firma in Betrieb hat, sind Beamte der westfälischen Gruben als Aktionäre und Aufsichtsräte beteiligt.

Die Lübecker Fabrik sandte einen Vertreter nach Courrières, um über die Verwendbarkeit der Apparate Erkundigung einzuziehen. Der Vertreter telegraphierte, nach Aussage des Herrn Branddirektors Koch hätten sich die Dräger-Apparate vorzüglich bewährt, in dem Urteil über die Konkurrenzapparate hatte er zurück. Die Firma Drägerwerk Lübeck wollte natürlich Material für Klame sammeln, das, wie sie mittels, auch zu einer Rede im Abgeordnetenhaus am 20. März Verwendung finden sollte. Sie kam damit anderen Interessen in die Quere, auch die anderen Werke hofften, aus dem Riesenglück Riesengewinne ziehen zu können. Der Plan

zu einem großen Fischzuge war bereits fertig! Von Herrn Branddirektor Koch ging dem Drägerwerk folgender Brief zu:

Gelsenkirchen 3, den 19. März 1906.

An das Drägerwerk Lübeck.

In Erwiderung Ihres Geschehen vom 17. ds. teile Ihnen ergebe mit, daß ich natürlich dem Berichterstatter des „Tag“ auch Ihren Apparat in der Liste der in Frage kommenden Apparate mit aufgeführt habe. Wie es kommt, daß die Vereinnahmung in dem Artikel unterblieben ist, kann ich nicht sagen. Herr Oberbürgermeister zugegen, als der Berichterstatter hier war.

Die ganze Bewährung der Rettungsapparate in Courrières, wo ja neben dem einen Apparat Ihres Systems in meiner Antekenheit mehrere Apparate der von der Westfalia A.-G. hier, vertriebenen Chamrol-Typen gebraucht wurden, während seitdem und jetzt dort nur mehr diese letzteren Apparate in Tätigkeit sind, hat mir den Gedanken nahegelegt, daß eine Vereinigung der drei in Frage kommenden Firmen dem jetzt wohl sich entwickelnden Geschäft eine ungeahnte Entwicklung bringen könnte, während eine Ausschließung dieses Geschäftes nur verringern kann. Ich habe in diesem Sinne mit Herrn Direktor Christiansen von der hiesigen A.-G. Westfalia bereits gesprochen und ist er dem Gedanken an sich nicht abgeneigt. Nach meiner Erfahrung werde ich nicht umhin können, die Apparate der Westfalia, die ja am meisten und längsten in Courrières gearbeitet haben und noch arbeiten, an erster Stelle auf die zahlreichen bei mir eingehenden Anfragen zu nennen und zu empfehlen. Schlicht man jedoch durch eine Vereinigung der Westfalia mit Ihnen und der Berliner Sauerstoff-Fabrik jegliche Konkurrenz aus, so wird die Herkunft der Apparate ohne Belang sein und sich zu guten Preisen für alle Beteiligten erfolgreiches gemeinsames Arbeiten ermöglichen lassen.

Ich kann Ihnen daher nur dringend empfehlen, zu versuchen, mit Herrn Christiansen zu einer möglichst baldigen Verständigung zu kommen, da sonst vielleicht der Erfolg einzig und allein auf Seite der Westfalia sein wird.

Hochachtungsvoll
gez. Hugo Koch, Brandinspektor.

Zur näheren Erläuterung der Bedeutung des Vorschlages und der Motive dazu, erzählt die Firma Drägerwerk dann folgendes:

Am Nachmittag desselben Tages erhielten wir in Berlin telefonisch die Nachricht, daß der Direktor der Westfalia (d. i. die Firma, welche in dem Schreiben des Herrn Brandinspektor Koch erwähnt ist) uns am Mittwochabend in Hamburg erwartete, um die von Herrn Brandinspektor Koch vorgeschlagene Betriebsvereinigung zu besprechen. Wir sagten zu, dorthin zu kommen. Herr Christiansen, der Direktor der Gesellschaft Westfalia, machte im Laufe der Unterhaltung die im Nachstehenden wiedergegebenen Mitteilungen, für die wir ihm die Verantwortung überlassen müssen:

„Die Westfalia ist eine A.-G. für die Herstellung und den Vertrieb von Bergwerksbedarf. Aktionäre und Aufsichtsrat seien Beamte der westfälischen Gruben. Auch Direktoren der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G., die die Vorgesetzten des Brandinspektor Koch sind, seien im Aufsichtsrat der Westfalia vertreten.“

Die Westfalia betreibt seit einigen Monaten die Rettungsapparate „Meyer“ auch Chamrol-Typen genannt, hergestellt von der Sauerstoff-Fabrik Berlin, weswegen die an der Westfalia beteiligten Beamten der westfälischen Gruben ein Interesse daran hätten, daß die in nächster Zeit benötigten Rettungsapparate von der Westfalia und nicht vom Drägerwerk geliefert würden.

Aus diesem Grunde, Herr Christiansen betonte dies ausdrücklich, habe auch Herr Brandinspektor Koch bereits „von oben einen Hint besonnen“, seine Vorliebe für unsere Apparate aufzugeben und nur noch für die Westfalia einzutreten.

Die Westfalia wolle uns und der Sauerstoff-Fabrik Berlin (Dr. Michaelis) eine Betriebsvereinigung bilden, weil sie befürchte, daß unsere Fabrik, die so außerordentlich leistungsfähig sei, die Preise herabsetzen würde, und es sei doch schade

darum, wenn wir nicht alle Vorteile des Grubenunglücks in Courrières ausnützen wollten. Er, als Vertreter seiner Gesellschaft, schlage vor, falls die Vereinigung zustande käme, die Preise der Apparate sofort um 50 % zu erhöhen.“

Die Herren Dräger erklären dazu, daß sie den Gedanken, das Unglück in solcher Weise auszunützen, abweisen. Sie beabsichtigen vielmehr, den Preis der Apparate entsprechend der durch event. Massenfabrikation bedingten Vorteile herabzusetzen. In diesem Sinne haben sie das Angebot abgelehnt. Am nächsten Tage sei nochmals der Versuch gemacht worden, sie zur Annahme des Vorschlages geneigt zu machen. Man braucht den Idealismus der Lübecker Firma nicht zu hoch einzuschätzen, man kann ruhig der Meinung sein, sie glaube ohne Verbindung mit den anderen Werken geschäftlich besser abzufinden, trotzdem muß die Art, wie versucht wird, das Unglück geschäftlich auszunützen, als ein kapitalistischer Skandal sondergleichen bezeichnet werden. Das umsomehr, als nach weiteren Mitteilungen der Lübecker Firma Uquientwesen den geplanten Fischzug unterstützen soll. In dem Memorandum heißt es weiter:

Herr Christiansen erklärte uns bei der oben erwähnten Unterredung weiter noch:

„Die bisher von der Sauerstoff-Fabrik gelieferten Apparate seien unbrauchbar gewesen, und die Firma sei seiner Ansicht nach auch nicht instande, gute Apparate zu fabricieren. Erst die Fabrik der Westfalia habe die von Bergwerksdirektor Meyer für die „Siberia“ angekauften Apparate zu einer Funktion und zu einer gewissen Leistungsfähigkeit gebracht, indem die Westfalia das bisher von der Sauerstoff-Fabrik verfolgte Prinzip der hohen „Saug-Depression“ verlassen habe, um dafür eine große Luftzirkulation einzurichten (d. h. also, die Apparate nach den Grundlagen des Drägerwerkes, die man bisher so sehr belächelt hatte, umzubauen).“

Wir möchten uns nur mit dem Gedanken abfinden, daß wir in Westfalen ausgepöbelt hätten, denn die sämtlichen in Betracht kommenden Betriebsbeamten seien unsere Gegner. —

Direktor Meyer habe sich von französischen Patentingenieuren bescheinigen lassen, daß unsere Apparate unbrauchbar seien.

Auf den „Meyer“-Apparaten (auch Chamrol-Typen oder Westfalia genannt) lasse eine hohe Lizenzgebühr (Herr Christiansen nannte 40 %, für jeden verkauften Apparat).“

Wir bemerken hierzu: Herr Bergwerksdirektor Meyer, dessen Namen diese Apparate tragen, läßt sie von der Sauerstoff-Fabrik nach dem Grundpatent Dräger-Michaelis Nr. 132061 unter Hinzufügung von Konstruktionen nach seinen eigenen Patenten und Gebrauchsmustern anfertigen. In der Frage von Rettungsapparaten ist deshalb Herr Bergwerksdirektor Meyer Partei. Er ist trotzdem Sachverständiger in der vom Handelsminister eingesetzten Kommission für die Prüfung von Rettungsapparaten.

Nach den Behauptungen der Herren Dräger drängt sich der Gedanke auf, bei Inszenierung der Rettungsaktion habe die Geschäftsspekulation schon als Faktor mitgewirkt. Als erfreulicher Rest der Aktion bleibt schließlich nur die Gewisheit, daß wenigstens bei den Arbeitern keine materiellen Erwägungen in Betracht kamen. Die Versuche sie zur Parade zu stellen, passen vorzüglich in den Rahmen systematischer Klame.

Wassertiefe am 29. März. Höhe des Wassers + 2,06 Meter, bei Dresden + 0,50 Meter, bei Magdeburg + 3,20 Meter. — Umrund bei Straßburg + 2,15 Meter. — Oder bei Rathbor + 3,32 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,54 Meter, bei Breslau Unterpegel - 1,42 Meter, bei Frankfurt + 2,67 Meter. — Weisheit bei Brandenburg + 5,45 Meter. — Warte bei Posen + 1,92 Meter. — Höhe bei Hild + 1,34 Meter.

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
IV. Berliner Reichstagswahlkreis
(Landsberger Viertel).
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Möbel-
polierer
Hermann Treitel
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 1. April, um 4 Uhr
in der Leichenhalle des Kaiserhofes,
Kirchhof, Weihenfer Weg, aus-
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
242/15

Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am Montag verstarb an den
durch Ueberfall erhaltenen schweren
Verletzungen unser Mitglied, der
Restaurateur
Max Brosy
(Am Spandauer Schiffahrtskanal).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag,
nachmittags 1/3 Uhr, vom Trauer-
haus aus auf dem alten Johannis-
Kirchhof in der Seefischegasse.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand
247/17

Am Mittwoch, den 28. März, ver-
starb nach langen, schweren Leiden
an der Prostatierkrankheit unser
teurer Freund und lieber Kollege
der Stereotypen
Otto Würzburg
im 31. Lebensjahre.
Sein Andenken werden stets in
Ehren halten
9108
Die Kollegen
der Stereotypie u. Galvanoplastik
von Ulstein & Co.
Die Beerdigung findet Sonntag,
den 1. April, nachmittags 2 Uhr,
auf dem Altdorfer evangelischen
Kirchhof, Mariendorfer Weg, statt.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer.
(E. H. S.) Berlin, Bezirk 6.
Nachruf.
Am Montag, den 26. März,
verstarb unser Mitglied, der Former
Fr. Bartoszek
an Lungenerkrankung.
Ehre seinem Andenken.
8985 Die Ortsverwaltung.

Schmökewitz Gasthaus zur Palme am
Seebüschel.
(Endstation der „Stern“-Dampfer)
Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 39.
Empfehle mein altes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes
Lokal den geehrten Vereinen und Gemeindefestlichkeiten.
Ausspannung und Dampferlege, Regelmäßig, große Rasenfläche.
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.
Begründet 1873.
Spezial-
Hut-Engros-Lager
in Filzhüten, Jagdhüten, Zylinder-
hüten, Chap.-claque, u. Strohhüten.
Sinzerverkauf zu außergewöhnlich
billigen Preisen.
Neue Königstr. 48, 1 Treppe,
drittes Haus vom Alexanderplatz (Sonntags geöffnet).

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege, Polierer
Hermann Treitel
am 28. März plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 1. April, nach-
mittags um 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Kaiserhofes-Kirchhofes
in Weihenfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.
83/4

Am 27. d. M. verstarb plötzlich
mein Werkmeister, der frühere
Blodfägerschneider
Josef Volkmann
im 65. Lebensjahre.
Der Verstorbene war über
40 Jahre in meinem Betriebe be-
schäftigt, für welche langjährige
Tätigkeit ihm auch im vorigen
Jahre die silberne Verdienst-
medaille verliehen wurde. Der-
selbe war mir stets ein fleißiger
und gewissenhafter Beamter, dessen
Andenken ich immer in Ehren
halten werde.
Berlin, den 30. März 1906.
Louis Treitel,
Eigener und Holzhandlung,
Koppenstr. 64. 8995
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 1. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Kaiserhofes-Kirchhofes
in Weihenfer Weg, aus statt.

Verein der Stereotypen und
Galvanoplastiker
Berlins und Umgegend.
Den Kollegen die traurige Nach-
richt, daß am 28. März, nachmittags
5 Uhr, unser langjähriges Mitglied,
der Stereotypen
Otto Würzburg
im Alter von 31 Jahren von seinem
langen, schwerem Leiden durch
den Tod erlöst wurde.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 1. April, nachmittags
2 Uhr, von der Leichenhalle des
Kaiserhofes-Kirchhofes, Mariendorfer
Weg, aus statt.
Rege Beteiligung erachtet
Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Silberarbeiter
Karl Himmelfahrt
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 1. April, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Kaiserhofes-Kirchhofes in
Kirdorf, Mariendorfer Weg, aus
statt.
Rege Beteiligung wird erachtet.
115/12 Die Ortsverwaltung.
Zeremonie (Stele - Ehren-
Anfängerlauf) beginnen Dienstag und
Donnerstag abends 1/8 Restaurant
Gruppe, Blumenstraße 16. 8375*

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Metall-
drücker
Karl Seidel
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 31. März, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Kaiserhofes-Kirchhofes
in Weihenfer Weg, aus statt.
Rege Beteiligung wird erachtet.
115/11 Die Ortsverwaltung.

Dauflagung.
Für die Beweise inniger Teil-
nahme bei der Beerdigung meines
lieben Vaters, unseres guten Vaters
Gustav Hechel
sagen wir allen Freunden und Be-
kannten sowie den Beamten und
Kollegen des Berliner Holz-Kontors,
den Genossen des 4. Berliner
Reichstagswahlkreises, dem Zentral-
verband der Holzberufsmänner, Orts-
verwaltung Berlin, unseren innigen
Danke.
9066
Witwe Marie Hechel nebst Kindern.

Eine Mark
wöchentl. Teilzahlung
hohe elegante fertige
Herren-Moden.
Ersatz für Maß.
Maß-Anfertigung
feinste Verarbeitung
Garantie tadelloser Sitz.
J. Kurzberg,
An der Jannowitz-Brücke 1, 1.
Direkt
am Bahnhof.
Kein Waren-Kredithaus.

Bettfedern-Betten-Spezialhaus
L. Beutler
empfiehlt Bettfedern, nur neue, dopp-
gereinigte, Pfund 50, 75, 1.25.
Halbdunen 1.25 bis 2.50.
Gänsefedern u. Daunen v. 2.00-6.00.
Unübertroffen an Füllkraft ist meine Spezialmarke
„Mandarinen-Daunen“ Pfund nur **2.50** Mk.
Ein Versuch führt z. Nachbest.
Fertige Betten!
Großer Stand: Oberbett, Unter-
bett und 2 Klassen 12 Mk., bessere
Sorten 15, 18, 22 bis 30 Mk.
Hochfeine Brandbetten 40-75 Mk.
Bettfedern-Dampf-Reinigung.
Abholung und Zusendung frei.
Tel. 4, 8071.
Großes Lager fertiger Inletts, Bezüge, Laken.
Polsterbetten, Metall-Bettstellen besonders preiswert.
Chaiselongue-Betten mit Crotonbezug Stück 12 Mk.
Ackerstraße 28,
L. Beutler, Berlin, Oranienstraße 8, 412L.
Reinickendorferstr. 64 C.

Hüte und Mützen
für Herren und Knaben.
Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.
Landsbergerstr. 90, 1 Treppe
rechts.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für 29/14
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Grabsteine
auf bequeme Ratenzahlungen
Man verlange Prospekte
Erstes Berliner Grabstein-
Versandgeschäft „Platas“
27 Lessingstraße 27.

Dr. Paul Richter,
Spezialarzt für Haut- und Ge-
schlechtskrankheiten,
wohnt jetzt **Münzstr. 28.**
Sprechst. 8-9, 12-2, 4-6, Sonnt. 9-11.

Warenhaus Wilhelm Stein

□ Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66 □

Unser Angebot

für Sonnabend, den 31. März
Montag, den 2. April
Dienstag, den 3. April.

Zur Einschulung:

Hefte

nach neuester amtlicher Vorschrift, in allen
Linaturen, mit Löschblatt Dutzend 70 Pf.
Kaiser-Diarien mit festem Deckel Stück 10 Pf.
Engl. Löschblätter farbig, sort. 25 Stück 5 Pf.
Oblaten u. Bändchen zum Befestigen
derselben Couvert 8 Pf.
Blaue Umschlagbogen . 25 Stück 15 Pf.
Etiquettes für Hefte 100 Stück 10 Pf.
Ordnungs-Mappen
18, 23, 48, 75, 98 Pf., 1.45 M.

Federkasten

aus einem Stück 9, 18, 25 Pf.
doppelt 20, 25, 38 Pf., fein polirt 48 Pf.
Cedernholz 48 Pf.
mit Schlüssel, imit. 28-35 Pf.
Hartgummi 38, 48, 75, mit Perl-
mutter-Einlage 85 Pf.

Schulfederhalter

mit Ring 6 Stück 10 Pf.
imit. Bambus 3 Stück 10 Pf.
Hartgummihalter Stück 9 Pf.
Tonkinrohrhalter Stück 9 Pf.

SCHUL- MAPPEN

für Knaben u. Mädchen

zur Vermeidung schiefer
Schultern am Arm oder
auf dem Rücken zu tragen.

Von schulärztlichen Autoritäten
empfohlen!

Massiv Rindleder, unzerreißbar,
mit extra Hefttasche 5.25 M.
Mouton-Leder mit echt Seebundfell,
mit extra Hefttasche 4.50 M.
Mouton-Leder mit extra Hefttasche . . . 3.25 M.
Ledertuch, braun, mit Leder-Einfassung,
mit extra Hefttasche 2.35 M.
Ledertuch, schwarz, mit Leder-Einfassung . . 1.50 M.
Ledertuch, schwarz. 98 Pf.
Frühstücks-Umhänge-Taschen
massiv Rindleder 95 Pf.
Ledertuch 45 Pf.
Colleg-Mappen mit Falz, 6 Größen
Stück 18 bis 75 Pf.

Umsteckhalter 9 Pf.
Bleistifte, gewöhnlich Dtz. 18 Pf.
" Schulstift in allen Härten Dtz. 42 Pf.
" A. W. Faber, 45, 70, 90 Pf. u. 1.40 M.
Spitzenschoner Stck. 2, 3, 4 Pf.
Ledertintenwischer 3, 4, 5 Pf.
Radirgummi, spitz und eckig Stck. 3 u. 6 Pf.
" Töff-Töff 5, 8, 15 Pf.
Bleistift-Anspitzer, Kosmos . . Stck. 20 Pf.
Blech-Büchse mit 12 Schulfedern . . . 8 Pf.
Federbüchse, vernickelt 3 u. 4 Pf.

Schiefer-Tafeln

linirt. 18 u. 23 Pf.
polirt 48 Pf.
Klapptafeln 48 Pf., polirt 95 Pf.
Griffel Dutzend 7 Pf.
Reissnägel 3 Dutzend 7 Pf.
7 Grundfarben für Lehrzwecke
im Blechkasten, Beste Qualität 38 Pf.

Reisszeuge. Schulbücher.

Schulatlanten.

Butterbrot-Papier

Pergament-Ersatz 100 Blatt 23 Pf.

Prinz Heinrich 48, 75, 95 Pf., 1.50 M.
Jockey - Mützen . 48, 75, 95 Pf.

Schulanzüge, Schulkleider, Kinderstiefel, Schulmützen:

Während der Zeit des Umzuges (vom Freitag, den 30. März bis Freitag, den 6. April cr. incl.) verabfolgen wir doppelte Anzahl Sparmarken.
Wir geben sonst bei einem Einkauf von 1 Mk. 4 Sparmarken, an diesen Tagen jedoch **8 Sparmarken.**

Diese Woche umfasst beachtenswerte Angebote in den Abteilungen:

Teppiche, Möbelstoffe, Gardinen, Damenhüte, Konfektion, Kleider-Stoffe
sowie sämtliche Artikel für die Umzugszeit geeignet, in
Glas, Porzellan und Wirtschafts-Artikel.

* Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt. — Ausgenommen sind einige Artikel.

Max Busse

BERLIN N.,

Brunnen - Straße 175

vis-à-vis Grellenhagen

596L*

empfiehlt für den bevorstehenden

Umzug

seine große Auswahl in

**Regulateuren, Freischwingern,
Stand- und Wanduhren.**

Vorzügliche Werke, billige Preise.

Großes Lager in Taschenuhren,
Gold- und Silberwaren, Brillanten.

Für Vereine, Hochzeiten u. Taufen
passende Alfenide-
geschenke in schönen
und preiswerten Mustern.



Preiswerte Konfirmanden-Anzüge. — Vornehme Maßanfertigung.

Alfred Bernhardt, NW., Alt-Moabit 84

vis-à-vis der Hellands-Kirche.

573L*

Spezialhaus für moderne Herren- u. Knabenbekleidung.

Hervorragende Auswahl in Frühjahrs-Anzügen und Paletots.

Allen voran halte ich meine Grundsätze hoch.

× × Streng reelle Bedienung. × × × Preise konkurrenzlos billig aber streng fest. × ×

Mitglied verschiedener Rabatt-Spar-Vereine. — Berufskleidung.

Rute 6 Mark.

Zepernick, nahe der Bahn.
Günstige Zahlungsbedingungen.
Berläufer tagl. an d. Station Zepernick.
J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.



Kraft-Rothwein
Für Blutarmer
u. Kranke
ärztlich
empfohlen
Fl. 1.50
u. 2 M.
Überall
zu
haben
In Apotheken, Drogen- u. Delika-
tessengesch., steht unter ständiger
Kontrolle d. chem. Laboratoriums
Dr. C. Bischoff.

TUMA- ZARI

Beste 2 Pfg.-Zigarette.

Herrenhüte

weich und steif

moderne Fassons pr. Stück 1,25 M., bessere Sachen billigst.

Hutkontor

nur

Holzmarktstraße 34a, I Treppe, Ecke Andreasstraße.

Wo? Nach Picholswerder zum alten Freund.

Partien bis 1500 Personen haben bei höchstem Wetter bequem Platz.
Es laßt ganz ergebend ein Der alte Freund.
Küche stets in altbekannter Güte.

Bergarbeiterleben in der Mark.

(Eigener Bericht des „Vorwärts“).
Erster Verhandlungstag.

Kottbus, 30. März.

Zunächst werden noch nachträglich einige Zeugen über den Unfall Fleischer vernommen. Es handelt sich um die Feststellung, ob der Unfall auf Nachlässigkeit in den Einrichtungen des Betriebes zurückzuführen ist, insbesondere, ob die Steigung der Strecke, wo der Wagen, welcher Fleischer tötete, zurückrollte, so stark ist, daß eine Bremsvorrichtung zur Verhinderung des Hinabröhlens hätte angebracht werden müssen. — Betriebsinspektor Möller behauptet, die im Verhältnis von 1:32 oder 88 ansteigende Strecke sei nur etwa 30 Meter lang. Ein früherer Stationswärter meint, die Steigung sei erheblich beträchtlicher. — Bei dieser Gelegenheit gibt ein Zeuge an, als die Leiche des Bergarbeiters hinans transportiert wurde, war das Signal zum Halten der Fördermaschine gegeben. Die Förderung stand auch still, ging aber bald wieder los, ohne daß das Signal „Los!“ gegeben war. Unter diesen Umständen waren die Träger der Leiche gefährdet. — Der Sachverständige Berggraf Vasefi bemerkt dazu: Es sei Vorschrift, daß die Infolge eines Haltsignals zum Stillstand gebrachte Maschine erst dann wieder in Bewegung gesetzt werden darf, wenn das Signal „Los!“ gegeben ist, und zwar darf kein anderer das „Los!“-Signal geben als der, welcher „Halt!“ signalisiert hat.

Gegen diese Anordnung ist, wie aus anderen, schon früher gemachten Zeugenangaben hervorgeht, öfter verstoßen worden. Die Maschine wurde ohne Signal wieder in Bewegung gesetzt, wenn dem Maschinenführer die Pause nach dem Haltsignal zu lang schien. Hieraus machen noch mehrere Zeugen Angaben über vorschriftswidrige Arbeiten unter gefährlichen Umständen, die sie auf Anordnung der Steiger verrichten mußten. Der Vorsitzende fragt einen dieser Zeugen: Haben Sie sich nicht geweigert, die gefährliche Arbeit zu verrichten? Der Zeuge antwortet: Wenn man sich weigert, verliert man seine Arbeit.

Nunmehr folgt die Verzeiherhebung über

Lohnabzüge, Maßregelungen usw.

Zunächst kommen einige Fälle zur Sprache, welche die Handhabung des Straffsystems betreffen. Ein Zeuge hat an einer Stelle der Grube gearbeitet, wo die Luft so schlecht war, daß die Lampe nicht brannte und dem Arbeiter unwohl wurde. Es war nicht möglich, dort weiter zu arbeiten. Der Zeuge verließ deshalb eine Stunde vor Schluß der Schicht die Grube. Der Inspektor legte ihm deshalb eine Strafe von 1 M. auf, die damit begründet wurde, daß der Arbeiter sich nicht beim Steiger abgemeldet hatte. Der Arbeiter sagt, der Steiger sei nicht dagewesen, er habe doch nicht noch stundenlang in der Grube bleiben können, da er ja doch nicht arbeiten und nichts verdienen konnte.

Betriebsinspektor und Steiger sagen hierzu, der Arbeiter hätte sich unter allen Umständen melden müssen, ihm wäre dann andere Arbeit angewiesen worden. — Ein anderer Zeuge, der auch wegen schlechter Luft die Grube vor Ende der Schicht verließ und sich beim Steiger meldete, hat wohl andere Arbeit zugewiesen bekommen, aber solche, die nicht bezahlt wird. Da hat er denn lieber die Arbeit verlassen. — Inspektor und Steiger behaupten, das läge gar nicht vor, daß Arbeiten nicht bezahlt werden. Der Zeuge bleibt aber dabei, daß er solche Arbeiten, wie die hier in Rede stehenden, nie bezahlt bekommen habe.

Der Zeuge ist vom Inspektor Möller mit sechs Mark bestraft worden. — Weil er einen Diebstahl begangen hat, sagt der Inspektor. — Der angeklagte Diebstahl wird hierauf näher erörtert, und es stellt sich nach der nicht einträglichsten Angabe des Zeugen heraus, daß es sich damit so verhält: Als der Zeuge nach Beendigung des Streiks wieder in die Grube fuhr, fand er seine am Arbeitsplatz zurückgelassene Haxe nicht mehr vor. Statt dessen lag eine andere Haxe dort, die der Arbeiter nunmehr benutzte. Es hatte also nur ein Tausch zweier Haxen stattgefunden. Nun ist aber die Haxe, welche der Arbeiter anstatt seiner eigenen in Gebrauch nahm, eine solche, die das Werk für die Streikbrecher angeschafft und deshalb gezeichnet hatte. Ferner bestehen noch Zweifel darüber, ob die fragliche Haxe nicht rechtmäßiges Eigentum eines anderen Arbeiters geworden ist, der den ersten beim Schichtwechsel ablöste. — Aus diesem Vorgang hat der Betriebsinspektor aus eigener Machtvollkommenheit einen Diebstahl konstatiert, den angeblichen Dieb mit sechs Mark bestraft und ihn durch öffentlichen Aushang auf der Zeche „zum warnenden Exempel“ als Dieb gekennzeichnet. — Der Vorsitzende fragt den Zeugen, warum er sich, wenn er im Recht war, nicht beim Direktor des Werkes beschwert habe. Darauf antwortet der Zeuge: Es sei allgemein bekannt, daß der Direktor jede Anordnung des Betriebsinspektors billigt, eine Beschwerde des Arbeiters habe in solchen Fällen niemals Erfolg.

Dem Betriebsinspektor wird vorgehalten, daß er nach der Arbeitsordnung gar kein Recht hat, eine Strafe in der Höhe von sechs Mark zu verhängen.

Die „verhetzten“ Arbeiter.

Grubendirektor Lehder wird vernommen, um sein Verhältnis zu den Arbeitern darzustellen. Er sagt, in den Jahren 1901 bis 1903 herrschte zwischen ihm und seinen Arbeitern ein geradezu ideales Verhältnis. Die Arbeiter waren zutraulich zu ihm, sie besuchten ihn Sonntags, es herrschte vollkommene Zufriedenheit. Da kam im Jahre 1904, einige Monate vor dem Streik, der Angeklagte Gärtner in den Bezirk, und mit einem Schlag änderte sich das Bild. In der „Bergarbeiterzeitung“ erschienen Artikel, deren Urheber Gärtner war, und nun mit einem Mal wurden die bisher so zufriedenen Arbeiter so unzufrieden, daß gar nicht mit ihnen auszukommen war. Das sei das Werk des Angeklagten Gärtner.

Rechtsanwalt Liebknecht macht darauf aufmerksam, daß Gärtner nicht einige Monate, sondern schon 2 1/2 Jahre vor dem Streik seine Tätigkeit als Vertrauensmann des Bergarbeiterverbandes im Senftenberger Bezirk aufnahm. Da nicht mit diesem Zeitpunkt, sondern erst einige Monate vor dem Streik nach Angabe des Direktors die Unzufriedenheit der Arbeiter eintrat, so müsse die Unzufriedenheit doch einen anderen Grund haben, als den vom Direktor angegebenen. Die Tätigkeit Gärtners habe der Direktor erst wahrgenommen, nachdem sich die Unzufriedenheit der Arbeiter bemerkbar gemacht habe, und die Unzufriedenheit erklärte sich dadurch, daß in der Zwischenzeit der Betriebsinspektor Möller an die Leitung gekommen sei. Unter Möllers Leitung hätten sich die Verhältnisse verschlechtert und deshalb sei die Unzufriedenheit der Arbeiter entstanden, die der Direktor auf Gärtner zurückführt.

Direktor Lehder tritt mit großer Wärme für seinen Betriebsinspektor Möller ein, der ein tüchtiger Bergmann sei, und dem er seine schärfste Behandlung der Arbeiter vertraue.

Der Angeklagte Gärtner verweist nun darauf (und seine Angaben werden durch einen Brief, den er an Direktor Lehder am 21. Februar 1904 richtete, unterstützt), daß der Arbeiterausschuß der Stadtgrube eine Reihe von Beschwerden an die Betriebsleitung gerichtet habe, es sei aber nichts daraus erfolgt. Der Arbeiterausschuß habe deshalb den Eindruck erhalten, daß seine Vorstellungen überhaupt nicht beachtet werden, der Ausschuss habe deshalb sein Amt niedergelegt. Gleichzeitig habe Gärtner dem Direktor mitgeteilt, daß unter diesen Umständen ein früher mit ihm getroffenes Abkommen, wonach ihm Beschwerden vorgelesen werden sollen, als aufgehoben gelte.

Schwarze Listen.

Zu weiteren Verkauf der Verrechnung des Grubendirektors Lehder wird die Frage erörtert, ob es möglich sei Arbeiter durch schwarze Listen brotlos zu machen pflege. Der Direktor bestritt dies entschieden, daß es in seinem Betriebe schwarze Listen gebe. Er

legt aber den Nachdruck auf die Bezeichnung „Schwarze Liste“ und muß schließlich zugeben, daß das, was man in Arbeiterkreisen „Schwarze Listen“ nennt, auf seinem Werke doch in Gebrauch ist. Schwarze Listen haben wir nicht, aber der Postoffizier ist unser Recht, sagte der Grubendirektor. — Rechtsanwalt Liebknecht legt einen Brief der Grubendirektion vor, der, augenscheinlich gleichlautend an mehrere Werke gegangen ist und die Mitteilung enthält: Wir teilen Ihnen mit, daß wir den Hauer Zeidler entlassen werden, weil er Agitator und Vertrauensmann des Bergarbeiterverbandes ist. Die Identität dieses Briefes erkennt der Direktor an. Zeidler sei ein guter Arbeiter, man habe ihn ungenet entlassen, aber es ging nicht anders, denn er konnte das Agitieren nicht lassen. Zeidler hat dem Direktor gesagt, solche Elemente dürfe man im Betriebe nicht dulden. — Als seine eigene Meinung über diese Maßregelung sagt der Direktor: Ein solcher Mann könne ja einen ganzen Hausen Gift in die Bergschicht tragen. Da werde Haß in die Brust der Arbeiter geist, und das müsse doch verhindert werden.

Der Verteidiger legt einen von einer anderen Senftenberger Grube herrührenden Brief vor, der sich als schwarze Liste im gebräuchlichen Sinne des Wortes darstellt und fragt den Direktor Lehder, ob er einer Vereinigung angehöre, die solche Urteilsbeschlüsse verfasse. — Der Zeuge Direktor Lehder will diese Frage nicht beantworten. Auch der Vorsitzende erklärt die Frage als nicht zur Sache gehörend. — Der Verteidiger beantragt einen Gerichtsbeschluss und führt aus, diese Frage diene der Feststellung, ob die Arbeiter Grund hatten, Entlassungen und Postoffizierungen zu fürchten, wenn sie Beschwerden vortrügen. Die Frage sei notwendig für den Wahrheitsbeweis hinsichtlich der Maßregelungen. — Das Gericht beschließt, dem Direktor Lehder die Frage vorzulegen, ob er sich mit anderen Grubendirektoren vertan hat über gegenseitige Mitteilung von Entlassungen von Arbeitern und Empfehlung der Nichtwiedereinstellung solcher Arbeiter.

Direktor Lehder beantwortet die Frage dahin: Ein förmliches Urteil dieser Art besteht nicht, aber die Postoffizierung von Arbeitern werde gewohnheitsmäßig betrieben.

Im Laufe der vorhergegangenen Erörterungen betonte der Direktor Lehder fortgesetzt, daß in seinem Betriebe alles aufs Beste bestellt sei und die Löhne sowie die sonstigen Arbeitsbedingungen der Stadtgrube wesentlich besser seien, wie in den benachbarten Gruben. Die Arbeiter hätten keinen Grund zur Unzufriedenheit, sie seien nur durch Gärtner verhetzt worden.

Der Vorsitzende fragt den Zeugen: Wie denn das möglich sei, daß die Arbeiter trotz der guten Verhältnisse durch den Angeklagten zur Unzufriedenheit angereizt werden könnten.

Ja, antwortet der Direktor, den Arbeitern ist nur etwas vorgespiegelt worden. Wenn das Böse in der Brust des Menschen geweckt wird, dann ist es eben da. Früher sind die Arbeiter immer zu mir gekommen, wenn sie Beschwerden hatten, seit Gärtners Zeit aber nicht mehr. — „Inzwischen ist der Inspektor Möller gekommen und die Verhältnisse sind seitdem andere geworden,“ bemerkt der Verteidiger.

Eine Frage des Staatsanwalts.

Als die Vernehmungen über die vorstehenden Angelegenheiten im Gange waren, fragt der Staatsanwalt den Angeklagten Gärtner, ob er nicht von Hannover nach Senftenberg gekommen sei, um sich mit Zeugen für diesen Prozeß zu besprechen. Der Staatsanwalt legt ein aus Hannover datiertes Schreiben Gärtners vor, worin er die Kameraden, welche während des Streiks auf der Stadtgrube gearbeitet haben, zu einer Zusammenkunft einladet. Der Staatsanwalt legt Gewicht darauf, daß das fragliche Schreiben hektographiert ist. Er scheint dasselbe als Beweis dafür verwerten zu wollen, daß Gärtner versucht habe, Zeugen zu seinen Gunsten zu beeinflussen.

Gärtner läßt diese Angelegenheit dahin auf: Er sei etwa zwei Wochen vor Beginn des Prozesses von Hannover nach Berlin gefahren, um mit seinem Verteidiger zu konferieren. Bei dieser Gelegenheit habe er in Senftenberg eine Versammlung abgehalten. Zu der Zusammenkunft, zu der das vom Staatsanwalt vorgelegte Schreiben einlud, seien nur die Eingeladenen erschienen, er, Gärtner, aber nicht, denn er habe schon vorher wieder von Senftenberg abreisen müssen. — Rechtsanwalt Liebknecht bemerkt dazu: Wenn der Angeklagte in seiner Sache Ermittlungen vornehmen wollte, dann habe er ein ebenso gutes Recht wie die Staatsanwaltschaft. — An einem der ersten Verhandlungstage sei einem der Zeugen der Vorwurf der Spionage gemacht worden, weil er dem Angeklagten eine zufällig gehörte Aeußerung des Polizeiwachmeisters Anm mitteilte. Er, der Verteidiger, wolle den Ausdruck „Spionage“ nicht anwenden, er sage aber, nur durch einen Vertrauensbruch könne das Schreiben Gärtners in die Hände des Staatsanwalts gelangt sein.

Das sei nicht unbedingt der Fall — meint der Vorsitzende, Landgerichtsrat Buchholz — es könne ja jemand den Brief verloren haben. Im übrigen sei es mit dem Briefe doch etwas anderes, wie mit der Mitteilung der Aeußerung des Polizeiwachmeisters.

Der „Fener“ als Friedensapostel.

Durch die ganze, ziemlich ausgedehnte Aussage des Grubendirektors Lehder ging ersichtlich die Tendenz, den Angeklagten Gärtner als den bösen Geist hinzustellen, der die Zufriedenen, dem Direktor zugetanen Arbeiter zur Unzufriedenheit aufgestachelt und gegen die wohlwollende Betriebsleitung aufgebracht habe. Gärtner soll nach der Darstellung des Direktors auch den Arbeiterausschuß aufgeschaltet und die Arbeiter veranlaßt haben, nur bei ihm Beschwerden anzubringen, er soll auch, nur um sein friedensförderndes Werk zu fördern, den Streik veranlaßt haben. Natürlich weiß der Direktor von alledem nichts aus eigener Wahrnehmung. Aber „andere“ haben ihm solche Mitteilungen gemacht.

Gärtner bemerkt demgegenüber, und einige als Zeugen vernommene Arbeiter bestätigen es, daß er gar nicht daran gedacht habe, das zu tun, was ihm der Direktor nachsagt. Das Gegenteil sei der Fall. Als die Arbeiter, nachdem das neue Regiment unter Leitung des Betriebsinspektors Möller eintrat, sich über manderlei Mißstände beklagten, da habe er, Gärtner, die Arbeiter darauf verwiesen, daß ja bald ein Arbeiterausschuß errichtet werde und daß es durch denselben besser werden könnte. Als der Arbeiterausschuß sah, daß seine Vorstellungen nichts nützten, und die Ausschussmitglieder eine Neuwahl nicht annehmen wollten, da habe Gärtner — wie zwei Zeugen bestätigen — zur Annahme der Wahl ausdrücklich geraten. Ferner bestätigen diese Zeugen, daß Gärtner gegen den Streik aufgetreten, derselbe aber, entgegen seiner Abmahnung, von den Arbeitern der Stadtgrube beschloffen wurde, weil sie jede Hoffnung, die Mißstände auf anderem Wege abzuwecken, aufgegeben hatten.

Als während dieser Erörterungen die Rede davon war, daß Gärtner für die Wahl des Arbeiterausschusses gewirkt habe, was ein Zeuge inforrest mit den Worten ausdrückte: „Gärtner hat die Wahl des Ausschusses vornehmen lassen“ — da fiel der Grubendirektor mit der Bemerkung ein: „Was geht ihn denn die Wahl des Ausschusses an, das ist doch unsere Sache.“ Darauf bemerkte Rechtsanwalt Liebknecht: Aber wenn sich Gärtner um die Wahl des Ausschusses bemühte, dann beweist das doch, daß er nicht die Absicht haben konnte, den Arbeiterausschuß aufzulösen.

Eine andere Bemerkung der Grubendirektion zeigt, wo die Grenze liegt, aber die hinaus nach seiner Meinung der Arbeiterausschuß nicht gehen soll. Der Direktor sagte, er habe öfter den Arbeiterausschuß empfangen und Beschwerden entgegengenommen. Dann sei aber der Ausschuss auch vorstellig geworden, um die Wiedereinstellung eines entlassenen Arbeiters zu erwirken. In solchen Sachen könne er aber den Ausschuss nicht mitreden lassen. Das gehöre nicht zur Kompetenz des Ausschusses.

Eine Freudenbotschaft aus Courrières.

Aus dem Grabe gerettet!

Wider alles Erwarten sind am Freitag früh 13 Bergleute aus dem großen Grabe von Courrières lebend herausgebracht worden. Sie haben während dieser Zeit von Lebensmitteln gelebt, die sie bei den Verunglückten gefunden hatten und von Hafer aus den Pferdeställen. Die Geretteten befinden sich wohl, nur ein einziger ist krank.

Der Führer der Geretteten, Rémy, erzählte nach einem erregten Wiedersehen mit seinem Vater folgendes: Durch die Explosion aufs höchste erregt, suchte ich mich in Sicherheit zu bringen; ich fiel dabei über etwa fünfzig am Boden liegenden Leuten. Später gelang es mir, nach einer höher gelegenen Förderungsstelle durchzudringen, wo ich mit meinen zwölf Kameraden, die sich in einen geschützten Winkel hatten flüchten können, zusammentraf. Diese hielten mich zuerst für einen Retter und waren verzweifelt, als sie hörten, daß ich gleich ihnen ein lebendig Begrabener sei. Ich sprach ihnen Mut zu und wir blieben dann acht Tage an jener Stelle. Ich mußte stets, wie wir mit der Zeit daran waren, da ich nie vergah, meine Uhr aufzuziehen. Da es uns an Lebensmitteln fehlte, aßen wir Erde, Rinde, Holzwerk, kurz alles, was wir fanden. Vergebens suchten wir in dem Dunkel durch Trümmer und über Leiden aus der Sodgasse, in der wir eingeschlossen waren, herauszukommen. Eines Abends kamen wir an einen Stoll; dort fanden wir Hafer und von diesem lebten wir zwei Tage. Dann aßen wir von einem toten Pferde. Zu trinken hatten wir nur den Inbalt unserer Feldflaschen. Während der letzten Tage suchten wir in drei Gruppen getrennt nach einem Ausgang. Gestern abend fühlten wir frische Luft eindringen, wir folgten der Richtung und gelangten an eine durch die Explosion eingestürzte Stelle in der Nähe des Hauptstollens.

Erklärlicherweise löst die Befreiung der 13 Mann aus den Armen des Todes großen Jubel und Aufregung aus. Verwandte und Freunde von Vermissten treffen in Massen ein. Ein besonderer Sicherheitsdienst mußte eingerichtet werden, um zu verhindern, daß die Leute in den Schacht von Billy-Montigny eindringen. Die Namen der Geretteten gehen von Mund zu Mund, jeder will sie sehen, in der Hoffnung, von ihnen zu hören, daß sich noch andere Bergleute lebend in der Tiefe befinden. Gerüchweise verlautet, man habe Rufe von anderen Ueberlebenden gehört, die bald gerettet sein würden.

Ueber den Rettungsvorgang wird gemeldet:

Leus, 30. März. Ein Trupp Arbeiter, die mit der Lösung des Brandes beauftragt waren, stand im Begriff, heute früh gegen 7 Uhr die Grube wieder zu verlassen, als sie 13 Leute auf sich zukommen sahen, die sich mit Mühe auf den Weinen hielten. Ihr Führer Rémy sagte, sie kämen von Schacht 3 bei Mercour, in dem sie seit 20 Tagen lebendig begraben waren. Die Ueberlebenden wurden unter großen Vorkehrungsmaßregeln zu Tage befördert. Die Grubendirektion und der ärztliche Dienst, welche telephonisch benachrichtigt waren, leisteten dabei Hilfe. Die Geretteten, die kaum das Tageslicht ertragen konnten, und sehr schwach, jedoch sonst bei guter Gesundheit sind, wurden in das Lazarett gebracht, wo man ihnen eifrige Sorge angedeihen läßt. Fast alle antworteten auf Fragen, daß sie von Lebensmitteln, die sie bei den Opfern des Unglücks fanden, und von Hafer aus den Pferdeställen gelebt hätten. Man reichete den Geretteten löffelweise Kaffee und Milch, was sie aber nur mühsam zu sich nehmen konnten. Alles will die dreizehn sehen und drängt, unter dem Anerbieten, in der Pflege helfen zu wollen, in die Lazarettäume, aber die Ärzte weisen jeden, der nicht zum ständigen Pflegepersonal gehört, hinaus. Nur Angehörigen wird von den Gendarmen der Zutritt gestattet, doch wird ihnen empfohlen, die Geretteten nicht zu viel sprechen zu lassen.

Die Ingenieure erklären, man habe die Ueberlebenden nicht eher gefunden, weil die zuerst durch den Brand abgeschnitten wurde, den man bekämpfen mußte, und weil die später versuchte Rettung auf dem Umwege durch den Juliengang mit großer Gefahr verbunden war, weil dieser durch die Explosion sehr in Mitleidenschaft gezogen war. Die Ueberlebenden fanden einen Rettungsweg dank der großen Menge der in den Juliengang hineingelassenen Luft, durch den ein Ingenieur noch gestern, jedoch ohne Erfolg, eingedrungen suchte.

Nach einem Telegramm des „B. L. A.“ bewahrt sich die Meldung, daß noch mehr Lebende im Schacht sind. Ungesichert wird von Frauen, deren Männer eingeschlossen sind, die Fortsetzung der Nachforschungen verlangt.

Berichtigung. In dem gestrigen Artikel über das „Rettungswesen im deutschen Bergbau“ muß es nicht heißen Zeche „Wanne“, sondern „Chanxot“ und „Berne“.

Verfammlungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Eine Vertrauensmänner-Verammlung für sämtliche Bezirke und Branchen der Verwaltungsbelle Berlin fand am 31. März im Wöhlischen Drauhause statt. Der große Saal war voll besetzt. Zunächst besahe man sich mit den Anträgen zur Regelung der Gehälter der Angestellten. Die letzte außerordentliche Generalversammlung hat bekanntlich beschlossen, eine Urabstimmung darüber einzuleiten zu lassen. Die Vertrauensmänner-Verammlung beschloß, nun nochmals über die Anträge zu beraten, nachdem ein Redner gegen die Vorlage der Ortsverwaltung gebrochen und Anträge gestellt hatte, die der jetzt geltenden Gehaltsskala entsprechen, also für die Urabstimmung nicht in Frage kommen könnten. Nach Beendigung der Diskussion lag zur Urabstimmung außer der Vorlage der Verwaltung noch der Antrag vor, die Gehälter der ersten Kategorie von Angestellten dieser Vorlage entsprechend zu regeln, für die übrigen Angestellten das Gehalt auf 2000 M. ohne Steigerung zu bemessen. Die Abstimmungszeitel werden in der nächsten Vertrauensmänner-Sitzung ausgegeben. Zur Feststellung des Ergebnisses der Urabstimmung wählte die Verammlung eine Zahlkommission von 11 Mitgliedern.

Hierauf berichtete Henke über die Lohnbewegung der Stellmacher, die sich auf die beiden Gruppen der in den Wagenfabriken und der bei Innungsmeistern tätigen erstreckt. Für die erste Gruppe kommen 5 Fabriken in Betracht und die Zahl der streikenden Stellmacher ist 120. Außerdem streiken in 150 Innungsbetrieben 800 Stellmacher. Am Sonnabend ist mit dem Innungsvorstand verhandelt worden, wobei sich herausstellte, daß ein Entgegenkommen von den Meistern zu erwarten ist. Am Mittwoch sollte sich eine Generalversammlung der Innung mit der Angelegenheit befassen.

Ueber Werkrattkreuz und Differenzen berichtete Leopold an Stelle des Obmannes Raag, der durch Verhandlungen in der Nähtfabrik verhandelt war. Seit der Generalversammlung vom 23. Februar waren 112 Werkratt-differenzen zu verzeichnen. In 25 Werkrattfabriken wurde in den Streit getreten, und zu einem Teile dauern diese Streiks noch fort. Der Redner erwähnte ferner die Lohnbewegung der Stornmacher, die zu einem günstigen Abschluß gebracht ist, ferner den Streik der Stellmacher und den in der Nähtfabrik. In dieser Branche streikten seit Montag 70 Kollegen von 14 Werkrattfabriken. Bureist finden hier Verhandlungen statt. — An diesen Bericht schloß sich eine Debatte, die sich hauptsächlich auf einzelne Maßnahmen bei Differenzen und Streiks bezog.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
 Sonnabend, den 31. März, Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Die Walküre. (Anf. 7 Uhr.)
Schauspielhaus. Die drei Mägde.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Berliner. Der Widerspenstigen Zähmung.
Neues. Calar und Cleopatra.
Wetters. Die vier Grobiane. — Nachmittags 3 Uhr: Zigaros Hochzeit.
 Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Cyprienne.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Der Militärstaat.
Reising. Rosmersholm.
Romische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
General. Der Bestelstudent.
Metropol. Auf ins Metropol.
Walhalla. Einer von unsere Leut!
Kleines. Hidalla.
Waldens. Der Prinzgemahl.
Trianon. Loulou.
Carl Weiß. Die lebende Brücke auf Ruha. — Nachmittags 4 Uhr: Mischenbrödel.
Zuspielhaus. Die von Hochsattel.
Thalia. Bis früh um fünf. — Nachmittags 3 Uhr: Des Meeres und der Liebe Wellen.
Luft. Auf eigenen Füßen.
Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich.
Kahlo. Die Herren Söhne.
Wipolo. Das bummelnde Berlin.
Spezialitäten.
Herrnsfeld. Familienstag im Hause Prellstein.
Folies Caprice. Der Schmock. Dalles u. Co.
Wintergarten. Saharet. Die Kaiserin der Sahara. — Spezialitäten.
Welle-Milane. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Neu! Einquartierung.
Mil. Humoreske u. Revue!
 Anfang Sonntag 8 Uhr.
 Sonntag 7 Uhr.

Berliner Theater.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Widerspenstigen Zähmung.
 Sonntag nachm. 2 1/2 Uhr zu ermäßigten Preisen: Kean. Abends 7 1/2 Uhr: Der Hüttenbesitzer.
 Montag: Der Geigenmacher von Cremona. Der Wissenswurm.
Neues Theater.
 Zum erstenmal:
Caesar und Cleopatra.
 Anfang 7 Uhr.
 Sonntag: Caesar und Cleopatra. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
 Montag: Bouboarcho. Vorher: Die Neuvermählten.
Kleines Theater.
 Anfang 8 Uhr.
Hidalla.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtasyl. Abends 8 Uhr: Kinder der Sonne.
Zentral-Theater.
 (Operette.) 8 Uhr:
Bettelstudent.
Komische Oper.
 Sonnabend, den 31. März 1906, abends 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
 Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: Hoffmanns Erzählungen. Abends 8 Uhr: Figaros Hochzeit. Montag und Dienstag: Hoffmanns Erzählungen.
Luisen-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Auf eigenen Füßen.
 Sonntag nachm.: Othello. Abends: Der Verschwenker. Montag: Auf eigenen Füßen.
Lustspielhaus.
 Abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
Apollo-Theater.
 9 Uhr! Täglich: 9 Uhr!
Das bummelnde Berlin.
 Burleske von Benno Jacobson. Musik von Rudolf Nelson. Am 3. Bild: La Matuschke. Solo: Liane d'Ève. Vorher 8 Uhr: Die glänzenden Spezialitäten.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Venus auf Erden und Spezialitäten.
Trianon-Theater.
 Anfang Loulou. 8 Uhr. Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Cyprienne.
 Lustspiel in 3 Aufzügen v. Victorien Sardou und G. de Najac.
 Bühnenbearbeitung v. D. Blumenthal.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Macht der Finsternis.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
 Montag, abends 8 Uhr:
Der Vogel im Käfig.
 Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Militärstaat.
 Lustspiel in 4 Aufzügen von Gustav v. Moser und E. de Trotha.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Räuber.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Militärstaat.
 Montag, abends 8 Uhr:
Der Militärstaat.

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Cyprienne.
 Lustspiel in 3 Aufzügen v. Victorien Sardou und G. de Najac.
 Bühnenbearbeitung v. D. Blumenthal.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Macht der Finsternis.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
 Montag, abends 8 Uhr:
Der Vogel im Käfig.
 Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Militärstaat.
 Lustspiel in 4 Aufzügen von Gustav v. Moser und E. de Trotha.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Räuber.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Militärstaat.
 Montag, abends 8 Uhr:
Der Militärstaat.

65 Abessinier in
Castans Panoptikum
 Friedrichstr. 165. Kein Extra-Entree.

Zirkus
Albert Schumann
 Heute abend präglte 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée High Lite.
 Lehtes Auftreten der großartigen März-Spezialitäten. Ferner:
 Declins größte Sensation!
 Chinesische Fische mit ihren hier noch nie gesehenen

XI. Berliner Saison.
Zirkus Busch.
70 dressierte 70
Eisbären
 unter persönlicher Vorführung des Herrn Hagenbeck.
 Herr Ernst Schumanns Neudressuren und die vorzüglichsten Programmnummern.
 Zum Schluß zum 132. Male: Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlins:
Indien.
 Orig.-Pantom. d. Zirkus Busch.
 Besonders hervorzuheben:
Eine Tigerjagd.
 Avis! Morgen 2 gr. Vorstellungen, nachm. 4 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr. Nachm. 4 Uhr zahlen Kinder auf allen Sitzplätzen halbe Preise. In beiden Vorst.: Indien.

Cormorants
 Fische fangende
Tauchervogel.
 Zum Schluß:
Femina das neue Frauenreich.
 Sonntag: 2 Vorst., nachm. 3 1/2 Uhr (ein Kind frei) u. abends 7 1/2 Uhr.

Urania Tauben-
 str. 48/49.
 Abends 8 Uhr:
Aus dem Innern Ostafrikas.
 4 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.

Sternwarte Invaliden-
 str. 57/62.
Metropol-Theater
 Anfang 8 Uhr.
!Auf - in's Metropol!
 Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen in all. Räumen gestattet.

WINTERGARTEN
Letzte
Vorstellungen
 der australischen Tänzerin
Saharet
 als
Kaiserin der Sahara.
 Außerdem
 das glänzende März-Programm.

Walhalla-Theater
Einer von unsere Leut'!
 Volkstümlich in 6 Bildern nach D. F. Berg von D. Kallisch.
 Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.
Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67/68.
 Heute
 zum Gastspiel Ad. Philipp
100. Er und Ich
 Male
 Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Ueber'n großen Teich.
 Abends 8 Uhr: ER und ICH.

Folies Caprice
 Budapest Posen-Theater
 132 Linienstr. 132.
 Ecke Friedrichstraße.
 Zum 15. Male:
Der Schmock
 und
Dalles & Co.
 Anfang 8 Uhr.
 Kaffe den ganzen Tag geöffnet. Vorverkauf bei Wertheim.

W. Noacks Theater.
 Direktoren: Rob. Dill. Sonnenstr. 16.
 Benefiz für die Damen: Karsten, Paroni, Reich, Rochow und Seston:
Die beiden Waisen.
 Schauspiel in 5 Akten v. G. Schererberg.
 Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. bis 1 Pf.
 Nach der Vorstellung: Benefizball.

Carl Weiß-Theater.
 Nr. Frankfurterstr. 132.
 Nachmittags 4 Uhr letzte Kindervorst.:
Mischenbrödel
 oder: Der silberne Pantoffel.
 Abends 8 Uhr zum letztenmal:
Die lebende Brücke auf Ruha
 Sonntagabend: Der Hüttenbesitzer.
 Vom 2. bis 7. April geschlossen.

Gebürder
Herrnsfeld-Theater.
Familientag
 im
Hause Prellstein
 mit den Autoren Anton u. Donald Herzfeld in den Hauptrollen.
 Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
Vorverkauf!
 Sonntag, den 1. April:
Abschieds-Vorstellung
 mit vorübergehendem Besatz u. Verabschiedung eines Souveräns in Form eines Albums, welches den Werdegang des Herrnsfeld-Theaters mit interessanten Abbildungen enthält.

Residenz-Theater.
 Direktion: Richard Alexander.
 Heute zum 153. Male morgen und folgende Tage 8 Uhr:
Der Prinzgemahl.
 Satirischer Schwank in 3 Akten von L. Karroff und J. Chancel.
 Sonntag nachmittags 3 Uhr: Seine Kammerzofe.

Gustav Behrens
 Spezialitäten-
 Theater
 Frankfurter
 Allee 85.
Das sensationelle, vollständig neue März-Programm.
Nur Schlager.

Moderne Sommer-Paletots
 und
Anzüge
 Neueste Stoffe, ganz vorzügliche Verarbeitung
 Große Auswahl, niedrige Preise, coul. Bedienung
Esders & Dyckhoff
 Spezialhaus für feine Herren- u. Knaben-Bekleidung
 fertig und nach Maß.
 Leipzigerstr. 50a Oranienstr. 48

Apollo-Theater.
 9 Uhr! Täglich: 9 Uhr!
Das bummelnde Berlin.
 Burleske von Benno Jacobson. Musik von Rudolf Nelson. Am 3. Bild: La Matuschke. Solo: Liane d'Ève. Vorher 8 Uhr: Die glänzenden Spezialitäten.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Venus auf Erden und Spezialitäten.
Trianon-Theater.
 Anfang Loulou. 8 Uhr. Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.

Maß-Anfertigung!
 Großes Lager
 neuester in- und ausländischer Stoffe
 Sitz und Eleganz garantiert
 In Verarbeitung
 Bescheldene Preise.

Paletots
 für Frühjahr und Sommer
 von Cheviot, Satin oder Covert-Coat, grünlich, marango oder grau, kariert, gestreift oder meliert.
 Paletot 18, 20, 25, 30, 35, 40, 45 u. 50 Mark.
 Sämtliche Paletots sind sehr elegant, teils mit senkrechten, teils mit wagerechten Taschen gearbeitet und bieten vollständigen Ersatz für Maßanfertigung.
 Vorrätig in allen Größen und Weiten. Berücksichtigt sind dabei normale, als auch schlanke, untersetzte und extra starke Figuren.
Ulster
 für Frühjahr und Sommer.
 Dieses so sehr beliebte Kleidungsstück wird 20-25 cm länger als der gewöhnliche Paletot getragen und aus modernen, englischen Fantasie- und Karo-Stoffen gearbeitet.
 Ulster 30, 35 und 40 Mark.
 Zur Verarbeitung gelangen nur auf Haltbarkeit geprüfte Stoffe mit bewährten Zutaten. Der Schnitt ist der neuesten Mode entsprechend und werden etwaige kleine Mängel im Sitz ohne Berechnung sorgfältig abgeändert.
 Die Bedienung erfolgt nur durch fachmännisches und branchenkundiges Personal. Dieser Umstand bietet eine Garantie dafür, daß nur richtig passende Gegenstände verkauft werden. Freundlichkeit und Zuvorkommenheit ist jedem Verkäufer zur strengen Pflicht gemacht.
Carl Stier
 Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.
 Berlin SO., Oranienstr. 166. Berlin W., Potsdamerstr. 118a.
 POTSDAM, Nauenerstr. 23. 659L
 Nach auswärts sende Muster u. Maßanleitung frei gegen frei. Illustr. Katalog versende kostenlos.

Passage-Theater.
 Anfang 8 Uhr.
 Das neue März-Programm.
Antoinette Sohns
 Koloraturfängerin.
Geschwister Flokati,
 Gesang und Tanz-Duo.
Fritz Schönbauer
 mit seinen lustigen Geschichten.
 14 originelle Spezialitäten.

Bernhard Rose-Theater
 Geundbrunnen, Bahnhofsstr. 53.
 Morgen Sonntag, den 1. April cr., nachmittags 3 Uhr, bei vollständigen Preisen:
Die Geier-Wally.
 Abends 7 Uhr:
Die Geier-Wally.
 Billett-Vorverkauf Sonntag vormittag 10-11 Uhr.

Sanssouci. Kottbuser
 Straße 4a.
 Dir. Wilhelm Reimer.
 Sonntag, Konf., Donnerst.:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
 Sonntag zum erstenmal:
Hennig.
 Anm. d. f. d. gr. Theateraal 3. nächst. Saison (a. j. Mittwoch) m. schon jetzt entg.

Residenz-Theater.
 Direktion: Richard Alexander.
 Heute zum 153. Male morgen und folgende Tage 8 Uhr:
Der Prinzgemahl.
 Satirischer Schwank in 3 Akten von L. Karroff und J. Chancel.
 Sonntag nachmittags 3 Uhr: Seine Kammerzofe.

Fröbels Allerlei-Theater
 Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag: Große Extra-Konzert - Theater Spezialitäten.
 Nach der Vorstellung: Extratanz.
 Anfang 6 Uhr. Entree 40 Pf.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
 Neu! Einquartierung.
 Mil. Humoreske u. Revue!
 Anfang Sonntag 8 Uhr.
 Sonntag 7 Uhr.

Carl Weiß-Theater.
 Nr. Frankfurterstr. 132.
 Nachmittags 4 Uhr letzte Kindervorst.:
Mischenbrödel
 oder: Der silberne Pantoffel.
 Abends 8 Uhr zum letztenmal:
Die lebende Brücke auf Ruha
 Sonntagabend: Der Hüttenbesitzer.
 Vom 2. bis 7. April geschlossen.

Kasino-Theater
 Lothringenstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Die Herren Söhne.
 Volksstück in drei Akten von Waller u. Stein.
 Vorher das neue bunte Märzprogramm.
 Sonntag 4 Uhr: Hotel Klingbusch.

Dresdenerstr. 97
Colosseum
 Otto Steidels Hamburger
 Sänger.
 Sonntag 2 Vorstellungen
 nachm. 4 und abends 8 Uhr.
 Nachm. Eintritt 25 Pf. 1 Kind frei.

Palast-Theater
 Burgstr. 24, 2. Min. v. Bb. Börse.
 Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
 Letzte Woche!
Johnke Compagnie
 Red-Pantomime.
Geschwister Fronista
 Kunstgesangsduett
 und 10 Attraktionen 1. Ranges.
 'ne feine Nummer!
 Burleske von Max Koch.
 Familienarten in Barber, Pfeifen- und Zigarrengehälten unentgeltlich.

Palast-Theater
 Burgstr. 24, 2. Min. v. Bb. Börse.
 Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
 Letzte Woche!
Johnke Compagnie
 Red-Pantomime.
Geschwister Fronista
 Kunstgesangsduett
 und 10 Attraktionen 1. Ranges.
 'ne feine Nummer!
 Burleske von Max Koch.
 Familienarten in Barber, Pfeifen- und Zigarrengehälten unentgeltlich.

Restaurant „Zum Prälanten“
 Rummelsburg. Inh.: F. Boragk.
 Sonnabend, 31. März:
Original-Harburger Sänger.
 Direktoren: C. Frick und Fr. Kascho-Krause.
 Anf. 8 Uhr. Entree 20 Pf.
 Boragk'schen gelten.
 Jeden Sonntag: Große Spezialitäten-Vorstellung.

Neu eröffnet!
 Welt-Ausstellungs-Biograph-(St. Louis)
 Theater lebender Photographien mit abwechselnd. Anormitäten-Program.
 Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow,
 Münzstraße 16.

Etablisement Buggenhagen
 Moritzplatz.
 Täglich
 in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Krug zum Grünen Kranze
 Alexanderplatz
 (im Keller)
 Allabendlich:
„Fidelitas!“
 Damen-Orchester
 Bedienung nach Münchener Art.
 Entree frei.
 500 v. 200-1000 Pers. fassend.

Eine Mark
 wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige
Herren-Garderoben.
 Ersatz für Maß.
 Anfertigung nach Maß.
 Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
 Schneidermeister,
 Große Frankfurter Str. 97, II.
 Eingang Straußberger Platz.

Eine Mark
 wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige
Herren-Garderoben.
 Ersatz für Maß.
 Anfertigung nach Maß.
 Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
 Schneidermeister,
 Große Frankfurter Str. 97, II.
 Eingang Straußberger Platz.

E. Möbis,
 14 Beuthstrasse 14
 am Spittelmarkt.
 2 edelst. Koppenstr. 82.

Eine Mark
 wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige
Herren-Garderoben.
 Ersatz für Maß.
 Anfertigung nach Maß.
 Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
 Schneidermeister,
 Große Frankfurter Str. 97, II.
 Eingang Straußberger Platz.

Eine Mark
 wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige
Herren-Garderoben.
 Ersatz für Maß.
 Anfertigung nach Maß.
 Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
 Schneidermeister,
 Große Frankfurter Str. 97, II.
 Eingang Straußberger Platz.

E. Möbis,
 14 Beuthstrasse 14
 am Spittelmarkt.
 2 edelst. Koppenstr. 82.

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 36. Filiale Berlin. Telefon: Amt IV, Nr. 9720.

Die Mitglieder-Versammlung vom Donnerstag, den 20. d. Mts., welche in der „Neuen Welt“ stattfand, hat das Angebot der Arbeitgeber von 55 Pf. Minimallohn einstimmig abgelehnt.

Darauf haben über neun Zehntel von den circa 6000 Anwesenden für die Arbeitseinstellung vom Montag, den 2. April, entschieden.

Gut nähere Information findet am

Montag, den 2. April, vorm. 8 1/2 Uhr,

in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114,

eine **Versammlung** statt.

Wir fordern nunmehr sämtliche in unserem Berufe beschäftigten Arbeitnehmer auf, soweit sie im Berliner Lohngebiet in Arbeit stehen, in der **Versammlung am Montag Mann für Mann** zu erscheinen.

Gleichzeitig bitten wir die organisierte Arbeiterschaft, besonders die auf Bauten Beschäftigten, um die nachdrücklichste moralische Unterstützung.

121/16

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Zimmer 34, Amt IV, 3353. Verwaltungsstelle Berlin: Engel-Ufer 15. Haupt-Bureau: Zimmer 1-5, Amt IV, 9679.

Achtung! Schlosser! Achtung!

Dienstag, 3. April ex., abds. 8 1/2 Uhr, in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108/114:

Allgem. Versammlung der Schlosser Berlins u. Umg.

Tages-Ordnung: 115/10
Bericht der Kommission über die Verhandlungen mit den Meistern.
Bücht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Stukkateure.

Sonabend, 31. März, vorm. 11 Uhr, bei Franke, Sebastianstr. 39:

Versammlung der arbeitslosen Kollegen.

Tages-Ordnung:
1. Unsere wirtschaftliche Lage! 2. Diskussion.
Bücht jedes organisierten aber arbeitslosen Mitgliedes ist es, der Versammlung beizuwohnen. — Auch Nichtmitgliedes des Verbandes haben Zutritt. Die Ortsverwaltung. [173/11*]

Turner Berlins!

Montag, den 2. April, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche Turner-Versammlung

bei Suggenhagen, am Moritzplatz.

Tages-Ordnung:
1. Herr Kultusminister Dr. Studt und die sozialdemokratischen Turnvereine. Referent: Franz Gentz. 8003
2. Diskussion.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung bücht um pünktliches und zahlreiches Erscheinen.
Der Einberufer. 8926

Berichtigung.

Die der Firma Cohn u. Sohn, Berlin, Klosterstraße 64, angebotene Anfertigung Königsberger Zirkelarbeit ist von dieser Firma zurückgewiesen worden und auf Anordnung der Firma Caspar, Königsberg nach Breslau an Schleifger u. Grünbaum gefandt worden. 162/18

Verband deutscher Schneider und Schneiderinnen (Filiale Berlin).

Orts-Krankenkasse der Klempner.

Am Sonntag, den 8. April, vormittags präzis 10 Uhr, findet im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 8, die

General-Versammlung

der Vertreter der Klassen-Mitglieder und Arbeitgeber unserer Kasse statt.
Tages-Ordnung:
1. Verlesung der Protokolle.
2. Bericht des Rechnungs-Ausschusses und Decharge-Erteilung.
3. Verschiedenes.
Der Vorstand. 8926

Orts-Krankenkasse Weißensee.

General-Versammlung der Vertreter

am Donnerstag, den 12. April 1906, abends 8 Uhr, im Restaurant Bräutchen, Weißensee, Ledderstr. 122.

Tages-Ordnung:

1. Rechnungslegung für das Jahr 1905 durch den Vorstand. 2. Bericht der Rechnungs-Revisionskommission und Decharge-Erteilung für den Vorstand und den Nebendanen. 3. Ergänzungswahl für ein ausgeschiedenes Vorstandsmitglied (Arbeitnehmer). 4. Bewilligung von Kosten zur Beschaffung von Kongressen. 5. Verschiedenes.

Bemerkung: Eventuell Beschwerden gegen den Vorstand etc. werden in der Generalversammlung nur beantwortet, wenn diese mindestens drei Tage vor der Generalversammlung im Klassenlokal schriftlich abgegeben werden.

Der Vorstand.

A. H. B. Recke, Vorsitzender. Zum Eintritt berechtigt sind nur die mit Legitimationskarten versehenen Vertreter. 271/14

Orts-Krankenkasse der Uhrmacher Berlin.

Die ordentliche General-Versammlung

findet Dienstag, den 10. April, abends 9 Uhr, im „Schultheiß“, Neue Jakobstr. 25, statt.

Tages-Ordnung:

1. Klassenbericht und Bericht der Revisoren. 2. Festsetzung des ordentlichen Tageslohns. 3. Festsetzung des Gehalts für den Kassensführer. 4. Verschiedenes.
Hierzu ladet ein 271/15

Der Vorstand.

G. Latsch, Vorsitzender.

Vollständig erschienen ist nunmehr die

Hohenzollern-Legende

Kulturbilder aus der preussischen Geschichte vom 12. bis zum 20. Jahrhundert von

Max Maurenbrocher.

Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit.

Zu beziehen in 50 Lieferungen a 20 Pf. oder in 2 Leinwandbänden geb. a 7.— 24.
2 Halbfranz „ „ 8.—
durch die 233/17

Expedition des Vorwärts

Berlin SW. 68
Lindenstr. 69, Laden.

Anzüge
neuester Mode
Robert Bohn,
Berlin N., Invalidenstr. 135
Herren- u. Knaben-Garderoben
fertig u. nach Maß
Streng real!

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

(Verwaltungsstelle Berlin u. Umgegend.)
Sonntag, den 1. April, nachmittags 4 Uhr: **Versammlung** bei Robert Voigt, Ritterstr. 75.

Tages-Ordnung:
Gewerkschaft und Klassenkampf. Referent: Genosse E. Rieger. Verschiedenes. Aufnahme neuer Mitglieder. 138/11
Die Versammlung am 15. April fällt des Osterfestes wegen aus.
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Böttcher Deutschlands und deren Hilfsarbeiter. Filiale Berlin.

Sonntag, den 1. April, nachmittags 2 Uhr, Andreasstr. 26:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Die Lohnbewegung in der Bierfabrikbranche.
Die Kollegen von den Brauereien sind besonders dazu eingeladen.
Der Vorstand. 30/7

Verband deutscher Gastwirtsgehülfen

Ortsverwaltung Berlin.

Die Differenzen zwischen dem Gastwirt Kranz, Inhaber der „Prachtstale des Ostens“, und dem „Verband deutscher Gastwirtsgehülfen“ sind beigelegt. Herr Kranz hat die seitens der Organisation gestellten Forderungen anerkannt und ist deshalb die über das Lokal

verhängte Sperre für unsere Mitglieder aufgehoben.
200/18
J. H. Fr. Braun.



Tel. IV 9099.

Victoria

Vornehm! Praktisch!
Eleganter
Sacco-Anzug
tadellos sitzend
15 Mark

in den neuesten heil und dunkel gemusterten Dessins vorrätig

Mode-Haus
Hermann Vandsburger
Friedrichstr. 7 | Turmstr. 80a
nahe Belle-Allianceplatz. Ecke der Wilhelmshavenstraße.

Special: Anfertigung nach Maass. Grosses Stofflager.

Wegen vollständiger Aufgabe

unserer Blusen, Jupons und Kostümröcke sowie Seidenwaren-Abteilung

Seiden-Blusen, hochelegant Stück 4.85 Mk. an
Reinwollene Blusen, neueste Muster Stück 2.95 Mk. an
Jupons in den feinsten Ausführungen Stück 2.10 Mk. an

Kostüm-Röcke, hochelegant Stück 2.05 Mk. an
Seiden-Stoffe in nur extra prima Qualitäten Stück 1.15 Mk. an
Wäsche für Herren und Damen zu noch nie dagewesenen Preisen.

Ferner empfehlen wir unser ganz enormes Lager in **Herren- u. Knaben-Konfektion** sowie **Herren- u. Damen-Stiefeln!**
Herren-Box-Calf-Stiefel p. Paar 5.50 Mk. an
Herren-Chevreaux-Stiefel p. Paar 6.95 Mk. an
Damen-Box-Calf-Stiefel p. Paar 5.50 Mk. an
Damen-Chevreaux-Stiefel p. Paar 6.25 Mk. an

Herren-Anzug, elegant Stück 8.85 Mk.
Herren-Anzug, Tip-Top Stück 11.75 Mk.
Herren-Anzug, extra prima Qualität Stück 15.50 Mk.
Herren-Anzug, Maß-Konfektion Stück 18.50 Mk.
Herren-Anzug, das Allerneueste Stück 23.75 Mk.
Herren-Anzug, Maß-Ersatz Stück 26.50 Mk.
Herren-Anzug, das Allereleganteste Stück 31.— Mk.
Herren-Anzug, garantiert echt englisch Maß-Verarbeitung Stück 35.— Mk.

Ein riesiger Posten Herren-Sommer-Paletots von 42.00 bis 8.90 Mk.

Ein Posten zurückgesetzter Anzüge Stück 7.60 Mk. an | **Kinder-Anzüge zu jedem Preis!**

Internationales Kommissions- u. Lagerhaus **Rosenthalerstr. 9** Ecke Auguststr.

**Jeder Arbeiter,
Jeder Handwerker
sollte zur Arbeit**

die Lederhose Herkules tragen.
Wein-Verkauf. Sehr starkes Leder in
praktischen grauen u. braunen Streifen,
auch einfarbig. Am Bund aus einem
Stück gearbeitet. Sehr feste Kapp-
nähte. Haltbarste Pilot-Taschen.
Große Abkanten umloht. Die Hose

bei Entnahme von
6 Stück 24 M. **4 Mtr. 50**

- Randhose-Hose Karle Gam-
brinus, Zwirnleiste . . . 5 Mtr. 50
- Gefütterte Randhose-Jackett 14,50, 8,75
- Schblaue Monteur-Jackett 1 Mtr. 90
- Schblaue Monteur-Hose . . . 1 Mtr. 50
- Schblaue Monteur-Jackett,
prima Körper-Gewebe . . . 2 Mtr. 50
- Schblaue Monteur-Hose,
prima Körper-Gewebe . . . 2 Mtr. 10
- Weiche Lederhose-Jackett 3,50, 2 Mtr. 75
- Randhose-Jackett, zweifach . . . 4 Mtr. 50
- Randhose-Mittel . . . 3,-, 2,50, 2 Mtr. 25
- Randhose-Mittel (braun) 3,-, 2 Mtr. 40
- Weiche Lederhose-Jackett, zweifach
7,50, 3 Mtr. 75
- Weiche Lederhose . . . 4,50, 2 Mtr. 90
- Reißreißiger-Anzüge, blau,
nach Schnitt 5 Mtr. 50

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Hauptstr. 21/25. Bräunerstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.

Das 20. Haupt-Preisjahr 1906 wird
kostenlos und portofrei zugelandt.

Bei Bestellung von Hosen ist die
Bundweite und die Schrittlänge, bei
Jacketts und Mitteln die Brustweite
anzugeben.

56882
— Versand von 20 Mtr. an franko. —

Rachdruck verboten!

**Dobersteins
Cristall-Palast,**
Prinzenstr. 94.

Täglich: Gesellschafts-Abend.
Entrée und Garbende frei.
Jeden Donnerstag u. Sonnabend
Damen-Verein.
Jeden Sonnabend: Extra-Ball.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!
**Centrale für Herrenmoden
S. LITTMANN** 103L

nur No. 2, Oranienstraße nur No. 2, Station Hochbahn Oranienstraße.

!!Jeder Käufer erhält ein Geschenk!!

Elegante Paletots Herren-Anzüge Konfirmanten-Anzüge Herren-Beinkleider
von 10,50 Mark an. von 11,50 Mark an. von 9,50 Mark an. von 2,50 Mark an.

Meine Konfektion zeichnet sich aus durch tadellosen Sitz, vorzügliche Verarbeitung, solideste Stoffe.

Neu eröffnet! nur No. 2, Oranienstraße nur No. 2. Neu eröffnet!



Diese Abbildung stellt „Apollo“ fertig als
Opernglas, Feldstecher und Doppel-Fernseher dar.

Neu! Letzte Neuheit! Neu!
Doppel-Fernseher „Apollo“

mit Taschentollette (D. R.-G.-M.) ist zu ge-
brauchen: als Opernglas, Theaterglas,
Feldstecher, Fernseher, Doppel-Fern-
seher, Touristenglas, Lupe, Doppel-
Lupe, Leseglas etc; ferner als
Taschentollette, da ein großer
Spiegel, Kamm, Zahnstocher und
Ohrlöffel mit ihm vereinigt ist.
„Apollo“ ist zusammengelegt 10 cm
lang, 6 cm breit und 2 cm dick.
ist unentbehrlich für jeden Theaterbesucher,
Spaziergänger, Touristen, auf Reisen,
bei Festlichkeiten jeder Art, überhaupt ist „Apollo“ unentbehrlich für jedermann.
[306/8*]



Diese Abbildung stellt „Apollo“ ganz
offen als Taschentollette, fertig zum
Gebrauch dar.

No. 1140 „Apollo“ aus imit. Leder-Etui, sonst alles fein vernickelt, per Stück M. 1,75, 10 Stück auf einmal M. 16,50, 25 Stück
auf einmal M. 37,50.
No. 1141 „Apollo“ aus feinem Leder-Etui, sonst alles extra fein vernickelt, per Stück M. 3,20, 10 Stück auf einmal M. 30,-,
25 Stück auf einmal M. 70,-. Porto extra. Versand gegen Nachnahme, Umtausch gestattet, daher kein Risiko. Katalog mit zirka
4000 Gegenständen gratis und franko.

Gebr. Wolfertz, Stahlwarenfabrik und Versandhaus Wald bei Solingen.

Moerner's Blumengarten
Ober-Schönevide
Dampferstation Stern
empfiehlt sich zur Abhaltung von Sommerfestlichkeiten jeder Art.
2 große Säle. — 3 Familien-Kaffee-Kochküchen.

W. Zapel,
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.
Größtes Spezial-Geschäft
für Seiden- und Filz-Hüte
Lager in Schirmen und Mützen. [3042*]

Der Kenner
raucht **No 61**
hochfeine 6 Pf. Cigarre
vortzöglicher würziger Geschmack
J. NEUMANN
Cigarren-Fabrik — 103 Filialen.
Davon in Berlin:
Brunnenstr. 82, Ecke Anklamerstr.
Chausseestr. 16, Ecke Invalidenstr.
Chausseestr. 36/37, Ecke Schwartz-
kopffstraße.
Dresdenerstr. 5, Ecke Adalbertstr.
Friedrichstr. 171, E. Französisch. Str.
Gertraudenstr., Eck. Broitestr. 20a.
Invalidenstr. 148, Ecke Bergstr.
Jerusalemstr. 41, Eck. Krausenst.
Kaiser Wilhelmstr. 19, Eck. Münzstr.
Markgrafenstr. 17, Ecke Junkerstr.
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr.
Potsdamerstr. 57/58, Eck. Ballowstr.
Prinzenstr. 91, Ecke Ritterstr.
Rosenthalerstr. 48, Ecke N. Schön-
hauserstraße.
Wallstr. 14a, Ecke Neue Grünstr.
Wienerstr. 22, Ecke Grünauerstr.
Rixdorf: Bergstr. 146.

Nathan Wand
129 Stallstr. 129.
Die schönsten 6512*
Herren-Sommer-Paletots
und Anzüge in neu
sowie speziell
Monats-Garderobe
von Modellen getragene Sachen,
samt neu, für jede Figur passend,
speziell Bauchansätze sind in
großer Auswahl stets zu staunend
billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Stallstr. 129.
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Warenhaus Lachmann & Scholz
Otto-Str. 1 Turm-Str. 76

Extra Angebote für Modistinnen.

Kurzwaren.	
Ersatz für Fischbein	Dtz. 5 Pf.
Hoh bandstöße	Dtz. 11 Pf.
Fischbein, natl. seht.	Dtz. 38 18 Pf.
Schwefelblätter mit hellem Gummiblatz	Paar 48 28 18 Pf.
Gürtelband, Satin und Seide	Mtr. 18 7 4 Pf.
Kragen-Einsätze 4-7 cm hoch	Stek 8 5 3 Pf.
Kragen-Einsätze mit Fischbein	Stek 28 18 Pf.
Gürtel-Einsätze, neueste Façon's	48 38 32 Pf.
Rollen-Büschel's, Pa. Qual. in allen Farben	Rolls 13 Pf.
Mohair-Besenborte, Pa. Qual.	Mtr. 10 7 4 Pf.
Kleiderstoss, sammet u. Alpaka konisch	Mtr. 38 Pf.
Kopierl. der. plat u. gebogen	28 18 12 Pf.
Druckknöpfe „Zukunft“ mit doppelter Feder	Dtz. 15 13 Pf.
Druckknöpfe „Exakt u. Durable“	Dtz. 48 35 Pf.
Unterrock-Volant, weiss und Alpaka	Mtr. 1,05 M., 98 Pf.
Seiden-Stoffe.	
Mercelloux, reine Seide, schwarz	Mtr. 1,45, farbig Mtr. 1,95 M.
Taffet, reine Seide, schwarz	Mtr. 1,45, farbig Mtr. 1,95 M.
Pongé in grosser Farben-Auswahl	Mtr. 75 Pf.
Japan, ca. 60 cm breit, alle Farben	Mtr. 1,55 M.
Atlas, ca. 60 cm breit	Mtr. 1,35 M.
Atlas für Jackett-Futter, moderne Muster	Mtr. 90 Pf.
Besatz-Knöpfe.	
Größtes Sortiment in allen Neuheiten der Saison.	
Besätze.	
Seidene Gimpel	Mtr. 48 10, 10 Pf.
Seidene Stiche, eben, reich gestickt	85, 48 Pf.
Posamenten u. Filzsträuben	3 98, 130 M., 98 Pf.
Solden mit Kragen-Ecken, neueste Façon	85, 38, 25 Pf.
Posamenten-Ringe und Knöpfe in grosser Auswahl	
Band und Chiffon.	
Besatz-Bändchen, best. o.k.t.	Mtr. 28, 15 Pf.
Samt-Band, best. o.k.t.	Mtr. 68 bis 5 Pf.
Ripaband	ca. 2 1/2, 4 1/2, 5 1/2 cm breit
Moireband	23 Pf. 38 Pf. 48 Pf.
Chiffon, ca. 100 cm breit, viele Farben	7 1/2, 10 cm br. 18 Pf. 28 Pf. 38 Pf. 88 Pf. 88 Pf. 1,05 M.
Chiffon, ca. 100 cm breit, viele Farben	Mtr. 98 Pf. bis 1,05 M.
Spitzen.	
Chantilly-Spitzen, ca. 12 1/2 cm breit	Mtr. 1,65 M., 88, 28 Pf.
Chantilly-Einsätze u. Galon, 3-5 cm br.	Mtr. 88, 38, 28 Pf.
Tüll- und Spachtel-Spitzen reich gestickt Mtr. 88, 48, 38 Pf.	
Tüll- und Spachtel-Einsätze u. Galon	Mtr. 88, 28, 14 Pf.
Tüll- und Spachtel-Passenstoffe Mtr. 8,50, 2 88, 105 M., 98 Pf.	
Filter-Passenstoffe in grosser Auswahl	Mtr. 6, 8, 3 1/2 M.
Chiffon, plissiert, ca. 45 breit	Mtr. 85 Pf.
Futterstoffe.	
Jakonett, schwarz, weiss, grau	Mtr. 28 Pf.
Jakonett in allen bunten Farben	Mtr. 35 Pf.
Talientutter, weiss, grau	Mtr. 35 bis 68 Pf.
Talientutter, schwarz	Mtr. 35 bis 55 Pf.
Futter-Alpaka, schwarz	Mtr. 38 bis 85 Pf.
Futter-Alpaka, in bunten Farben	Mtr. 48 Pf.
Kleider-Satin in grossen Farben-Sortiment	Mtr. 48 Pf.
Falke	Mtr. 55 Pf.
Talient-Satin, doppelseitig	Mtr. 65 Pf.
Reversible	Mtr. 38, 48, 55 Pf.
Besatz-Tressen.	
Grosse Auswahl in den neuesten Arten.	
Sammete.	
Seiden-Sammet u. Pam. grosse Farben-Auswahl	Mtr. 2,15, 2,45 M.
Gord-Sammet für Knaben-Anzüge und Kostüm-Höcke	Mtr. 2,45 M.
Lindener Velvet	
für Kleider und alle en-Anzüge	Mtr. 1,48 1,05 2,75 M.
Velvet in allen Farben	Mtr. 98 Pf.

Als besondere Vergünstigung Doppelte Rabatt-Marken bis 5. April bei allen Einkäufen auch an den anderen Abteilungen!

Eine umfangreiche Agitation für die politische Organisation

Haben die Genossen des 4. Wahlkreises in Szene gesetzt. Am vergangenen Sonntag verbreiteten sie in einer Auflage von 200 000 Exemplaren ein Flugblatt, in dem sie zum Eintritt in den sozialdemokratischen Wahlverein und zum Abonnement auf den „Vorwärts“ aufforderten.

In der „Königsbau“ sprach Genosse Düwell. Seinem Vortrage stellte er folgende Leitsätze voran: Das Proletariat braucht vor allem die Erkenntnis seiner Klassenlage, die Einsicht in die ökonomische und politische Struktur der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung, den Willen, diese Zustände abzuändern, und die Mittel, um seinen Willen durchzusetzen.

In berechneten Worten wandten sich hierauf die Genossinnen Wenzel und Waader an die anwesenden Frauen, sie zur ebenfalls regen Teilnahme an dem Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse auffordernd.

In der Germania-Brauerei hielt Genosse Kloth das Referat. Sehr wirkungsvoll war seine Gegenüberstellung der Lebenshaltung des Proletariats mit derjenigen der bestehenden Klassen. Auf Grund der Einkommensstatistik veranschaulichte er in drastischen Bildern die mühselige Bereicherung der herrschenden Gesellschaftsschichten, gegen welche die von den Gewerkschaften für die Arbeiter erkämpften Lohnerhöhungen nur sehr unbedeutend ins Gewicht fallen und durch die Steuerpolitik der Regierung wieder völlig weit gemacht werden.

Im „Elysium“ des Landsberger Viertels sprach Genosse Liepmann. Redner schilderte in großen Zügen die nationale und internationale Organisation des Kapitales, das mit seinem Anknüpfen, seinen Aktiengesellschaften und seiner planmäßigen Ausbeutung des Proletariats der heutigen Gesellschaftsordnung ihr charakteristisches Gepräge verleiht.

An die anwesenden Frauen richtete die Genossin Frau Kroll sodann den Appell, auch ihrerseits nach Kräften die Arbeiterbewegung zu fördern.

In der „Drachenburg“ sprach Genosse Blos. Er wies unter anderem darauf hin, daß die herrschenden Klassen ihre Organisation im Staate, in der Schule, Kirche und im Militärwesen haben, so daß sie eigentlich keiner besonderen politischen Organisation bedürfen.

Proletariats notwendig. — Die versammelten Männer und Frauen folgten dem Vortrage mit großer Aufmerksamkeit und spendeten dem Redner lebhaften Beifall.

In Hilffs Saal sprach Genosse Störmer. Redner wirkte seine Schilderung der bestehenden Gesellschaftsordnung, die einer Pyramide vergleichbar, mit ihrer ganzen Last die unteren Schichten bedrückt, während die Spitzen in den höheren Regionen leben und im Ueberflusse schweigen.

In Graumanns Saal schilderte Genosse Wiesenhal die geschichtliche Entwicklung der Klassengegensätze, die verschiedenen Formen der Klassenherrschaft und der Ausbeutung der Unterdrückten. Er führte den Versammelten vor Augen, wie sich aus der Sklaverei und Hörigkeit die bestehende Lohnsklaverei entwickelt hat, die zu bekämpfen und schließlich zu beseitigen das große Ziel der Arbeiterbewegung ist.

Am Mittwoch fand sodann ein Extra-Zahlabend statt, zu dessen Besuch die organisierten Genossen die nicht dem Wahlverein angehörenden Arbeiter noch durch persönlichen Besuch einluden.

Wenn auch die Erfolge dieser planmäßigen Agitation sich bis jetzt noch nicht zahlenmäßig feststellen lassen, so kann doch schon gesagt werden, daß sie ganz hervorragende waren.

Aus der Frauenbewegung.

Die Hamburger Frauenbewegung ist durch die Reorganisation der Hamburger Partei in ein neues Stadium getreten. Bisher lag, wie überall in Deutschland, die Agitation unter dem weiblichen Proletariat in den Händen von weiblichen Vertrauenspersonen.

Nach dem Jenaer Vortrage, wo das neue Organisationsstatut für die Gesamtpartei geschaffen wurde, beantragten die Genossinnen Hamburgs bei der örtlichen Parteileitung, zu gestatten, daß die Wahl der weiblichen Vertrauenspersonen von jetzt ab in den Mitgliederversammlungen der einzelnen Wahlkreise vorgenommen werde.

in den einzelnen Wahlkreisen in Zukunft eine Frau gewählt werde, die zusammen gemeinsam die Agitation unter den Frauen zu leiten hätten.

Die Genossinnen haben sich gegen diesen Plan gewehrt. Nicht etwa, weil sie nicht gern gemeinsam mit den Genossen arbeiten wollten, sondern weil sie, die sie in ihren Dispositionen davon von den Vorstandsbeschlüssen abhängig würden, eine Beeinträchtigung ihrer Bewegungsfreiheit und dadurch einen Nachteil für die Erfolge ihrer Agitation befürchteten.

Mit großer Majorität entschied die kombinierte Mitglieder-versammlung der drei Hamburger Wahlkreise sich für den Vorstands-vorschlag.

Danach beschloßen die Genossinnen nach besten Kräften auf der neuen Waise für die Agitation unter den Frauen zu wirken, was an ihnen liegt alles zu tun, was die gehegten Befürchtungen, die ihre ablehnende Haltung begründeten, zunichte zu machen.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse sprach am Montag der Reichstagsabgeordnete Mollenhuth über „Heimarbeit“. In lichtvoller Weise erläuterte der Referent die Heimarbeit in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, gab ein lebendiges Bild ihrer zerstörenden Wirkung auf die Lage der Arbeiterschaft, und zeigt die Auswege zur Abwendung der schlimmsten Schäden, die im wesentlichen zum Verbot der Heimarbeit führen müssen.

Zelw. Der hiesige Frauen- und Mädchenbildungverein hielt Mittwoch, den 28. März, seine Monatsversammlung ab. Frau Jäger aus Witzdorf hielt einen Referat über „Gesundheitspflege des Nervensystems“.

Witterungsüberblick vom 30. März 1906, morgens 8 Uhr.

Table with 12 columns: Stationen, Barometere-höhe mm, Wind-richtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G. in C. Stationen, Barometere-höhe mm, Wind-richtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G. in C.

Weiterprognose für Sonnabend, den 31. März 1906. Zunächst mehr heiter, nachts Frost, am Tage etwas wärmer bei mäßigen westlichen Winden; später neue Erhebung und geringe Niederschläge.



Einsegnungs-Anzüge.

Reichhaltigste Auswahl in den neuesten Moden und Webarten, Kammgarnen, Satins, Cheviots, Drapés, Meltons, Tuchen u. s. w.

33.- 30.- 27.- 24.- 22.- 20.- 18.- 16.- 14.- 12.- 9.50 M.

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reichende Beigaben umsonst.

Wäsche, Hüte, Handschuhe u. s. w. zur Einsegnung zu sehr niedrigen Preisen.

Prüfungs-Anzüge

moderne, gemusterte Webarten in Cheviots, Buckskins, Kammgarnen usw. allerneuester Geschmacksrichtungen, 30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 15.- 12.- 10 M.

Der Haupt-Katalog Nr. 29 (Frühjahr u. Sommer) wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Baer Sohn

Spezialhaus größten Massstabes

Chausseestrasse 24/25 • 11 Brückenstrasse 11 Gr. Frankfurterstr. 20.

Eigene große Betriebswerkstätte: Neue Hobeckstrasse 59-60.

Jeder Leser des

„Vorwärts“

welcher Wert darauf legt, zum Frühjahr einen eleganten Anzug, Paletot, fertig oder nach Maß zu tragen, versäume nicht, seinen Bedarf zu decken bei der Firma

LESKE & LEHRER 78 Kottbuser Damm 78

Spezial-Haus eleganter Herren- und Knaben-Bekleidung.

Spezial-Abteilung: Bekleidung für jeden Beruf.

Durch sehr vorteilhaften Einkauf, geringe Spesen und durch große Fachkenntnisse sind nur wir einzig und allein in der Lage, dem kaufenden Publikum das denkbar Beste zu außergewöhnlich billigen, aber streng festen Preisen zu bieten.

Unsere Grundsätze:

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe. Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl. Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz. Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen. Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen. Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalinsert! Nachdruck verboten.

Unerreicht ist unsere Auswahl an Frühjahrs-Paletots, Frühjahrs-Anzügen, Knaben-Paletots, Knaben-Anzügen.

Unsere Spezial-Abteilung: Anfertigung eleganter Herren-Moden

nach Maß

unter Leitung erster Meister, steht, was Verarbeitung, Sitz und Auswahl an Stoffen anbelangt, einzig und allein da.

Sämtliche bei uns bestellten Maßsachen werden nach dem vom Verbands der Schneider u. Schneiderinnen festgesetzten Lohnstarif in eigenen großen Betriebswerkstätten angefertigt.

Bitte, beachten Sie genau unsere Firma und Hausnummer.

Wir reparieren und bügeln jeden bei uns gekauften Gegenstand gratis.

Wir reparieren und bügeln jeden bei uns gekauften Gegenstand gratis.

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Nr. 76. Sonnabend, den 31. März 1906.

Inferate Sechsgipaltene Kolonizelle 20 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV. 1983.

Vorort - Nachrichten.

Wahlergebnisse.

Königs-Wusterhausen. Bei der am Donnerstag stattgefundenen Stichwahl zur Gemeindevertretung erhielt Genosse Bernhard Schmidt 153 Stimmen, während auf den Gegner 214 Stimmen entfielen. Dem bürgerlichen Kandidaten standen über 20 Papierstimmen zur Verfügung.

Schöneberg.

Mitgliederversammlung des „Sozialdemokratischen Wahlvereins Schöneberg“. Einer Anregung aus den Reihen der Mitglieder Folge leistend, den Genossen die Gelegenheit zu bieten, den wissenschaftlichen Sozialismus mehr kennen zu lernen, hatte der Vorsitzende einen Vortrag über „Materialistische Geschichtsauffassung“ auf die Tagesordnung gesetzt. Der Referent Genosse Grünwald entlegte sich dieser Aufgabe in zierlich einleitender Rede; seine gemeinverständlichsten Ausführungen wurden von der Versammlung mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen. Diskussion fand nicht statt. — Danach gaben die Genossen Fensel und Schenk, sich gegenseitig ergänzend, Bericht von der Kreis-Generalsversammlung. Besonders hervorgehoben wurde die von der Generalversammlung des Kreises statutarisch festgesetzte Regelung der Delegationen. Es wurde betont, daß durch dieselbe die Vertretung der großen Städte zugunsten der kleinen Ortschaften in verhältnismäßiger Weise beschränkt werde. Es sei dies ein unheilvoller Zustand, indem die Minderheit des Kreises dessen Mehrheit majorisiere. Ferner wurde erwähnt, daß Genossen Wollermann nach den längeren Ausführungen des Genossen Jüdel zu dieser Sache durch einen angenommenen Schlußantrag die Möglichkeit genommen worden sei, zu erwirken. Das sonst übliche Schlußwort sei Wollermann nicht gegeben worden. — Genosse Däumig, als Vorsitzender teilte im Anschluß hieran mit, daß der Wahlverein Nixdorf sich an Charlottenburg und Schöneberg gewandt habe, um gemeinsam in geeigneter Weise gegen die festgelegte Verteilung der Delegierten zu protestieren. Genosse Däumig ersuchte die Versammlung namens des Vorstandes, die Genehmigung hierzu zu geben — dieselbe wurde erteilt. Weiter gab der Vorsitzende der Versammlung Kenntnis von einer aus den Reihen der Mitglieder eingebrachten Resolution, die scharf die Haltung des Genossen v. Vollmar im Finanzausschuß der bayerischen Kammer verurteilt. Die Besprechung derselben wurde zurückgestellt. — Nach einem Hinweis des Vorsitzenden auf das am 1. Osterfesttag bei Obst stattfindende Vereinsvergügen, wurde die Versammlung geschlossen.

Ein städtisches Medizinrat als befohlenes Mitglied des Magistratskollegiums beabsichtigt die Stadtgemeinde Schöneberg anzustellen. Eine dementsprechende Vorlage ist jetzt der Stadtverordnetenversammlung seitens des Magistrats zugegangen und wird am Montag zur Verhandlung kommen. Dieser Medizinrat soll ein ständiger Berater der städtischen Körperschaften und speziell der Deputationen in allen Fragen der öffentlichen Gesundheitspflege sein und als Dezentral alle sozialpolitischen Unternehmungen der Gemeinde, soweit sie hygienische Interessen betreffen, bearbeiten. Hierzu gehören insbesondere die Angelegenheiten der Bekämpfung der Tuberkulose und der Säuglingssterblichkeit. Ihm soll ferner die Leitung der städtischen Körperkassen übertragen werden und ist von ihm der Beschluß der städtischen Körperschaften betreffend Errichtung einer Heilstätte für Lungensüchtige zur Ausführung zu bringen. Auch hat derselbe die Untersuchungen der städtischen Angestellten vorzunehmen und die bezüglichen Atteste und Zeugnisse auszustellen, sodann Gutachten über medizinische Fragen abzugeben. Das Arbeitsfeld dieses Beamten ist also ein außerordentlich umfangreiches. Es kann daher nur einem Manne übertragen werden, der genügende Erfahrungen auf diesem Gebiete hinter sich hat. Mit Rücksicht darauf soll derselbe das Gehalt eines höheren städtischen Beamten beziehen und ihm nicht gestattet werden, nebenbei noch Privatpraxis zu betreiben. Die Wohlfahrtsdeputation hält die Anstellung eines solchen Arztes für dringend notwendig und erwartet die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung. Unter den Hausbesitzern hat sich aber eine lebhafteste Agitation gegen den Stadtarzt bemerkbar gemacht; es wäre bedauerlich, wenn diese in sozialpolitischer Beziehung so überaus wichtige Frage an der Halsstarrigkeit der Hausbesitzer scheitern sollte.

Seine Befähigung hat nunmehr auch der vor längerer Zeit gewählte Kammerer **Rachowicz** erhalten. Die Einführung wird am Montag erfolgen.

Am Sonntag, den 1. April, abends 8 Uhr, findet im Saale des Hohenzollern-Gymnasiums ein vom Verein zur Förderung der Kunst arrangierter Kunstabend statt. Zur Ausführung gelangt: „Berlin im Bild und in der Dichtung“ und „Die Berliner in Wort und Lied“. Vortrag mit Lichtbildern. Einlaßkarten sind zum Preise von 30 Pf. in unserer Parteipublikation beim Genossen B. Däumler, Martin Lutherstr. 61 (Laden) zu haben.

Weißensee.

Einer **Wertzuwachssteuer-Ordnung** hat die letzte Gemeindevertreterversammlung zugestimmt. Damit hat Weißensee in der Umgegend Berlins den Anfang gemacht, den unveränderlichen Wertzuwachs an Grund und Boden zu besteuern. Natürlich ging die Annahme dieser Steuer nicht ohne Widerspruch der in der Vertretung sitzenden Direktoren der Zerraingesellschaften vor sich; sie wehrten sich mit Händen und Füßen dagegen. Aus der aus zwanzig Paragraphen bestehenden Ordnung kommen folgende Hauptpunkte in Betracht: Neben der Umsatzsteuer wird eine Wertzuwachssteuer erhoben, wenn der gegenwärtige Erwerbspreis beziehungsweise der gemeine Wert des Grundstücks den für den Eigentumswechsel in Betracht kommenden Preis um mehr als 10 Proz. übersteigt, gleichviel ob der frühere Eigentumswechsel vor oder nach dem Inkrafttreten dieser Ordnung stattgefunden hat. Für die Höhe des Steuerbetrags ist die ganze Wertsteigerung einschließlich des nicht zu versteuernden Teiles maßgebend. Der Unterschied zwischen dem Werte bezw. Erwerbspreise beim früheren Eigentumswechsel zuzüglich der gestatteten Anrechnungen und dem gegenwärtigen Veräußerungspreis oder Werte gilt als Wertsteigerung. Der Wertzuwachs wird besteuert mit 5 Proz. bei einer Wertsteigerung von mehr als 10 bis einschließlich 20 Proz.; 6 Proz. bei einer Wertsteigerung von mehr als 20 bis einschließlich 30 Proz. usw., je 1 Proz. bei weiteren je 10 Proz. Wertsteigerung. Diese Sätze kommen bei bebauten Grundstücken jedoch nur zur Erhebung, wenn seit dem früheren Eigentumswechsel höchstens fünf Jahre verstrichen sind. Beträgt der Zeitraum über mehr als fünf Jahre, so wird die Hälfte der vorgenannten Sätze erhoben. Läßt sich der frühere Erwerbspreis oder Wert nicht ermitteln, so treten an die Stelle der Wertzuwachssteuer Zuschläge des gegenwärtigen Erwerbs-

preises, welche betragen: bei einer Besitzzeit bis zu 20 Jahren 3 Proz., nach mehr als 20 Jahren 4 Proz. Auf diesen Hauptbestimmungen ist die weitere Neuordnung aufgebaut und man hofft dadurch der weiteren Grundstückspekulation Einhalt zu tun. Gegen 4 Stimmen, darunter der Direktor der Baugesellschaft für Mittelwohnungen König und der Direktor des Bauvereins Weißensee i. Ligu. Schöffe Rathmann, wurde diese Vorlage angenommen und soll am 1. April 1906 in Kraft treten. — Ferner wurde noch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten eine Luibilbeits- und Biletsteuer-Ordnung angenommen. Für die Biletsteuer sind die für alle möglichen Veranstaltungen, als Theaterveranstaltungen, Konzerte, Vorträge, Schaustellungen, Wettbewerbsveranstaltungen usw., ausgegebenen Eintrittskarten bis zu 24 Pf. frei, von 25 bis 50 Pf. beträgt die Steuer 5 Pf. und für jede weitere angefangene halbe Mark wiederum 5 Pf. Auch diese Steuer soll vom 1. April 1906 ab erhoben werden. Man hofft nunmehr insofern zu sein, in nächster Zeit den Kommunalverwaltungsausschuß etwas herabzurufen.

Der in dem Holzarbeiterversammlungsbericht angegebene Möbelpolierer Emil Schütz, gegen den sich der Ausschlußantrag richtete, heißt, wie uns mitgeteilt wird, Emil Schulz.

Charlottenburg.

Die **Stadtverordneten-Versammlung** beendete am Donnerstag die Beratung des Etats. Zum Etat der Armenverwaltung gelangte eine Resolution des Etatsausschusses zur Annahme, die den Magistrat ersucht, in Erwägung zu ziehen, ob sich die Einführung der freien Arztwahl für die Armenkrankenpflege empfiehlt. Ein sozialdemokratischer Antrag, der die Zusage der Übernahme des bereits genehmigten Antrags für Obdachlose noch im Laufe des Etatsjahres verlangt, fand nicht die Zustimmung der Mehrheit. Die Pläne sind längst genehmigt, auch das Geld ist vorhanden, aber man will erst dann bauen, wenn die Obdachlosigkeit einen großen Umfang angenommen hat. Von vorübergehenden Maßregeln wollen die Herren vom Magistrat und von der bürgerlichen Mehrheit nichts wissen.

Beim **Etat der Krankenkassen** beantragte Stadtv. **Vollmann** (lib.), die beabsichtigte Erhöhung der Position für Seelsohle im Krankenhaus abzulehnen, während Stadtv. **Partsch** (Soz.) sich prinzipiell gegen die Bewilligung von Mitteln für Seelsohle im Krankenhaus aussprach. Gegen den liberalen Fraktionsredner zogen seine eigenen Parteifreunde zu Felde, und mit großer Mehrheit wurde die Position bewilligt.

Eine **lange Debatte** rief ein zum Etat der **Gemeindesteuern** gestellter Antrag der Sozialdemokraten hervor, den Magistrat um Prüfung der Frage zu ersuchen, ob sich die Einführung einer **Wertzuwachssteuer** in Charlottenburg empfiehlt, und ev. der Versammlung im Laufe des Jahres eine entsprechende Steuerordnung vorzulegen. Genosse **Dr. Borchardt** begründete an der Hand eines reichhaltigen Materials den sozialdemokratischen Antrag und wies sowohl dessen theoretische Berechtigung als auch seine praktische Ausführbarkeit nach. Aber vergebens! Unser Genosse hätte mit Entzungen reden können, es hätte ihm nichts genutzt, die bürgerlichen Parteien, in deren Reihen die Herren **Dr. Crüger** (lib.) und **Dr. Stadt-hagen** (natl.) sprachen, ließen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß sie von einer solchen sozialpolitischen Maßnahme nichts wissen wollten. Insbesondere Herr **Dr. Crüger** machte sich in einer selbst für einen Liberalen auffallenden Weise zum Sachwalter der Grundstückspekulation, denen nach seiner Meinung die Stadt Charlottenburg in der Hauptsache ihren Aufschwung verdankt und in deren Reihen man keine Demütigung tragen dürfe. Eine solche Demütigung erlebte Herr **Dr. Crüger** bereits in dem bloßen Ersuchen an den Magistrat, in Erwägungen über die Frage einzutreten. Unsere Genossen **Dr. Jopler** und **Dr. Borchardt** widerlegten und entkräfteten alle erhobenen Einwände, aber trotzdem wurde unser Antrag abgelehnt.

Nach Erledigung des Etats gelangte ein Antrag **Dzia-Lochowsky** (lib.) und Genossen zur Annahme, die Versammlung solle beschließen, den Magistrat aufzufordern, sofort bei dem preussischen Landtage dahin vorstellig zu werden, daß die Stadt Charlottenburg nicht nur mit einem Mandate für das Abgeordnetenhaus bedacht werde, sondern mindestens zwei Mandate zugewiesen erhalte. Außer dem Antragsteller sprach sich auch Stadtverordneter **Dr. Stadt-hagen** für den Antrag aus, während namens der sozialdemokratischen Fraktion Genosse **Hirsch** die Erklärung abgab, daß seine Freunde zwar anerkennen, daß Charlottenburg in der Vertretung im Landtage benachteiligt sei, daß sie aber democh dem Antrage nicht zustimmen könnten, um den Anschein zu vermeiden, als machten sie dem elenden Dreiklassenwahlsystem irgend eine Konzession; sie seien bereit, mit den anderen Herren zusammen für den Erlass des Dreiklassenwahlsystems durch das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht zu kämpfen, müßten aber ihre Zustimmung zu jedem Verlußt, dies ungerechte System zu verewigen oder sein Dasein zu verlängern, entschieden ablehnen. Wegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde der Antrag angenommen.

Weiter genehmigte die Versammlung die **Nachtragsanträge** mit den drei **Strassenbahngesellschaften** unter Annahme eines von allen Fraktionen gemeinsam eingebrachten Antrags, der den Magistrat um Einsetzung einer besonderen Verkehrsdeputation für Charlottenburg ersucht, sowie eine größere Reihe kleiner Vorlagen.

Groß-Lichterfelde.

Ein **schweres Eisenbahnunglück**, bei dem zwei Beamte getötet wurden, ereignete sich Donnerstag in der ersten Abendstunde auf dem Bahnhof **Groß-Lichterfelde**. Dort waren der Assistent Kortz und der Arbeiter Stabel beim Rangieren beschäftigt. Durch einen herantretenden Schnellzug wurden beide Beamte erfasst und getötet. Der Assistent erhielt einen schweren Schlag gegen den Kopf, der ihn tötete, während der Arbeiter vom Zuge zermalmt wurde. Assistent Kortz ist verheiratet und Vater zweier Kinder, der verunglückte Arbeiter ist ledig.

Steglitz.

In der heutigen **Gemeindevertreterversammlung** legten unsere Gemeindevertreter Protest ein gegen die Wahl im 1. Bezirk. Der Gemeindevorstand beantragte im 1. Bezirk die Wahl des Herrn **Crude-witz** für unglücklich zu erklären, ebenso im 2. Bezirk die Wahl des Herrn **Tempelner**. Die Gemeindevertretung beschloß, vorläufig nur die Wahl des Herrn **Sebastian** im 2. Bezirk für gültig zu erklären und im übrigen unsern Wahlprotest und die Anträge des Gemeindevorstandes einer besonderen Kommission zur weiteren Beratung zu überweisen.

Das **Kaufmannsgericht** trat am 1. Mai 1905 in Tätigkeit. Es wurden 12 Klagen anhängig gemacht und zwar von neun männlichen und drei weiblichen Klägern. Das Spruchgericht trat nur einmal in Tätigkeit, der Vorsitzende hielt acht Terminstage ab. Die Klagen summen bewegten sich zwischen 30 und 1200 Mark. Von den Klagen wurden vier zurückgenommen, zwei endigten durch Vergleich und drei fanden ihre Erledigung durch rechtskräftiges Veräufnerurteil gegen die Beklagten; die übrigen drei wurden in das neue Geschäftsjahr übernommen. — Beide Gerichte gehören dem „Verbande deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte“ an.

Spandau.

Zwei **polizeiliche Strafmandate** in Höhe von 1 M. und 8 M. hatte der Tischler **Otto Hagenauer** erhalten, weil er am 31. Januar einmal den an der Wilhelmstraße gelegenen **Erzgießplatz** unbefugt betreten und zweitens der Aufforderung des Polizeiergeanten Verneis, den Platz vor dem Hause des Maurermeisters Reimede, wo er Streikposten stand, zu verlassen, nicht Folge leistete. Hagenauer erhob Einspruch und gelangte die Sache am Mittwoch vor dem Schöffengericht hier zur Verhandlung. Der Angeklagte war vertreten durch Rechtsanwalt **Th. Liebkecht**. Die erste Uebertretung gibt der Angeklagte unumwunden zu, meint aber, daß die Tafel, welche das Betreten des Platzes verbietet, mehrere Meter auf dem Platz steht und von der Strafe nicht gelesen werden kann. Er sei bis an die Tafel herangegangen und, nachdem er das Verbot gelesen, zurückgegangen. Es habe sich jedoch noch mehr Publikum auf dem Platz befunden. Der Polizeiergeant Verneis behandelte jedoch, er habe den Angeklagten noch hinter der Tafel gesehen. Zu dem zweiten Fall gibt derselbe Polizeiergeant an: Sein Vorgesetzter, der Polizeikommissar **Kleine** habe ihm erklärt, es fei von Bewohnern der **Pöckelsdorferstraße** Beschwerden über das Auf- und Abgehen der dort in Folge des Streiks bei dem Maurermeister Reimede aufgestellten Streikposten eingegangen. Die Leute hätten sich belästigt und bedrängt. Er habe dann den Befehl erhalten, die Streikposten dort wegzurufen. Auf Grund dieser Aussage verurteilte das Gericht den Angeklagten wieder zu 7 M. Geldstrafe. Selbstverständlich wird gegen dies Urteil Verufung eingelegt werden.

Recht unerfreuliche Zustände herrschen bei der hiesigen Güterbahn. Die in dortigen Umladegruppen beschäftigten Arbeiter, welche früher durchgängig einen Tagelohn von 2,00 M. erhielten, haben kürzlich eine Lohnanbesserung erhalten, die ein eigenartiges Bild von dem Verständnis der Eisenbahnverwaltung für die sozialen Verhältnisse der Arbeiter geben. Nach dieser neuen Lohnregulierung erhalten die Arbeiter im Alter von 18 bis 20 Jahren einen Tagelohn von 2,80 M. und die Arbeiter über 20 Jahre einen solchen von 3,00 M. Angesichts der auch in Spandau sehr teuren Lebensverhältnisse und hohen Wohnungsmieten ein wahrhaft geringer Lohn, noch dazu für diese schwere Arbeit. Die Arbeitszeit dauert für eine Schicht von morgens 6 bis abends 6 Uhr und für die andere von abends 6 bis morgens 6 Uhr. Dabei kommt es öfter vor, daß Arbeiter der Tageschicht bei starkem Verkehr bis abends 7 1/2 Uhr ohne jede Extrabergütung arbeiten müssen. Vom Vorsteher wurde diesen Arbeitern allerdings das Versprechen gegeben, daß sie dafür etwas früher abends nach Hause gehen könnten, wenn etwas weniger Verkehr sei. Bis jetzt ist dieser Fall aber noch nicht eingetreten und werden die Arbeiter auch wohl noch recht lange hierauf warten können. Die Arbeiter, welche Tageschicht haben, müssen Sonntags vormittags von 6-11 Uhr arbeiten, sie haben dann frei von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends und arbeiten dann wieder bis morgens 6 Uhr. In 48 Stunden haben sie also 25 Stunden Arbeitszeit. Daß bei einer solchen miserablen Bezahlung die Arbeiter sich nicht gerade nach dieser Arbeit drängen, versteht sich von selbst. Die Arbeiter wechseln infolgedessen sehr häufig und in letzter Zeit konnte man schon gar keine Leute mehr bekommen. Man hat sich aber in anderer Weise zu helfen gewußt, indem man militärische Hilfe in Anspruch nahm. So sehen wir denn, daß im Umladegruppen des Spandauer Güterbahnhofes seit einiger Zeit mehrere Soldaten vom Garde-Fuß-Artillerie-Regiment arbeiten. Darunter ist sogar ein Neuzug, und da sage noch jemand, daß die zweijährige Dienstzeit für die Ausbildung eines Soldaten nicht ausreicht. Einer dieser Arbeitssoldaten wird von früh bis mittags in der Kasernenscheube beschäftigt. Er ist dann von mittags bis abends 6 Uhr dienstfrei und um 6 Uhr abends tritt er dann seine Arbeit im Umladegruppen des Güterbahnhofes an, um bis früh 6 Uhr zu schlafen. Das ist auch so ein kleines Bild aus dem vielgepriesenen Waddeschen Rasterbetrieb.

Potsdam.

Im **Gewerkschaftskartell** bildete die **Maifeier** den Hauptpunkt der letzten Sitzung. Von den Rednern, namentlich des Baugewerbes, wurde möglichst allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai befürwortet. Beschlossen wurde, die Maifeier wieder in der Weise zu begehen, daß vormittags bei **Ladentzin** eine Versammlung, nachmittags resp. abends eine entsprechende Festlichkeit im „Victoria-garten“ stattfindet. — Die **Nachbarorte** **Wornstedt** und **Gies** werden diesmal besondere Maifeiern veranstalten. — Der **Kassenbericht** für das letzte Quartal des vorigen Jahres wies eine Einnahme von 313,40 M., eine Ausgabe von 82,85 M. auf; Bestand 230,55 M. Sind die Kassenverhältnisse auch, wie der Kassierer **Besenberg** ansführte, in diesem Jahre bessere als im Vorjahre, so wird sich die Erhöhung der bisher verhältnismäßig niedrigen Kartellbeiträge über kurz oder lang doch notwendig machen. Der **Zentralkommission** der **Tabakarbeiter** wurden zur Bekämpfung der neuen Steuererhöhungen fünfzehn Mark bewilligt. Ferner wurde die Abhaltung eines öffentlichen Vortrages über **Arbeiterbildung** beschlossen. — Als Kandidat für die **Handwerkerkammer** wurde der **Sattler** **Hauermann** Potsdam nominiert. — Zum Schluß der Sitzung wurde noch von dem **Streik der Käserei** Arbeiter im **Allgäu** Kenntnis genommen. Ebenso von den **Wettbewerben** über die **hiesige Arbeiter-Bildungs-schule**, die in jeder Weise von den Gewerkschaften gefördert werden soll. — Ferner wurde von **Drescher** **Kowawes** die **Organisierung** der **Frauen** und **Mädchen**, namentlich in der **Textilindustrie**, angeregt. — **Sämtliche** dem **Kartell** angeschlossenen **Gewerkschaften** werden ersucht, die **Kassen** ihrer neuen **Delegierten** bis zum 1. April ex. an den **Vorsitzenden** (**H. Krause**, **Behlerstr. 13**) mitzuteilen.

Die Abonnenten unseres Blattes,

die am 1. April ihre Wohnung wechseln, werden gebeten, dem bisherigen Spediteur oder unserer Expedition (Lindenstraße 69) umgehend von der Wohnungsänderung Mitteilung zu machen...

Neuregelung der Lehrverhältnisse.

Der von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzte Ausschuss zur Neuordnung der Schaltsbezüge der Rektoren, Lehrer und Lehrerinnen an den Gemeindefschulen...

Nachdem für die Lehrer in der ersten Sitzung eine Erhöhung des Gehalts um 150 M. unter Beibehaltung der bisherigen Alterszulagen beschlossen war...

Für die ordentlichen Lehrerinnen an den Gemeindefschulen soll das Grundgehalt um 100 M. erhöht werden...

Der Oberbürgermeister brachte bei dieser Gelegenheit die Forderung der Lehrerinnen, die Pflanzschuldenzahl von 24 auf 18 Stunden herabzusetzen, zur Sprache...

Für die Fachschullehrerinnen beantragten unsere Genossen eine Erhöhung des Grundgehalts um 100 Mark vorzunehmen...

Unsere Anträge wurden von Genossen Krons und Singer begründet während der Oberbürgermeister und auch Stadtd. Cassel dieselben bekämpften.

Beschlossen wurde das Grundgehalt um 100 M. zu erhöhen, dagegen der zweite Antrag unserer Genossen abgelehnt.

Die ordentlichen Lehrer an den höheren Mädchenschulen sollen einschließlich eines Wohnungsgeldes von 540 M. nach den Vorschlägen des Magistrats erhalten:

„Anfangsgehalt 2040 M., steigend in 21 Dienstjahren bis 3040 M.“

Die gleichen Sätze sollen die Lehrer an der Landstammenschule und Blindenanstalt erhalten.

Nach längerer Debatte gelangten obige Vorschläge zur Annahme.

Für die ordentlichen Lehrerinnen und Pflanzlehrerinnen an den höheren Mädchenschulen und an der Landstammenschule und Blindenanstalt werden beantragt: Anfangsgehalt mit Wohnungsgeld: 2040 M. steigend in 15 Dienstjahren auf 3040 M.

Unterstützung in der städtischen höheren Weberschule. Heute wird in den Räumen der städtischen höheren Weberschule, Markussstr. 40...

Bauschiff. Am Donnerstag Morgen fiel auf dem Von Warschauerstraße, Unternehmer Bodwan u. Anauer, der Kanter Friz Schiefe aus der dritten Etage in den Treppenturm hinunter...

Unter äußerst zahlreicher Beteiligung wurde gestern der Genosse Franz Stolle auf dem neuen Finkenkirchhof zur letzten Ruhestätte geleitet.

Die gefrige Infallliste.

Zwei schwere Unglücksfälle sind durch das verhängnisvolle Abstützen von eisernen Trägern herbeigeführt worden.

Bei einem Fahrstuhlunfall ist der Fabrikarbeiter Rhode schwer verletzt worden.

Son eigenen Wagen überfahren und lebensgefährlich verletzt wurde gestern der Arbeiter Hermann Schadow.

Der Doppelraubmord in Schöneberg.

Die Nachforschungen nach dem Mörder des Reichertischen Ehepaars haben noch kein Ergebnis gehabt.

den zahlreichen Zeugnisaussagen in dem dringenden Verdacht steht, den Doppelraub verübt zu haben.

Ein Straßenbahnunfall mit tödlichem Ausgange ereignete sich heute Vormittag gegen 1/10 Uhr in der Horkstraße.

Das rätselhaft verschwinden eines jungen Mädchens beschäftigt die hiesige Kriminalpolizei.

Der Verein der Droschkentreiber legt Wert darauf, an dieser Stelle mitzuteilen, daß die an dem Ueberfall des Gastwirtes Probst...

Nach 96 Tagen Hochwasser hat die Spree endlich ein starkes Fallen aufzuweisen und seit vorgestern ist der Wasserspiegel dieses Flußlaufes in einem ständigen Rückgang begriffen.

Zu dem Brande in der Weberstraße, bei dem der Tischlermeister Karl den Tod fand, wird uns mitgeteilt, daß sich für die ausgesprochenen Vermutungen...

Heute früh wird in den Räumen der städtischen höheren Weberschule, Markussstr. 40 und Grüner Weg 18/19, eine Ausstellung der von Schülerinnen und Schülern der Konfektionsklassen angefertigten...

Bermitt. Seit dem 21. Juli 1906 wird der Arbeitersuche Franz Wichmann, am 19. August 1889 zu Berlin geboren, vermisst.

Gerüchte über einen angeblichen Giftmord, die im Dezember vorigen Jahres in der hiesigen Zentralmarkthalle zirkulierten...

Gerichts-Zeitung.

Gerüchte über einen angeblichen Giftmord, die im Dezember vorigen Jahres in der hiesigen Zentralmarkthalle zirkulierten, blühten gestern den Gegenstand eines großen Beleidigungsprozesses...

fällen hatte hinreichend lassen. Zu der Verhandlung, die einen ganzen Sitzungstag der 13. Abteilung des Schöffengerichts I in Anspruch nahm...

Ein räuberischer Heberfall in einer Schanzenkaserne beschäftigte gestern das Schöffengericht I.

Schutz gegen Schulleute! Vor der Strafkammer in Bochum stand am Mittwoch wegen brutaler Mißhandlung im Amte der Polizeisergeant Ahnert.

Hamburger Aufbruchprozesse. Wegen der Erzesse am Schoppensteht in Hamburg ist wegen Landfriedensbruchs, Aufbruchs und Plünderung...

Essentielle Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexanderstr. 25.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 1. April cr., vormittags 10 1/2 Uhr, im Rathhaus (Saal 100).

Briefkasten der Redaktion.

N. S. 100. 1. Bürgerrettungsdienst, Friedrich Wilhelm-Kanal für Arbeitliche oder Diebstahl-Erteilung.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion.

111a 50-54, 11v 40-48, engl. Vulkan 00-00, holl. Vulkan 54-60, 111a 65-75, 111a 52-62, Kammerweilchen 62-72, 11a 50-61, Schweinefleisch 71-78...